



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Seltene Erden – Blutcoltan aus der DR Kongo:
Die Auswirkungen geplanter Einfuhrbeschränkungen
und Zertifizierungsmaßnahmen auf die AkteurInnen der
Großen-Seen-Region

Verfasser

Christian Gorka

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Mag. Dr. Stefan Brocza

ERKLÄRUNG

Ich versichere, dass ich diese Diplomarbeit ohne Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und die benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich als solche kenntlich gemacht habe. Diese Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keine Prüfungsbehörde vorgelegen.

Christian Gorka: Wien. Im Februar 2014

Danksagung

Meinen besonderen Dank möchte ich an meinen Diplomarbeitsbetreuer Dr. Stefan Brocza richten, der mich stets tatkräftig unterstützt hat, immer für einen Tipp gut war und mir während des Schreibens genug Entfaltungsmöglichkeiten ließ.

Natürlich wäre ohne die Unterstützung des Sekretariats für Internationale Entwicklung, der Studienprogrammleitung und allen anderen Mitarbeitern des Instituts der rechtzeitige Abschluss meines Studiums nicht möglich gewesen.

Danke für die Mühen und den Einsatz in den letzten Semestern!

Einen wichtigen Beitrag hat natürlich auch meine Familie geleistet, ohne deren Unterstützung und Zureden ich wohl schon lange aufgegeben hätte!

Ihr habt mir immer Mut gemacht und an mich geglaubt.

Ich hoffe, ich kann euch mit dieser Arbeit zeigen, dass ich euer Vertrauen verdient habe.

Danke an meine Eltern, Andrea und Richard und meine Schwester Marion.

Liebe Anna!

Diese Arbeit ist für uns und unsere Zukunft. Du musstest in den letzten Monaten viel zurückstecken und einige Entbehrungen auf dich nehmen.

Ohne dich und dein Zutun, deine Geduld und deinem Einfühlungsvermögen hätte ich mich wohl nie dazu durchringen können das Studium abzuschließen.

Dir gehört mein aufrichtiger Dank für alles, was du für uns geleistet hast.

... DANKE...

Inhaltsverzeichnis:	I
Abkürzungsverzeichnis:	III
Abbildungsverzeichnis	V
1. Einleitung	01
1.1. Eigener Forschungsschwerpunkt	03
1.2. Forschungsleitende Frage	03
1.3. Hypothesen	04
1.4. Methode und Quellenlage	05
1.5. Aufbau der Arbeit	05
2. Begriffserklärung Konflikt und Krieg	06
2.1. Die „neuen Kriege“ und ihre Gewaltökonomie	10
2.2. Konfliktressourcen	12
2.3. Positiver Frieden	13
3. Internationale Konfliktlösungsmechanismen	14
3.1. Militärische oder humanitäre Interventionen	14
3.2. <i>Peacekeeping – Peacebuilding</i>	15
3.3. Sanktionen und Zertifizierungen	18
3.3.1 Exkurs Kimberleyprozess	20
4. Begriffsbestimmung der Konzepte Staat und Staatlichkeit	23
4.1. Staatszerfall	27
4.2. Fragile Staatlichkeit	29
4.2.1. <i>Statebuilding</i>	31
4.3. Der Ressourcenfluch	32
4.4. Die Debatte um <i>Greed</i> versus <i>Grievance</i>	34
5. Zwischenfazit	35
6. Der Internationale Bergbausektor	37
6.1. Tantal, Tantalit und Coltan	37
6.2. Der internationale Markt für Tantal und Coltan um das Jahr 2000	39
6.3. Die Lieferkette und Wertschöpfung von Tantalenerzen	40
6.4. Artisanaler Bergbau in Afrika	42
6.5. Transparenzinitiativen	43
6.6. Die Rolle von Zivilgesellschaft und CSR	44

7. Zur spezifischen Problemlage in der DR Kongo	46
7.1. Soziale und ökonomische Bedingungen	47
7.1.1. Der Bergbau in der DR Kongo	48
7.1.2. Der artisanale Bergbausektor	50
7.2. Der Konflikt im Osten des Landes und seine Akteure	51
7.2.1. Die Kongokriege	52
7.2.2. Das Kriegsgeschehen von 2003 bis heute	54
7.2.3. KonfliktakteurInnen und ihre Gewaltökonomien	56
7.3. Die Konfliktressource Coltan	60
7.4. Die DR Kongo als <i>failed state</i> ?	65
8. Umgesetzte Konfliktlösungsstrategien	67
8.1. Militärischer Einsatz zur Stabilisierung der Region	68
8.1. Transparenz im Rohstoffhandel in der DR Kongo	71
8.1.1. Dodd Frank Act	74
8.2. Einfuhrbeschränkungen	75
8.3. Geplante Zertifizierungsmaßnahmen	76
8.3.1. <i>Chemical Fingerprint</i> als Herkunftsnachweis zertifizierter Handelsketten	77
9. Internationale Handelsbeziehungen	79
9.1. Die Rolle des Nachbarstaats Ruanda	80
9.1. China als Magnet für die Allokation von Ressourcen	81
10. Fazit und Schlussdiskussion	82
10.1. Schlussfolgerungen und Ausblick	85
11. Literatur und Quellen	87
11.1. Zeitungsartikel	98
11.2. Internetquellen	99
11.3. Abbildungen	99
12. Anhang	100
12.1. Zusammenfassung	100
12.2. Abstract	101
12.3. Lebenslauf	102

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS:

AFDL	Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo-Zaire
AIDS	Acquired Immunodeficiency Syndrome
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CNDP	Congrès National pour la Défense du Peuple
CIA	Central Intelligence Agency
CSR	Corporate Social Responsibility
DDR	Disarmament, Demobilization and Reintegration
DDRRR	Disarmament, Demobilization, Repatriation, Reintegration and Resettlement
DR Kongo	Demokratische Republik Kongo
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
EU	Europäische Union
FARDC	Forces Armées de la République Démocratique du Congo
FDLR	Forces Démocratiques de Libération du Rwanda
GW	Global Witness
HDI	Human Development Index
IWF	Internationaler Währungsfonds
KKP	Kaufkraftparität
KPCS	Kimberley Process Certification Scheme
M23	Mouvement <i>du 23-Mars</i>
MDG	Millenium Development Goal
MLC	Mouvement de Libération du Congo

MONUC	Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo
MONUSCO	Mission des Nations Unies pour Stabilisation en République Démocratique du Congo
NGO	Non-Governmental Organisation
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Aid
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PWYP	Publish What You Pay
RCD	Rassemblement Congolais pour la Démocratie
RCD-ML	Rassemblement Congolais pour la Démocratie-Mouvement de Libération
RPA	Rwandan Patriotic Army
TI	Transparency International
TOCTA	<i>Transnational Organized Crime Threat Assessment</i>
UDPS	Union pour la Démocratie et le Progrès Social
UN	United Nations
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime
USA	United States of America
VN	Vereinte Nationen
WB	Weltbank

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

Abb. 1: Infrastruktur, Ressourcen und Konfliktzonen in der DR Kongo	47
Abb. 2: Tabelle 1: militärische Akteure und ökonomische Interessen in DRC zwischen 1998–2004	60
Abb. 3: Uganda: Goldproduktion und Exporte 1994–2000	62
Abb. 4: Tabelle 2: Ugandas Mineralienexporte und -produktion	63

1. Einleitung

Die demokratische Republik Kongo zählt durch ihre Vorkommen an Gold, Diamanten, Erdöl, Kupfer und Zinn, aber auch durch seltene Erdmetalle wie Coltan oder Kobalt, um nur einige zu nennen, zu den ressourcenreichsten Ländern der Welt. Darüber hinaus ist sie mit einer Fläche von knapp 2,3 Millionen Quadratkilometern das zweitgrößte Land Afrikas. Geprägt von kolonialen Interessen und ausgebeutet durch eine 30 Jahre andauernde Diktatur hat die Bevölkerung bislang keinen Nutzen aus dem Ressourcenreichtum ziehen können, viel mehr noch liegt er wie ein Fluch über der DR Kongo. Das Machtvakuum, das Diktator Mobutu Sese Soko hinterließ, und die am Boden liegende Wirtschaft zogen das Land in eine tiefe Krise und es wurde so zum Nährboden für Gewaltakteure und Warlords, die von der Gier nach Rohstoffen angetrieben wurden. Der Bevölkerung blieben nur der informelle Sektor und die illegale Ressourcenextraktion, um ein Einkommen zu generieren und ihr Überleben zu sichern.

Das Ende des Mobutu-Regimes wurde durch die Kongokriege ausgelöst; mit ihnen wurden die Hoffnungen auf eine baldige Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung zunichte gemacht. Bis heute tobt der Krieg im Osten des Landes und die zivilen Opferzahlen steigen nach wie vor. Nachdem die zwischenstaatlichen Kriege für beendet erklärt wurden, entstanden neue Konflikte, die Akteure spalteten sich in viele untereinander konkurrierende Gruppen auf, die sich gegenseitig bekämpften, und verhinderten so jede Art der Konfliktlösung. Auch die zur Sicherstellung des Friedens entsandten UN-Truppen konnten keine nachhaltigen Erfolge feiern, die Peacekeeping-Missionen scheiterten, Programme zur Herstellung der Sicherheit oder des Staatsaufbaus blieben hinter den Erwartungen zurück. Die Strukturen innerhalb des Staates sind von fragiler Staatlichkeit geprägt und erschweren somit ebenfalls die Versuche, einer schnellen Konfliktlösung näherzukommen. Die Komplexität dieser Problemstellung stellt die internationale Gemeinschaft vor eine scheinbar unbewältigbare Aufgabe. So scheint es, als ob die Ansätze der internationalen Gemeinschaft nicht ausreichend und zweckmäßig beziehungsweise nicht an die richtigen AkteurInnen adressiert waren.

Um das Jahr 2000 kam es auf den internationalen Rohstoffbörsen zu einem Preisboom für Coltan und der Wert der Ressource vervielfachte sich förmlich. Diese Entwicklungen nutzten die Gewaltakteure im Osten des Landes, um sich den Zugang zu den Ressourcen zu sichern und damit ihre Kriegsökonomien zu finanzieren. Nachbarstaaten wie Ruanda oder Uganda unterstützten diese Unternehmungen und ermöglichten somit über geduldeten Schmuggel den Export dieser Ressourcen und erwirtschafteten damit ebenfalls beträchtliche Gewinne. Für die Zivilbevölkerung setzten sich so die negativen Wirkungen fort, da sie neben Zwangsarbeit,

Plünderung und Repression auch illegale Wegzölle zu bezahlen hatte und dennoch von Vertreibung, willkürlichen Tötungen oder durch ungeheure Menschenrechtsverletzungen traumatisiert wurde.

Coltan, das ein wichtiges Element für die Elektronikindustrie darstellt, wurde von einer Vielzahl von NGOs, aber auch in der Medienberichterstattung von Industriestaaten als Konfliktressource gebrandmarkt. Der Aufschrei der westlichen Zivilgesellschaft wird auch an dem martialischen Ausdruck von „Blutcoltan“ deutlich, Dokumentationen wie „no blood in my mobile“ wurden produziert, setzten damit transnationale Unternehmen unter Druck und ebneten so den Weg zu mehr Transparenz innerhalb der Lieferketten. Auf diese Art und Weise wurden nun Handelsbeschränkungen umgesetzt und nach geeigneten Zertifizierungsmaßnahmen geforscht. Für Zertifizierungsmaßnahmen kann dabei auf Erfahrungen aus anderen Rohstoffabkommen, wie zum Beispiel dem Kimberley-Prozess, zurückgegriffen werden, es scheint aber nötig, diese an die spezifischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Für Coltan werden mittlerweile Zertifizierungsmaßnahmen mit sehr technischen Ansätzen diskutiert, dabei kommt es zu einem Grenzgang, der die Interessen, Akteure und strategische Überlegungen von Ländern und internationalen Unternehmen miteinander vereinen soll. So steht in Programmen wie dem Chemical Fingerprint nicht das Bergbauprodukt im Fokus, sondern die Rohstoffgewinnung selbst soll zertifiziert werden. Auch die Vereinigten Staaten haben mit einem Gesetz auf die Instrumentalisierung von Coltan als Konfliktressource reagiert und den Import dieser Mineralien verboten. Dieses Maßnahmenpaket wird durch Transparenzinitiativen wie der EITI flankiert. Hier sollen die Kapitalflüsse zwischen Staat und Wirtschaft offenkundig und für die Zivilgesellschaft überprüfbar gemacht werden.

Ein Beitrag aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive zu dieser Thematik könnte verhindern, dass Zertifizierungen die falschen Zielgruppen treffen oder etablierte Mechanismen auf staatlicher Ebene übersehen werden, und sicherstellen, dass diese Initiativen damit zielführend und zweckmäßig bleiben. Auch bleibt ein spannender Bereich, wie weit die Zertifizierung gehen kann und ob diese durch neu auftretende Akteure, so zum Beispiel die erstarkten, ressourcenhungrigen Schwellenländer, insbesondere China, untergraben werden können oder ob es tatsächlich ein internationales Interesse gibt, den Weg der Konfliktressource Coltan auf die internationalen Märkte zu verhindern. Der schiere Ressourcenreichtum der DR Kongo könnte darüber hinaus auch dazu führen, dass die vorhandenen Kriegsökonomien ihre Exportprodukte durch andere Rohstoffe substituieren, somit die bestehenden Versuche unterminieren und so neue Einnahmequellen erschließen.

1.1. Eigener Forschungsschwerpunkt

Als ich mit dem Studium der Internationalen Entwicklung begann, standen für mich neben den Kernfächern vor allem Themen zu Globalgeschichte und das Zusammenwachsen verschiedener Weltregionen zu einem globalen System im Vordergrund. Letztlich waren es die Austauschbeziehungen und weiterführende Ausbeutungsmechanismen westlicher Staaten, die mein Interesse an dem Handel von Waren und Ressourcen aller Art weckten. In den letzten Semestern erweiterten sich dann die Diskussionen und Themenschwerpunkte über nachhaltige Methoden, um Entwicklung und damit Wachstum langfristig zu ermöglichen; darüber hinaus gelangten Zukunftsfragen über den Klimawandel, aber auch „moderne“ Ansätze, um lokale und globale Ungleichheiten zu erklären, in den Vordergrund. Erklärungsansätze wie der Ressourcenfluch, die Debatten um fragile Staatlichkeit, aber auch die Spekulationen auf internationalen Finanzmärkten und das Thema intransparente Märkte vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise im Jahr 2008 veranlassten mich dazu, mich diesen Themen zu widmen. Aus diesen persönlichen Schwerpunktsetzungen entstand schließlich der Wunsch, meine Hauptinteressen zu bündeln und in einer Diplomarbeit zu bearbeiten. Mit der vermehrten Diskussion zu Themen wie „Landgrabbing“, „Ressourcensicherheit“, „Seltene Erden“ und damit verbundenen Fragen über das Entstehen neuer Bürgerkriege und Migrationsbewegungen kristallisierte sich für mich sehr schnell mein Forschungsinteresse heraus. Besonders spannend empfand ich die Themenbereiche, die sich rund um Konfliktressourcen ergaben. So drang die DR Kongo immer mehr in den Fokus meiner Betrachtung und damit das Interesse an Coltan und seine Bedeutung für die Menschen vor Ort.

1.2. Forschungsleitende Frage

Folgender forschungsleitender Frage wird primär in der Arbeit nachgegangen:

Wie können Zertifizierungsmaßnahmen für die Ressource Coltan im Spannungsfeld fragiler Staatlichkeit und Intransparenz in den Lieferketten aussehen und welchen Beitrag zur Konfliktlösung können sie leisten?

Die Bearbeitung der nachstehenden Unterfragen soll eine weitere Annäherung an die übergeordnete Fragestellung ermöglichen:

Welche Ursachen sind für den Konflikt im Osten des Landes gegeben und warum fällt die Konfliktlösung trotz langjähriger Friedensbemühungen so schwer?

Welche Rolle nimmt der Abbau und Handel von Coltan in der Großen-Seen-Region ein und welche AkteurInnen oder Gruppen nehmen an ihm Teil und profitieren davon?

Welche Möglichkeiten und Handlungsoptionen stehen der Regierung der DR Kongo und anderen internationalen AkteurInnen zur Verfügung, um vom Ressourcenreichtum im Osten des Landes zu profitieren oder Zugang zu den wichtigen strategischen Rohstoffen zu erlangen?

1.3. Hypothesen

Um eine weitere Schwerpunktsetzung zur anleitenden Forschungsfrage zu ermöglichen, wurden sechs Hypothesen aufgestellt, die im Rahmen der Diplomarbeit bearbeitet werden.

- Erstens wird angenommen, dass Einfuhrbeschränkungen oder Zertifizierungsmaßnahmen, die gegen Coltan, das in der DR Kongo gefördert wird, beschlossen würden, keinen nachhaltigen Effekt auf die Konfliktlösung haben.
- Zweitens wird postuliert, dass die Zertifizierung von Coltan neben den Kleinbergleuten auch die Abbauregionen, die nicht direkt von Konflikten betroffen sind, in ihrer wirtschaftlichen Entfaltung hindern.
- Drittens wird festgestellt, dass einseitig durchgeführte Zertifizierungen, die nicht in Zusammenarbeit mit allen potenziellen Coltan-NachfragerInnen umgesetzt werden, als Lösungsansätze für den Konflikt ungeeignet sind.
- Als vierter Punkt wird angenommen, dass Minen in Konfliktzonen nicht ständig kontrolliert werden können und so eine langfristige Zuordnung des geförderten Materials als Konfliktressource nicht möglich ist.
- Die fünfte Hypothese besagt, dass eine Stärkung der staatlichen Kontrolle und Strukturen im Osten des Landes nachhaltigere Entwicklungsmöglichkeiten mit sich brächte und somit die Wertschöpfung aus diesen Ressourcen der kongolesischen Bevölkerung eher zugute kommen würde.

- Schlussendlich bleibt als sechste These, dass es bereits Programme gibt, die eine gerechtere Verteilung aus den potenziellen Einnahmen aus dem Bergbausektor ermöglichen, die DR Kongo allerdings Unterstützung benötigt, um die geforderten Strukturen aufzubauen und damit besser zu implementieren.

1.4. Methode und Quellenlage

Die vorliegende Arbeit basiert auf Literaturrecherchen zu einem sehr aktuellen Forschungsgegenstand und betrifft dabei vor allem Konzepte und Strategien, die bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit noch nicht ausreichend umgesetzt wurden. Es ist aber dennoch möglich, eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation wiederzugeben, weil die Nutzung der wichtigsten verfügbaren Literatur, aber auch der Gebrauch digitaler Quellen einen guten Einblick in die Thematik und die damit verbundenen Diskussionen ermöglichen, da die DR Kongo und der Konflikt im Osten des Landes aus sozialwissenschaftlicher Perspektive mittlerweile sehr gut erforscht wurde. So findet sich eine gute Grundlage an Quellen, beginnend bei diversen internationalen Organisationen, zum Beispiel bei den Vereinten Nationen, Global Witness, bei staatlichen Ministerien, unabhängigen Forschungsinstituten und Nichtregierungsorganisationen. Die Literatur wird durch sozialwissenschaftliche Arbeiten, Monografien und Sammelbände ergänzt, die einen guten Blick auf die aktuellen Ereignisse mit einem sozioökonomischen Bezug ermöglichen.

1.5. Aufbau der Arbeit

Zu Beginn der Arbeit wird der theoretische Rahmen abgesteckt, der sowohl militärische als auch politische Konfliktlösungsansätze vereinen soll.

Zuerst werden die Diskurse zu Konflikten und „neuen Kriegen“ aufgegriffen und danach die Konfliktlösungsansätze diskutiert. Dafür erscheinen die Handlungsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, vertreten durch die Vereinten Nationen, besonders interessant und von Bedeutung. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass die UN über die nötigen politischen Instrumente verfügt und diese auch auf internationaler Ebene umzusetzen vermag. Der Exkurs zur Zertifizierung von Konfliktdiamanten im Rahmen des Kimberley-Prozesses soll das Kapitel abrunden und erste Bedingungen verständlich machen, unter denen Maßnahmen dieser Art erfolgversprechend sind.

Im zweiten Teil des theoretischen Kapitels wird dann die politische Dimension der Problemstellung diskutiert und Fragen zu „Entwicklungshemmnissen“ wie fragile

Staatlichkeit, Ressourcenfluch oder der *Greed-versus-Grievance*-Debatte nachgegangen. Diesen einführenden Teil soll schließlich ein kurzes Zwischenfazit abschließen, in dem die zentralen Argumente noch einmal zusammengefasst und dann auf die kommenden Themen übergeleitet werden. Da die Zertifizierung von Ressourcen in Kooperation mit wichtigen AkteurInnen des Bergbausektors durchgeführt werden muss, wird dann die Montanindustrie mit ihren Verbindungen zu ZwischenhändlerInnen und EndverbraucherInnen im Rahmen von Lieferketten thematisiert. Außerdem sollen in diesem Kapitel der artisanale Bergbau als afrikanische Spezialform der Ressourcenextraktion, aber auch internationale Organisationen und Rohstoffabkommen Erwähnung finden.

Nach diesem Input wird in weiterer Folge die Situation in der DR Kongo genauer betrachtet. Nach der Darstellung der wichtigsten sozioökonomischen Faktoren und politischer Rahmenbedingungen, in denen der Coltanbergbau stattfindet, soll dem Konflikt im Osten des Landes besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das Kapitel schließt eine kurze Vorstellung der bereits umgesetzten Konfliktlösungsbeiträge durch die internationale Gemeinschaft ab und leitet dann auf ressourcenbezogene Handlungsmöglichkeiten über.

In weiterer Folge werden dann Zertifizierungsmaßnahmen und Einfuhrbeschränkungen vorgestellt, die sich momentan in der Planungsphase befinden beziehungsweise in Pilotprojekten umgesetzt werden. Dies sollte schließlich eine Einschätzung ermöglichen, inwieweit diese Methoden ihren Zweck erfüllen und somit in der Lage sind, auf die besonderen Problemstellungen vor Ort einzugehen.

2. Begriffserklärung Konflikt und Krieg

In der Großen-Seen-Region im Osten der DR Kongo schwelt seit 1996 ein bewaffneter Konflikt, durch den eine Vielzahl von Menschen ermordet, Opfer von Menschenrechtsverletzungen und zur Flucht gezwungen wurde. Diese kriegesischen Auseinandersetzungen haben einen großen Einfluss auf die sozioökonomischen Lebensumstände der betroffenen Bevölkerung. Um einen nachhaltigen Frieden zu sichern, verfügt die internationale Gemeinschaft über ein breites Kontingent an Konfliktlösungsinstrumenten, diese gehen dabei von militärischen Interventionen bis zu Sanktionen und Wirtschaftsembargos. Diese Maßnahmen werden etwas später in diesem Kapitel vorgestellt, nun steht aber die Begriffserklärung zu Konflikten und Kriegen im Vordergrund.

Konflikte sind meistens mit negativen Konnotationen behaftet und werden als zerstörerische Prozesse bewertet. Aus soziologischer Perspektive können Konflikte „als Teil einer jeden Gesellschaft angesehen werden, die eine Art sozialen Handelns, das auf der Wahrnehmung von teilweise inkompatiblen Interessen zweier oder mehrerer Akteure in der Konkurrenz um ein knappes Gut besteht. Dies können materielle Güter wie zum Beispiel natürliche Ressourcen sein, aber auch immaterielle Güter wie Prestige und Macht“ (Ansorg 2013: 24). Da Konflikte ein alltäglicher Bestandteil einer jeden Gesellschaft sind, stellt nicht der Konflikt per se ein Problem dar, sondern die Art und Weise seiner Austragung. Wird ein Konflikt innerhalb sozial konstruierter Regelwerke ausgetragen, dann werden Emotion und Interessen kanalisiert und ein Konflikt bleibt gewaltfrei. (Zürcher 2004: 102f) Wird ein Konflikt außerhalb dieses sozial anerkannten Regelwerks ausgetragen, so besteht die Gefahr, dass er eine gewalttätige Komponente erhält. (Ansorg 2013: 24f)

Die Konfliktaustragung scheint also nicht das eigentliche Problem zu sein, sondern die Mittel und Art seiner Austragung, deshalb soll in dieser Arbeit der Fokus auf gewaltsame Konflikte, die in Form von Krieg ausgetragen werden, gelegt werden. Gewalt bedeutet in diesem Zusammenhang die Anwendung von direkter physischer Gewalt, die auf Schädigung, Verletzung und Tötung anderer Personen abzielt. (Bonacker und Imbusch 2005: 88) Ropers sieht die Ursachen, die zu Konflikten führen, und die beteiligten AkteurInnen im Vordergrund:

„Konflikte sind Ausdruck von Spannungen und Unvereinbarkeiten zwischen verschiedenen, voneinander abhängigen Parteien im Hinblick auf ihre Bedürfnisse, Interessen und Wertvorstellungen. Zu gesamtgesellschaftlichen Krisen und destruktiven Eskalationen führen solche Auseinandersetzungen vor allem in Phasen tiefgreifender sozioökonomischer Veränderungen und politischer Transformation. Also dann, wenn es um die Neuverteilung von Lebenschancen und Partizipationsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Gruppen geht“ (Ropers 2002: 11).

Diese Definition erscheint insofern relevant, da sie eine Beziehung zwischen Bedürfnissen und Interessen mit den Ausverhandlungsprozessen um den Zugang zu und die Nutzung von Ressourcen herstellt. Außerdem ist ihr das gewaltsame Potenzial eingeschrieben, das in Phasen sozioökonomischen Wandels und während politischer Transformationsprozesse auftreten kann. (Tänzler und Westerkamp 2010: 4)

„Die Neuverteilung von Lebenschancen unter konkurrierenden Gruppen im Zusammenhang mit zunehmend knappen und daher wertvollen Rohstoffen richtet den Fokus auf die Rolle von Verteilungsarrangements und damit Fragen der Ressourcen-Governance in Produzentenländern, aber möglicherweise auch in Verbraucherländern für die Frage der Konfliktodynamik“ (Tänzler und Westerkamp 2010: 4).

Eine Definition des Begriffs Krieg fällt umso schwerer, da er in den letzten Jahrzehnten in den Sozialwissenschaften eine Wandlung erfahren hat. „In den Jahren des Kalten Krieges waren fast ausschließlich zwischenstaatliche Großmachtkonflikte Gegenstand der quantitativen Konfliktforschung. Mit den Katastrophen in Somalia [...] und Ruanda rückte jedoch ein komplett neues Konfliktbild in das Bewusstsein der Öffentlichkeit“ (Schwank 2008: 23). Die Perspektive auf Kriege wurde schließlich durch die Ereignisse am 11. September 2001 nochmalig einer grundlegenden Veränderung der Wahrnehmung politisch motivierter Gewalt unterzogen. Seitdem kann die empirische Konfliktforschung das Bedürfnis nach Information über Anzahl, Art und Wesen gewaltsamer Konflikte kaum mehr befriedigen. (ebd.)

Es gibt also eine Vielzahl an unterschiedlichen Möglichkeiten, sich einer Kriegsdefinition anzunähern, dabei wurden überwiegend Erklärungsansätze benutzt, die sich zwischenstaatlichen Kriegen widmeten. Heute kommt den innerstaatlichen Kriegen aber eine größere Bedeutung in der Forschung zu.

Die klassische Wahrnehmung sieht Krieg als konventionelle, symmetrische, zwischenstaatliche, verregelte Konflikte, die in ihren Abläufen strukturiert sind und von staatlichen AkteurInnen und ihren Armeen geführt werden. (Chojnacki 2003: 7f)

Andere Wege, Krieg zu definieren und darüber hinaus zu klassifizieren, bieten qualitative und quantitative Ansätze. (Tänzler und Westerkamp 2010: 4) So können zum Beispiel die Opferzahlen herangezogen werden, wie es auch das *Uppsala Conflict Data Programme* praktiziert. Demnach gelten als gewaltsame Massenkongflikte oder Kriege Konflikte zwischen mindestens zwei politisch organisierten Gruppen mit mindestens 1000 zivilen und militärischen Opfern. Diese Gruppen gelten als souveräne Vereinigungen mit einem Bewusstsein der eigenen Identität und Gegnerschaft, ihre Tätigkeiten sind zentral gelenkt und erstrecken sich über einen längeren Zeitraum. (Ansorg 2013: 25f) Eine auf Opferzahlen bezogene Definition gilt in der Literatur allerdings als problematisch, da die Festlegung auf eine bestimmte Zahl in Kombination mit einer zeitlichen Dimension nicht zwangsläufig auf alle kriegerischen Konflikte umgelegt werden kann. So etablierten sich darüber hinaus noch

andere Messinstrumente, die ähnlich argumentieren, aber andere Messgrößen und Indikatoren verwenden. Zu nennen wären hier unter anderem der *Correlates-of-War*-Datensatz, der unter mehreren Konflikttypen mit jeweils unterschiedlichen Indikatoren und Kriterien unterscheidet. Einen Sonderweg geht Ted Gurr mit seinem *Minorities-at-Risk*-Forschungsweg, der einen Indikator aus Todesopfer- und Flüchtlingszahlen kombiniert. (Schwank 2008: 24) Die Konfliktdatenbank CONIS des Heidelberger Konfliktforschungsinstitutes teilt Konflikte ebenfalls in verschiedene Typen ein und berücksichtigt darüber hinaus auch noch die Rolle von Ressourcen. (vgl. Tänzler und Westerkamp 2010: 6–8)

Einen anderen Zugang für eine Definition bietet der prozesshafte Charakter von Krieg. So wird Krieg als Endpunkt einer Dynamik betrachtet, an deren Beginn die Anwendung von Zwang steht, auf die die Androhung von Gewalt und schließlich der Ausbruch von Gewalt folgt. Im Mittelpunkt steht daher die Art und Dauer der Gewaltanwendung. (Schwank 2008: 25)

Seit einigen Jahren änderte sich die Wahrnehmung von Krieg in der Wissenschaft; So wird davon ausgegangen, dass durch Veränderungen in der Kriegsführung und Waffentechnologie, die gesellschaftliche Nichtakzeptanz von Kriegsopfern und den potentiellen ökonomischen Schäden an der Infrastruktur langfristige Interventionen oder Kampfhandlungen vermieden werden. (Schwank 2008: 45) „Große Verdienste hat sich in dieser Frage der Forschungszweig um den sogenannten demokratischen Frieden erworben. Ein Argument dieses Forschungsansatzes lautet, dass Demokratien stets versuchen, Kriege mit besonders wenig zivilen Opfern zu führen“ (Schwank 2008: 45). Weitere Darlegungen dazu wären nach Schwank, dass die Ausbreitung des Völkerrechts zu einer Vermeidung von Kriegen, besonders Angriffskriegen geführt hat; um Gegner zu schwächen und eigene Interessen weiterhin durchzusetzen, werden andere Formen der Konfliktaustragung entwickelt, wie die militärische und finanzielle Unterstützung von Stellvertretern. (vgl. Schwank 2008: 45)

Die Bedeutung von zwischenstaatlichen Kriegen ist also in den letzten Jahrzehnten für die Sozial- und Friedensforschung zurückgegangen und bildet heute die Ausnahme. „Dem gegenüber sind innerstaatliche Kriege in den letzten Jahrzehnten zum dominanten Kriegstypus geworden. Doch auch die Kennzeichnung als ‚innerstaatlich‘ wird zahlreichen zeitgenössischen Gewaltkonflikten nur unzureichend gerecht“ (Böge 2004: 3).

Dies ist unter anderem dem Umstand geschuldet, dass unter innerstaatlichen Kriegen Auseinandersetzungen innerhalb der staatlichen Grenzen, bei denen Streitkräfte einer Regierung und eine bewaffnete Opposition um die Macht im Staat, die Sezession bzw. Autonomie eines Staatsteils kämpfen, verstanden wird. Innerstaatliche Konflikte können aber auch auf andere Regionen und Nachbarländer übergreifen und sub-staatliche Akteure aus benachbarten Staaten wiederum in sie hineinwirken, Kriegsflüchtlinge überschreiten Grenzen und bilden Rückzugs- und Rekrutierungsbasen für die Kontrahenten. (Böge 2004: 3) „Ein weiteres Wesensmerkmal ist die grundlegend gewandelte Stellung des Staates in den neuen Kriegen: Staaten werden zu Gewaltakteuren unter anderen, sie haben als die faktischen Monopolisten des Krieges abgedankt“ (Münkler 2002: 7).

Zusammenfassend kann also behauptet werden, dass sich in den letzten Jahrzehnten ein Wandel weg von zwischenstaatlichen Kriegen hin zu innerstaatlichen Kriegen vollzogen hat. So übernehmen nun andere, private AkteurInnen die Kriegsführung, mit neuen Interessen, die eine schnelle Beilegung des Konflikts verhindern. Im folgenden Kapitel sollen diese Privatisierung von Krieg und die Darstellung der Ursachen für neue Kriege genauer betrachtet werden.

2.1. Die „neuen Kriege“ und ihre Gewaltökonomie

Unter dem Begriff „neue Kriege“ werden seit dem Ende der 1990er Jahre vornehmlich innerstaatliche Konflikte beschrieben, die durch die Privatisierung von Gewaltmitteln geprägt sind. An die Stelle von staatlichen Akteuren treten neue Gewaltunternehmer wie Warlords oder KriegsfürstInnen, die sich als lokale HerrscherInnen etablieren, um daraus ökonomische Vorteile für sich und ihre Klientel ziehen.

So geht es in erster Linie bei neuen Kriegen nicht mehr primär um die Eroberung der Staatsmacht oder die Errichtung eines autonomen Gebiets, vielmehr treten kommerzielle Zwecke in den Vordergrund. „Die wirtschaftliche Globalisierung hat trans- und subnationalen Akteuren eine Vielzahl von Gelegenheiten verschafft, sich unter Umgehung staatlicher Kontrollinstanzen direkt mit den globalen Märkten zu ‚vernetzen‘“ (Ehrke 2002: 106). „Daher ist nicht allein aufgrund der involvierten Akteure, sondern auch wegen der von diesen verfolgten Ziele, von einer „Entstaatlichung“ beziehungsweise Privatisierung der Kriege zu sprechen“ (Böge 2004: 4). Damit einher geht auch eine Veränderung der Kriegsführung, so richtet sie sich nicht mehr gegen die Regierung, sondern vermehrt gegen die Zivilbevölkerung, es existieren keine klaren Frontverläufe oder herkömmliche Schlachten,

stattdessen werden Mittel wie Vertreibung, Massaker oder Massenvergewaltigungen aufgegriffen. (vgl. Böge 2004: 4) Eine weitere Besonderheit der neuen Kriege beschreibt die AkteurInnen, die nicht eindeutig einer Seite zuzuordnen sind. Aufgrund von Profit- und Machtstreben splittern sich bewaffnete Gruppierungen auf, Warlords und ihre Klientel haben dabei ein Interesse am Fortbestand der Kriegsökonomie. Staatliche Sicherheitskräfte werden in diesem Zusammenhang ebenfalls als fraktioniert und potenzielle Gefahr betrachtet, da bei ausbleibender Besoldung auch diese Gruppierungen unkontrollierbar agieren können und ihre eigenen ökonomischen Interessen zu befriedigen suchen. Die benötigten finanziellen Mittel werden über Plünderung, Raub, Geiselnahme oder Schmuggel lukriert, dabei spielt die Integration in den Weltmarkt, auf dem sowohl die Ressourcen des Landes vermarktet werden, als auch die Mittel zur Fortführung der Konflikte bezogen werden, eine entscheidende Rolle. (Münkler 2002: 21)

Das Modell der Gewaltökonomie oder Kriegsökonomie in Zusammenhang mit zeitgenössischen Kriegen wird nach Schlichte wie folgt dargestellt: „Kriegsökonomie ist ein sozialer Raum, in dem die Verteilung und Aneignung von Ressourcen gewaltgesteuert verläuft: Physische Gewalt wird eingesetzt, um Güter zu erlangen, um Chancen ihrer Veräußerung abzusichern und um Ressourcen zu generieren“ (Schlichte 2002: 11). Georg Elwert erweitert dieses Konzept auf einer ökonomischen Ebene und spricht von Gewaltmärkten. Diese zeichnen sich durch die in innerstaatlichen Konflikten entstehenden Kriegsherrensyste aus, die oberflächlich zwar ideologische oder weltanschauliche Zielsetzungen vorantreiben, darunter aber ökonomische Motive und damit materielle Gewinne anstreben. Als Ursache der Entstehung dieser Gewaltmärkte sieht Elwert das fehlende Vorhandensein des staatlichen Gewaltmonopols und der damit verbundenen Entstehung von gewaltoffenen Räumen. Gewaltmärkte treten vor allem dort auf, wo gewaltoffene Räume auf marktwirtschaftliche Strukturen treffen. (vgl. Elwert 1997: 87ff)

Einen weiteren Ansatz zur Erklärung von Gewaltökonomien im Kontext fragiler Staatlichkeit bietet William Reno und sein Konzept der Warlord-Politik. Zentral ist für Renos Analyse der Kampf um Macht und Legitimität, der von verschiedenen AkteurInnen, Eliten, Militärs, Warlords, aber auch transnationalen Konzernen und externen Regierungen ausgefochten wird. Im Vordergrund seiner Analyse stehen also die Akteurskonstellationen, die zum einen zum Niedergang institutioneller Strukturen führen und zum anderen von politischen Instabilitäten und Unsicherheiten profitieren. So bilden sich enge Wechselbeziehungen zwischen Gewaltökonomie und Staatszerfall, die somit eine optimale Umgebung zur Generierung ökonomischer und politischer Interessen begünstigen. (Chojnacki 2004: 202)

Der folgende Teil wird sich also mit der ökonomischen Komponente neuer Kriege beschäftigen. Da bei dieser Art der Konflikte ein starker Bezug zu Ressourcen genommen wird, erscheint es daher sinnvoll, den Begriff der Konfliktressource aufzugreifen und genauer darzustellen.

2.2. Konfliktressourcen

Der Zugang zu Ressourcen nimmt für die Finanzierung von Konflikten eine wichtige strategische Bedeutung ein; Er kann dabei sowohl Ursache als auch Mittel für den Ausbruch von Kriegen sein. In diesem Zusammenhang wird zwischen Ressourcenkonflikten und Konfliktressourcen unterschieden. Von Ressourcenkonflikt wird gesprochen, wenn dieser Konflikt um den Zugang zu Ressourcen geführt wird. Der Begriff Konfliktressource beschreibt die Instrumentalisierung von Ressourcen zur Finanzierung von Konflikten. (Mildner et al. 2011: 13f) „Die Grenze zwischen Ressourcenkonflikt und Konfliktressource ist zweifellos durchlässig. Das ist vor allem dann der Fall, wenn sich ökonomische Konkurrenz um die Ausbeutung einer Konfliktressource verselbstständigt und zu einer eigenständigen Konfliktursache zwischen den primär am Konflikt beteiligten Parteien wird“ (Mildner 2010: 15).

Als natürliche Ressource oder aber Rohstoff werden alle diejenigen Stoffe bezeichnet, die von der Natur bereitgestellt werden und grundsätzlich für menschliche Zwecke nutzbar zu machen sind. Sie umfassen energetische und nicht-energetische ebenso wie erneuerbare und erschöpfbare Ressourcen. Somit wird unter Ressourcen eine breite Palette von Rohstoffen, wie Wasser, Erdöl und Erdgas, Tropenhölzer oder Seltene Erden und viele andere mehr, verstanden. (Mildner et al. 2011: 11)

Werden für die Finanzierung von Konflikten natürliche Ressourcen eingesetzt, so ist es sinnvoll, von Konfliktressourcen zu sprechen. „Eine typische Instrumentalisierung von Ressourcen erfolgte durch Rebellengruppierungen unter anderem beim Coltanabbau in der DR Kongo oder mit den sogenannten Konfliktdiamanten in Sierra Leone“ (Mildner et al. 2011: 14). „Die Rohstoffe werden an Akteure wie transnationale Handelsunternehmen verkauft, die an der Auseinandersetzung primär nicht beteiligt sind. Gleichwohl spielt die Knappheit eine wichtige Rolle: Die Nachfrage auf den regionalen und internationalen Märkten ist eine notwendige Voraussetzung, damit Einnahmen erzielt werden“ (Mildner 2010: 15).

2.3. Positiver Frieden

Der Begriff „Frieden“ ist in der Literatur stark durch die Arbeiten von Johan Galtung geprägt. Sein Ansatz von Frieden ist sehr umfangreich, dabei aber kein systematisch konstruiertes Theoriegebäude. Es versucht, Konflikt und Frieden aus einer allgemeineren Perspektive zu erklären, und geht bei der Etablierung von Frieden weit über die Bereiche des *Peacebuilding* hinaus. „Zunächst bezeichnet Frieden die Abwesenheit von Krieg [...] dieses negative Konzept von Frieden als Abwesenheit von Krieg bedarf der Erweiterung. Denn die Abwesenheit von Krieg ist noch keine ausreichende Bestimmung von Frieden“ (Wulff 2007: 82). Für die weitere Arbeit soll deswegen ein mehrdimensionales Verständnis von Frieden herangezogen werden, da auch seitens der internationalen Gemeinschaft die Erreichung eines positiven Friedens, also die Überwindung jeglicher Gewalt, im Vordergrund steht.

Galtung prägte in seiner Arbeit die Begriffe des negativen und positiven Friedens, denen die Grundidee innewohnt, dass Frieden aus mehreren Dimensionen besteht. Dafür teilt er sein Konzept in drei Teilbereiche auf, die er als kulturellen Frieden, direkten Frieden und strukturellen Frieden bezeichnet. So sieht er die Absenz von physischer Gewalt nur als eine notwendige Komponente, um Frieden zu bewirken, und erweitert das Ziel des positiven Friedens durch die Komponenten einer gerechten Struktur und einer friedlichen Kultur, auf denen er basiert. Die Formen von struktureller Gewalt sind dabei in der sozialen Struktur eingeschrieben und umfassen wirtschaftliche Ausbeutung bis hin zu politischer Marginalisierung zahlreicher Bereiche. Damit erweitert Galtung die Prozesse, die innerhalb von *Peacebuilding*-Maßnahmen zu setzen sind. So wird nicht mehr nur die Ursache oder das Symptom eines bewaffneten Konflikts betrachtet, sondern auch seine Struktur und die den Konflikt beeinflussende Kultur. (vgl. Galtung 2007: 31f)

Für die weitere Arbeit sollen nun drei zentrale Interventionsmaßnahmen herausgegriffen werden, die für die zukünftigen Argumentationen besondere Bedeutung haben. Diese umfassen militärische Interventionen, die damit verbundenen *Peacekeeping*- und *Peacebuilding*-Maßnahmen und schließlich *smart sanctions* wie Einfuhrbeschränkungen und Zertifizierungen für Konfliktressourcen.

3. Internationale Konfliktlösungsmechanismen

Für die Lösung von Konflikten gibt es zahlreiche Ansätze und Mittel, um Frieden (wieder-)herzustellen. Die Bandbreite dafür ist sehr weit und so werden vornehmlich Ansätze für das Eingreifen über externe, also noch nicht am Konflikt direkt beteiligte AkteurInnen, diskutiert und umgesetzt. Diese umfassen politische Mittel wie militärische Interventionen durch sogenanntes *peace-enforcement* und umfangreiche *Peacekeeping*-Maßnahmen, die mit der Wiederherstellung von Staatlichkeit, zunehmender Sicherheit, Steuer- und Finanzhoheit und dem Aufbau von demokratischen Strukturen durch eine breite Öffnung des politischen Systems für die Bevölkerung und Zivilgesellschaft einhergehen sowie zu einer unabhängigen Justiz führen sollen. Flankiert werden diese Ansätze von ökonomischen Hilfsleistungen, entweder beim Wiederaufbau der Wirtschaft oder durch Einfuhrbeschränkungen oder Zertifizierungsmaßnahmen für Konfliktressourcen.

Den Vereinten Nationen steht dabei ein breites Bündel an Instrumenten zur Verfügung und sie gelten als das internationale Organ für die Verantwortung um die Aufrechterhaltung beziehungsweise Etablierung von Frieden. Die Basis für diesen Aufgabenbereich bilden die Kapitel VI, VII und VIII der UN-Charta, darüber hinaus kann sie AggressorInnen über sogenannte Mandate wirtschaftlich sanktionieren oder politisch durch den Beschluss eines robusten Mandates mittels militärischer Intervention zu einer Änderung ihres Verhaltens bewegen. (vgl. UN Charta 2014: 10-13)

3.1. Militärische oder humanitäre Intervention

„Die Idee der humanitären Intervention – verstanden als militärisches Eingreifen zum Schutz fremder Menschen vor Verfolgung und Vernichtung – kann mindestens bis in die Zeit der Entstehung moderner Staaten zurückverfolgt werden“ (Hinsch und Janssen 2006: 15). In der wissenschaftlichen Praxis besteht allerdings große Skepsis, ob durch den Einsatz von gewalttätigen Mitteln positive Wirkungen erzielt werden können oder anders gesagt, eine Verbindung des Humanitären mit dem Militärischen wird strikt abgelehnt. (vgl. ICCIS 2001: 9)

Ursprünglich lag das Recht, militärische Interventionen einzuleiten, ausschließlich beim UN-Sicherheitsrat, wurde aber zuvor im Kalten Krieg von den Großmächten unterwandert und schließlich in den 1990er Jahren weiter aufgeweicht. Einen einschneidenden Moment bildete die Intervention in Somalia 1992, als der von einer Hungerkatastrophe begleitete Bürgerkrieg eine Bedrohung des internationalen Friedens darstellte. (Hinsch und Janssen 2006: 21–24)

In der Vergangenheit gab es auch eine erkennbare Distanz zwischen entwicklungspolitischen militärischen AkteurInnen und ihren Aufgaben, diese verringerte sich in den letzten Jahren, heute gilt das Kredo: keine Entwicklung ohne Sicherheit. (vgl. Klingebiel und Roehder 2004: 1) Je nach Bedrohungslage und spezifischer Herausforderung können daher Operationen und Anforderungen an diese sich in ihrer Darstellung unterscheiden.

Insgesamt können folgende militärische Operationen unterschieden werden:

- Autonome, unilateral entschiedene staatliche Gewalt
- Militärische Operationen mit einem Mandat des UN-Sicherheitsrates
- Friedensstreitkräfte der UN mit klassischen Mandaten der Beobachtung, Pufferfunktion und der Hilfeleistung zur Wiederherstellung defizitärer Staatsgewalt (Klingebiel und Roehder 2004: 6)

Darüber hinaus werden zur Sicherstellung einer nachhaltigen Friedenslösung militärische Interventionen von einer Reihe von standardisierten Begleitmaßnahmen unterstützt. Diese können im Rahmen von *Peacekeeping*- oder *Peacebuilding*-Aufgaben in den betroffenen Staaten umgesetzt werden. Dabei geht es zum einen um das Auseinanderhalten der verschiedenen Konfliktparteien, dieses kann auch über sogenanntes *peace-enforcement* ermöglicht werden, und zum anderen um die Begleitung durch *postconflict*-Friedensmaßnahmen. Nach den Überlegungen der Vereinten Nationen soll durch diese verschiedenen Stufen am Ende der Intervention ein nachhaltiger, positiver Frieden durchgesetzt sein.

3.2. *Peacekeeping – Peacebuilding*

Die Aufgaben im Rahmen von *Peacekeeping*-Missionen haben sich parallel zu der Wahrnehmung über die Entstehung der „neuen Kriege“ seit Beginn der 1990er Jahre deutlich gewandelt und wurde seitdem umfangreich ausgebaut. „Das Konzept der Friedenssicherung (*peacekeeping*) basiert auf dem Gedanken, dass eine überparteiliche UN-Präsenz in einem Konfliktgebiet zum Abbau von Spannungen führt und dadurch Lösungen auf dem Verhandlungsweg erleichtert“ (Keller 2008: 2). Mit dem Ende des Kalten Krieges kam es auch zu einem Ende der Selbstblockade des UN-Sicherheitsrates, weiters zu einer wesentlich besseren Zusammenarbeit unter den Mitgliedsländern und damit zu einem viel intensiveren Gebrauch von Friedenssicherungsmaßnahmen. Mit dem Aufkommen von vielfältigen Problemen in Konfliktregionen wurden die Anforderungen an die Missionen angepasst und

der Aufgabenkatalog der Blauhelme zum Teil erheblich erweitert. So steht heute nicht mehr die Aggression eines Staates gegen einen anderen im Vordergrund, sondern vornehmlich religiöse, ethnische und soziale Konflikte, Völkermorde, innerstaatliche Spannungen, Vertreibungen und Hungersnöte. Auch die Gefahren, denen Blauhelmsoldaten ausgesetzt wurden, stiegen durch die neuen Konfliktkonstellationen deutlich an. Diese Konfliktarten lassen sich mit den klassischen Instrumenten der Friedenssicherung nur schwer lösen, so kam es zu einem Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung, wie Frieden sichergestellt werden kann. (vgl. Keller 2006: 2) Ab dem Jahr 2000 wurden die Kompetenzen im Rahmen der UN-Friedenssicherung erweitert, Blauhelme sollten in die Lage versetzt werden, Übergriffen oder Gewalt gegen Zivilpersonen mit geeigneten Mitteln entgegenzutreten und gefährdete Personen zu schützen und den Bedrohungen Einhalt zu gebieten. Mit dem Begriff *Responsibility to Protect* fand diese Forderung Eingang in die Debatte. Darunter versteht man die Verantwortung des Nationalstaats, für den Schutz seiner Bevölkerung zu sorgen. Kann er dieser nicht nachkommen, steht die internationale Gemeinschaft in der Verantwortung, diese Aufgaben zu übernehmen. Mit diesen neuen Anforderungen haben sich die Missionen in Form, Größe, Zusammensetzung etc. verändert, zur Unterscheidung der einzelnen Kategorien wurde eine Unterteilung in Generationen vorgenommen. (Keller 2006: 3) Die erste Generation umfasste klassische Missionen zur Friedenssicherung und war geprägt von leicht bewaffneten UN-Truppen und unbewaffneten militärischen Beobachtern. Ziel war es, das Wiederaufflammen von Kämpfen zu verhindern, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und damit eine Rückkehr zu einer normalen Lebensführung zu ermöglichen. Hierbei sollte also nicht direkt Frieden geschaffen werden, sondern ein Weg aufbereitet werden, der auf diplomatischem Wege zur friedlichen Lösung des Konflikts führen sollte. Dabei stand also eher eine passive Beobachterfunktion im Vordergrund. So waren vor allem die Zustimmung aller an einem Konflikt beteiligten Staaten und Parteien und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der UN-Truppe, Unparteilichkeit der SoldatInnen und der friedliche Einsatz, also ohne Waffengewalt, die entscheidenden Punkte, die seitens der internationalen Gemeinschaft umzusetzen waren. (vgl. Keller 2006: 4)

Die zweite Generation kombinierte und erweiterte die Missionen zur Friedenssicherung. So übernahmen die Friedenstruppen nun erstmalig umfangreiche und vielfältige Aufgaben im zivilen Bereich wie die Kontrolle der Polizei, Wahlüberwachungen, die Rückführung von Flüchtlingen oder die Förderung eines schnellen politischen Wandels in den Einsatzländern. (Keller 2006: 5)

Die dritte Generation umfasste dann stärker bewaffnete Missionen. Nachdem nun seit den 1990er Jahren zwischenstaatliche Konflikte kaum mehr vorkamen und die Kriegsführung sich änderte, zum Beispiel in innerstaatlichen Konflikten oder in zerfallenden Staaten, passte sich auch die Durchführung dieser Missionen dem neuen Umfeld an. In Extremfällen wurde nun der Einsatz von Waffen legitimiert, allerdings mit dem Problem, dass die UN-Truppen nun selbst zur Kriegspartei werden konnten und damit an Glaubwürdigkeit einbüßten. Diese Umstände machten offenkundig, dass sich nun die Grenzen des traditionellen Friedenseinsatzes zeigten. (Keller 2006: 5)

Aus diesem Grund wurde die vierte Generation von Friedenseinsätzen und damit die administrative Verantwortung seitens der UN entwickelt. Der Hilf- und Wehrlosigkeit von UN-Missionen bei der Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen oder der Zerstörung von wichtigen Infrastruktureinrichtungen wurde in den vergangenen Jahren in vielfacher Hinsicht entgegengewirkt. „So wurden durch den Sicherheitsrat zunehmend sogenannte ‚robuste‘ Friedensmissionen mit robusteren Ausrüstungen und erweiterten Befugnissen etabliert, die den Schutz des Mandats gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln erlaubt“ (Keller 2006: 6). Darüber hinaus erhielten UN-Missionen nun auch die Verantwortung über die Übergangsverwaltung und damit eine exekutive und regierungsähnliche Rolle in der betroffenen Krisenregion. So sind sie für den Wiederaufbau von staatlichen Organen und Strukturen verantwortlich, zum Teil aber auch für die Gesetzgebung zuständig und bereiten somit die Übergabe der Regierungsfunktionen an die demokratisch legitimierten VertreterInnen der Bevölkerung vor.

Neben dem Begriff des *Peacekeepings* wird auch häufig der Terminus des *Peacebuildings* gebraucht. So wird *Peacebuilding* als Friedenskonsolidierung nach dem Ende der Kampfhandlungen verstanden und ist daher verstärkt auf die Entwicklung entsprechender Strukturen ausgerichtet, um ein Wiederaufkommen von Gewalt zu verhindern. *Peacebuilding* beschreibt daher ein Langzeitvorhaben, bei dem die Stärkung lokaler Kapazitäten im Vordergrund steht und das auf umfassende Weise auf die Bewältigung von politischen, ökonomischen und sozialen Konsequenzen von Kriegen sowie die Bearbeitung struktureller Konfliktursachen, wie sozioökonomische Ungleichheit, ethno-nationale Spannungen oder Ressourcenknappheit, abzielt. (Schaller und Schneckener 2009: 11)

Peacebuilding umfasst in diesem Zusammenhang einerseits sicherheitspolitische Bereiche, wie Abrüstungsmaßnahmen, Entwaffnung, Demobilisierung sowie Reintegration von GewaltakteurInnen, andererseits Politik mit dem Aufbau einer zivilen Verwaltung, Durchführung von Wahlen, Gewährleistung von Grundfreiheiten, Menschenrechten und

Pressefreiheit. Außerdem werden sozioökonomische Maßnahmen umgesetzt, Programme zur Transformation von Gewaltökonomien, Wiederaufbau der Infrastruktur, Energieversorgung oder die Förderung von Wirtschaftssektoren, Armutsbekämpfung etc. (vgl. ebd.) „Eine wesentliche Voraussetzung für die entsprechenden Schritte ist die Überwindung von Gewaltökonomien und kriminellen Strukturen, wie sie typisch für Nachkriegsgesellschaften sind“ (Schaller und Schneckener 2009: 11f). Der vierte Punkt umfasst die psycho-soziale Dimension und beschreibt die Betreuung und Reintegration von Kriegsopfern, KindersoldatInnen, Flüchtlingen oder Vertriebenen sowie die Aussöhnung ehemaliger Konfliktparteien und damit auch die moralische und strafrechtliche Aufbereitung von begangenen Unrecht.

Ulrich Schneckener erweitert dieses Vier-Punkte-Konzept um eine weitere Dimension und plädiert dafür, es um regionale beziehungsweise internationale Aspekte zu ergänzen. So haben die meisten Konflikte regionale Auswirkungen, zum Beispiel über Flüchtlingsbewegungen, die Proliferation von Waffen, grenzüberschreitende Ausbreitung von Gewalt und Kriminalität. Umgekehrt nehmen AkteurInnen aus der unmittelbaren Nachbarschaft an den Konflikten teil, einerseits durch Regierungen, andererseits durch befreundete Rebellenorganisationen, ethnische Gruppen und transnationale, kriminelle Netzwerke. Um diesen Spillover-Effekten entgegenzuwirken, müssen die benachbarten Regionen in den Friedensprozess einbezogen und daran beteiligt werden. (Schaller und Schneckener 2009: 12)

Nach dieser Darstellung der wichtigsten Aufgaben im Rahmen des *Peacekeepings* beziehungsweise *Peacebuildings* soll in weiterer Folge den ökonomischen Interventionsmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft besondere Beachtung zuteil werden.

3.3. Sanktionen und Zertifizierungen

Bei Sanktionen handelt es sich um ein Instrument mit dem Ziel, das Verhalten eines Gegenübers zu verändern. Diese Maßnahmen können sowohl auf unilateraler als auch multilateraler Ebene umgesetzt werden und können durch einzelne Staaten oder Staatenbünde gegen Individuen, Unternehmen oder Staaten verhängt werden. Diese Maßnahmen treten in häufigster Form im Rahmen von Wirtschaftsembargos auf. Ihnen liegt die Annahme zugrunde, dass wirtschaftliche Kosten politische Folgen haben und damit nachhaltig auf das Verhalten von politischen Eliten wirken und dieses verändern. (Oudraat 2001: 324)

Neben wirtschaftlichen Sanktionen gibt es auch noch sogenannte Waffen- oder Finanzembargos, aber auch Reiseverbote, die immer wieder eingesetzt werden.

Für die Verhängung und Durchsetzung von Sanktionen sind die Vereinten Nationen mit einem Bündel an Kompetenzen ausgestattet. „Sie haben das größte Potential für eine effektive Umsetzung, denn unilaterale Handelsbeschränkungen können relativ leicht durch dritte Parteien umgangen werden. Allein die UN-Charta bietet eine ausreichende Handhabe um alle Mitgliedstaaten an die Beschlüsse des Sicherheitsrates zu binden“ (Liebing 2009: 59). Oudraat zeigt die Bedeutung von wirtschaftlichen Sanktionen für innerstaatliche Konflikte auf. So wurden während des Kalten Krieges vom UN-Sicherheitsrat nur zwei Mal wirtschaftliche Sanktionen verhängt, zwischen 1989 und 2000 allerdings 16 Mal. Davon betrafen elf dieser 16 Fälle Sanktionen, um interne Konflikte einzudämmen oder zu beenden. (Oudraat 2001: 323) „Darüber hinaus verhängten UN-Mitgliedstaaten im gleichen Zeitraum etwa 40 Mal unilaterale, bilaterale oder regionale Sanktionen“ (Liebing 2009: 60).

Die Praxis, Sanktionen zu verhängen, ist beliebt – sie sind für die Staaten mit geringem Risiko und niedrigen Kosten verbunden, erlauben darüber hinaus, Zeit für eine politische oder militärische Lösung zu gewinnen. So wird auf der einen Seite die eigene Entschlossenheit signalisiert, auf der anderen Seite Druck auf den/die AdressatIn ausgeübt. (vgl. Liebing 2009: 60)

Allerdings blieben die meisten verhängten Sanktionen der UN bis in die 1990er Jahre wirkungslos, da ihre Durchsetzung nicht gewährleistet werden konnte, außerdem waren zusätzlich unbeabsichtigte humanitäre und soziale Folgen problematisch. (Oudraat 2001: 323) Aufgrund dieser veränderten Wahrnehmung der negativen Auswirkungen für die Zivilbevölkerung durch Sanktionen kam es in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu einigen Änderungen. So wurden sogenannte *smart sanctions*, also intelligente Sanktionen entwickelt, die gezielt neben militärischen Gütern nur ausgewählte Ressourcen, wie zum Beispiel Diamanten oder Edelhölzer, und Konfliktparteien umfassen, und nicht mehr den gesamten Handel. Damit soll verhindert werden, dass diese Sanktionen der ganzen Wirtschaft schaden und damit die Versorgung der Bevölkerung gefährdet wird. (Liebing 2009: 60)

Ein zentrales Kriterium für den Erfolg solcher Sanktionen ist auch die Verhinderung der Umgehung dieses politischen Mittels (*sanctions busting*). Besonders problematisch ist die Durchsetzung von Sanktionen in Staaten, die geprägt von fragiler Staatlichkeit und Korruption sind. Dies wird besonders dort deutlich, wo auch die Nachbarstaaten nur über eine sehr eingeschränkte Kontrolle ihrer Grenzen verfügen. Konfliktparteien können dann mit Nachbarstaaten kooperieren und diese Sanktionen umgehen. Meist fehlt auch der politische

Wille, Sanktionen durchzusetzen oder *sanction buster* zu verfolgen. Eine zusätzliche Problemkomponente erhält dies durch importierende Länder, die die beteiligten Parteien schützen, um sich so weiterhin ihren Zugang zu strategisch bedeutenden oder billigen Ressourcen zu sichern. (Liebing 2009: 61)

Ein geeignetes Beispiel für diese *smart sanctions* bieten Zertifizierungssysteme wie jene des Kimberley-Prozesses (Kimberley Process Certification Scheme) für Blut- oder Konfliktdiamanten. Da in naher Zukunft ein ähnliches System auch für die Ressource Coltan etabliert werden soll und an der Umsetzung bereits geforscht wird, macht es Sinn, die Vor- und Nachteile, die Probleme bei der Umsetzung und die internationale Teilnahme am Kimberley-Prozess genauer zu betrachten.

3.3.1. Exkurs: Kimberley-Prozess

Unter Zertifizierungsmaßnahmen werden allgemein Verfahren bezeichnet, die die Qualität oder bestimmte Standards für Produkte oder Dienstleistungen garantieren sollen. Zertifizierungen gibt es dabei in den unterschiedlichsten Branchen; Für Produkte aus Ländern des globalen Südens werden häufig mit Zertifizierungen Sozial- oder Umweltstandards nachgewiesen. Einen Sonderfall stellt die Zertifizierung von Rohstoffen aus Konfliktgebieten dar. In diesem Fall geht es primär um die Verhinderung von Konfliktfinanzierung durch Ressourcen.

„Das KPCS ist ein internationales Zertifizierungssystem für den Diamantenhandel, das als Antwort auf die Rolle von ‚Blutdiamanten‘ oder ‚Konfliktdiamanten‘ bei der Finanzierung bewaffneter Konflikte in Angola, Sierra Leone, Liberia und der DR Kongo geschaffen wurde“ (Liebing 2009: 63). Zu Beginn des Prozesses im Jahr 1998 wurde erstmals ein Embargo gegen Konfliktdiamanten aus Angola seitens des UN-Sicherheitsrates verhängt. Damit wurde allen Staaten der Import von Diamanten ohne Herkunftszertifikat verboten. In weiterer Folge wurde das Modell auch auf andere Länder übertragen, allerdings zeigte sich, dass länderspezifische Diamantensanktionen ineffektiv waren und das Problem auf globaler Ebene zu lösen sei. Daraufhin startete die südafrikanische Regierung eine Reihe von Treffen unter Vertretern von Regierungen, der Industrie und NROs. Am 1. Januar 2003 trat schließlich das KPCS in Kraft. Es basiert auf der Etablierung einer „Garantiekette“ durch ausgestellte Zertifikate, die die Diamanten von ihrer Mine bis zum Verkauf begleiten und damit nachverfolgbar machen. Diamanten ohne Zertifikat werden beschlagnahmt, die HändlerInnen werden bestraft. (Liebing 2009: 63f) „Teilnehmer des KPCS dürfen nur mit anderen

Teilnehmern handeln. Das KPCS deckt effektiv die gesamte Produktionskette des Großteils der Diamanten der Welt ab. Es umfasst große und kleine Produzenten, es umfasst die Länder, die von durch Diamanten finanzierte Kriege betroffen sind oder waren; es umfasst Länder wie Belgien und die Schweiz, deren Hauptgeschäft im Umschlag besteht, und Länder wie Israel, China und Indien, in denen die Diamanten bearbeitet werden; und darüber hinaus auch Länder wie Japan und die USA, deren Hauptinteresse an Diamanten im An- und Verkauf liegt“ (Smillie 2005: 47).

Auch wenn der Kimberley-Prozess als erfolgreicher Unterfangen gesehen wird, gibt es einige Kritik an dem System. Es werden einerseits die schwachen internen Kontrollen kritisiert; so fehlten unter anderem ein unabhängiger Überwachungsmechanismus oder für die Teilnahme verbindliche Standards. Andererseits konnte nicht verhindert werden, dass dennoch sanktionierte Diamanten in den internationalen Handel geraten, dies geschieht vor allem dort, wo Diamanten direkt zu industriellen EndverbraucherInnen oder Endverarbeitungsbetrieben gebracht werden. Auf der anderen Seite zeigen Studien von Global Witness und Amnesty International, dass die wichtigsten Diamantenhändler in Großbritannien nicht genügend Maßnahmen ergriffen, um den Handel mit Konfliktdiamanten zu bekämpfen (Amnesty International/ Global Witness 2007)

„Trotz dieser unbestreitbaren Schwächen hat das KPCS durchaus Erfolge vorzuweisen. Die Bürgerkriege in Angola, Sierra Leone und Liberia wurden beendet, wobei allerdings auch andere Faktoren für den Erfolg mitverantwortlich waren“ (Liebing 2009: 65). Jedenfalls ist der Schmuggel von Diamanten zurückgegangen, das belegen die gestiegenen Einnahmen der Regierung von Sierra Leone, von 10,1 Millionen US-Dollar im Jahr 2000 auf 126 Millionen US-Dollar im Jahr 2004. Diese positiven Effekte wurden durch die Zusammenarbeit verschiedener Regierungen miteinander ermöglicht. (Liebing 2009: 65f)

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welche Ursachen für die erfolgreiche Umsetzung verantwortlich gemacht werden können und ob ein ähnliches Zertifizierungssystem auch auf die Produktion und den Handel von Coltan umgelegt werden könnten:

- Der Diamantenhandel wird von einer konzentrierten Industrie bestimmt, so gibt es eine De-facto-Monopolstellung eines Konzerns. Aus diesem Grund konnte die gesamte Industrie zusammengebracht werden und umfasst praktisch den gesamten weltweiten Diamantenhandel.

- Das Engagement der Industrie an einer Beteiligung ist vor allem dem Imageschaden geschuldet, den das von NRO und Medien verbreitete Bild von Konfliktdiamanten verursachte.
- Eine weitere Rolle spielt der Druck von NROs wie Oxfam, GW oder AI, die in ihrem Rahmen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit und damit Medieninteresse auslösten. Auf sie ist unter anderem auch die Beweiserbringung zurückzuführen, welche schädliche Rolle der Handel mit Konfliktdiamanten für die sozioökonomischen Strukturen in den betroffenen Ländern hatte.
- Diamanten sind leicht zu regulierende Produkte. Sie werden überwiegend in den wohlhabenden Ländern des globalen Nordens konsumiert, besitzen aber im Gegensatz zu Ressourcen wie Erdöl oder Coltan keine strategische Bedeutung. Außerdem ist die Anwendung von Diamanten auf einige wenige Bereiche der Industrie oder Schmuckherstellung begrenzt, andere Ressourcen werden wesentlich universeller eingesetzt. (vgl. Liebing 2009: 66f)

Es ist nicht davon auszugehen, dass diese Faktoren in dieser Konstellation auch auf andere Ressourcen umzulegen sind. „Wichtig ist, dass die individuellen Charakteristiken eines Rohstoffes beachtet sowie die Marktstrukturen und die Interessen der beteiligten Akteure genau analysiert werden. Einige Voraussetzungen scheinen entscheidend für den Erfolg eines Zertifizierungssystems zu sein:“ (Liebing 2009: 67).

- Die Eigenschaften des betroffenen Rohstoffes müssen rückverfolgbar sein.
- Die Entwicklung der Standards muss transparent sein und alle relevanten AkteurInnen müssen am Prozess partizipieren können. Es darf keine negativen Folgen für zum Beispiel Kleinbergleute geben.
- Die beteiligten AkteurInnen müssen Interesse an einer Kooperation haben oder es muss möglich sein, den für eine Kooperation notwendigen Druck auszuüben.
- Verbindlichkeit auf rechtlicher oder völkerrechtlicher Ebene muss gewährleistet sein. Auch das Interesse der Industrie und der Regierungen muss groß sein, sodass die Standards in nationale Gesetze übernommen werden.
- Die Einhaltung der Standards muss unabhängig überwacht und relevante Daten

müssen veröffentlicht werden. (vgl. Liebing 2009: 67f)

Im Kapitel 8 wird auf diese Punkte genauer Bezug genommen und detailliert besprochen, wie weit die Entwicklung eines Zertifizierungssystems für die Ressource Coltan fortgeschritten ist.

4. Begriffsbestimmungen des Konzeptes von Staat und der Staatlichkeit

In diesem Kapitel steht die Untersuchung des Konzepts und der Funktion des Staats beziehungsweise dessen Zerfall im Vordergrund. Theorien zu (fragiler) Staatlichkeit haben seit den 1990er Jahren in wissenschaftlichen Publikationen und journalistischen Debatten einem enormen Widerhall erfahren, auf dessen Basis entwicklungspolitische Handlungsempfehlungen aufgebaut wurden. Dabei gilt der moderne, europäische Nationalstaat als Vorbild und positives Pendant zum *Failed State*, ungeachtet dessen, dass dieser selbst in Ländern des globalen Nordens in seiner idealen Ausbildungsform nicht in Erscheinung tritt.

Bevor nun aber das Konzept um fragile Staatlichkeit und mögliche Unterarten oder Abgrenzungsmöglichkeiten zu diesem Begriff thematisiert werden, liegt der Fokus auf den entscheidenden Staatsmerkmalen, die auf internationaler Ebene als ideal angenommen und auf deren Erreichung durch verschiedene Mittel und Maßnahmen hingearbeitet wird.

Um über den Begriff des „Staates“ und seine Funktion sprechen zu können, muss er zuerst einmal definiert werden. In der wissenschaftlichen Literatur gibt es dazu eine Vielzahl von Beiträgen, die je nach fachlicher Ausrichtung unterschiedliche Ausformungen angenommen haben. Dabei ist die Frage danach, was ein Staat genau für ein Gebilde ist und welche Aufgaben und Funktionen von ihm übernommen werden sollen, vielfältig untersucht, hinterfragt und kritisiert worden. „„Staat“ gehört – vergleichbar mit Nation oder Gesellschaft – zu den strittigsten, unschärfsten, gleichwohl unverzichtbarsten Begriffen in der sozialwissenschaftlichen Diskursen der Gegenwart“ (Tetzlaff 1997: 127). Josef Isensee bietet folgende allgemeine Definition zum Staatsbegriff an:

„Was Staat ist, lässt sich nicht auf einen einzelnen Begriff bringen oder in einer schulmäßigen Definition einfangen. Das ist in der Sache selbst begründet: der Komplexität und der raum-zeitlichen Mutabilität der staatlichen Erscheinungen. Der

Begriff kann die Sache nur unter einem von unabsehbar vielen Aspekten erfassen. Daraus folgt die unvermeidliche Relativität aller Staatsbegriffe. Ein annäherndes Bild des Ganzen kann sich nur aus der Vielzahl der Aspekte ergeben, die sich im Gang rund um das Objekt im Wechsel der Perspektiven zeigen“ (Isensee 1995: 134).

In Anlehnung an diese Definition soll in weiterer Folge zuerst die räumliche und zeitliche Erscheinungsform diskutiert werden, bevor die Komplexität des Begriffs beschrieben wird.

„Nicht selten wird der Begriff ‚Staat‘ für alle Formen politischer Herrschaft ohne Differenzierung nach Phasen der geschichtlichen Entwicklung verwendet. [...] Der Begriff Staat, wie wir ihn heute verwenden, ist im Laufe einer längeren Entwicklung entstanden. [...] Erst im 17. Jahrhundert entsteht der ‚moderne‘ Begriff des Staates, der für die aktuelle politische Wissenschaft und Praxis relevant ist“ (Benz 2001: 9).

Dieses Konzept des modernen Staates ist also stark mit der Entwicklung des Kapitalismus in bürgerlichen Gesellschaften Europas verbunden, in der Zeit des Übergangs einer feudalistischen Gesellschaft in eine neuzeitlich-kapitalistische. Auf diese Entstehungsgeschichte folgte in den Diskursen zur modernen Staatlichkeit massive Kritik, da postkoloniale Staaten aus einer ganz anderen historischen Wirklichkeit heraus entstanden sind und sich in ihren sozioökonomischen und politischen Strukturen massiv von den europäischen Entstehungsbedingungen unterscheiden. Diese lassen sich kurz zusammengefasst so darstellen: Europäische Staaten entstanden durch intensive Kontakte und Wettbewerb untereinander, verbunden mit einer langen Geschichte, geprägt durch Kooperation und Konfrontation auf einem relativ kleinen Territorium. Diese Konkurrenz förderte die Entstehung staatlicher Strukturen und hatte erheblichen Einfluss auf die Staatenbildung. (Bliesemann de Guevara und Kühn 2010: 34) In postkolonialen Staaten, besonders in Afrika, wurden ähnliche Prozesse durch die koloniale Durchdringung weiter Teile der Erde abgewürgt. Dafür sind vielfältige Faktoren auszumachen, beginnend bei den massiven Auswirkungen des transatlantischen Sklavenhandels, der Zerstörung der etablierten Herrschaftsstrukturen und den willkürlichen Grenzziehungen. Nach der Unabhängigkeit und Entkolonialisierung dieser Staaten prägte die bipolare Weltordnung die postkolonialen Staaten. Darüber hinaus können noch weitere Phänomene ausgemacht werden, die massive Auswirkungen auf die staatlichen Strukturen hatten, wie Wirtschaftskrisen, Schulden und

damit verbundene Strukturanpassungsprogramme oder die Globalisierung und ihre negative Wirkung auf nationalstaatliche Ökonomien. (Eckert 2011: 44f)

Zentral für die weiteren Ausführungen erscheint nun, welche Funktionen ein Staat zu erfüllen hat und welche Anforderungen im Bereich der *governance* bestehen, um seinen Kernaufgaben nachkommen zu können.

Georg Jellinek bietet folgende Einteilung, um seinen Staatsbegriff zu präzisieren: Ein Staat besteht aus drei wesentlichen Elementen, nämlich dem Staatsgebiet, dem Staatsvolk und der Staatsgewalt. Ein Staat ist also von rechtlicher Seite her die mit ursprünglicher Herrschermacht ausgerüstete Körperschaft eines sesshaften Volkes auf einem bestimmten Territorium. (Jellinek 1990: 394) Unabhängig von diesem Ansatz ist also, in welcher Form der Staat verwaltet wird und welche Strukturen er zur Sicherung seiner Herrschermacht ausbildet. Diesem Bereich wird besonders aus soziologischer Perspektive Aufmerksamkeit geschenkt. So werden von Max Weber die Begriffe Staat und Gesellschaft miteinander verbunden, wobei er einen Staat als eine Gemeinschaft versteht, die innerhalb eines bestimmten Gebietes das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht. Er sieht also ein auf Legitimität gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen als zentrales Element. (vgl. Weber 1980: 29f) Hier wird also der Staat als politische Einrichtung verstanden, die sich aus Institutionen und Personen zusammensetzt, deren Aufgabe die Ausübung allgemein verbindlicher Steuerungs-, Regulierungs-, und Koordinierungsfunktionen ist, sich dabei demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse bedient und zur Durchsetzung dieser Entscheidungen mit Sanktionsmitteln ausgestattet ist. (bpb: Stichwort: Staat) Zentral erscheinen also die umfangreichen Aufgaben und Funktionen, die ein moderner Staat mit seinem bürokratischen Apparat zu erfüllen hat und mittels Gesetzgebung und anderer Regelungen die Normen für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft festschreibt. Die von der Gesellschaft geforderte Leistung, der der Staat nachzukommen hat und mit der er auch seine Existenzberechtigung seitens der Bevölkerung erhält, wird als Staatsfunktion bezeichnet. Werden diese Ansprüche nicht erfüllt, verlieren der Staat und seine Institutionen ihre Legitimität. (Benz 2001: 97)

Für die Durchsetzung dieser Anforderungen zeichnet sich ein moderner Staat durch die Errichtung folgenden Gefüges aus: Staaten gelten als zentralisierte, politische Strukturen mit nominellem Gewaltmonopol, sie verfügen über Armee, Milizen, Polizei und Geheimdienste, die sowohl für äußere als auch innere Bedrohungen eingesetzt werden. Staaten beanspruchen überdies Souveränität, sind von anderen Staaten anerkannt, hegen gegeneinander ungeklärte

Souveränitäts- und Gebietsansprüche, die sie bei Eskalation in kriegesischen Konflikten untereinander ausfechten. (Scherrer 1994: 11)

Doch nicht nur staatliche AkteurInnen sind an den Entscheidungsprozessen beteiligt, es übernehmen auch zivilgesellschaftliche und private AkteurInnen Funktionen für das Gemeinwesen der Gesellschaft. „Insofern gilt es zwischen dem Staat, verkörpert durch eine Regierung und einem bürokratischen Apparat und verstanden als Akteur im engeren Sinne, und Staatlichkeit als funktionalem Begriff, bei dem es um die Erfüllung bestimmter, gemeinwohlorientierter Aufgaben, um das Zustandekommen und die Durchsetzung von Entscheidungen um die Bereitstellung von Ressourcen sowie um einen politisch-rechtlichen Ordnungsrahmen geht, zu unterscheiden“ (Schneckener 2007: 102f). Dort, wo staatliche Kontrolle oder Ordnung fehlt, bilden sich andere Formen von Kollektiven oder Dynamiken, die die nicht vorhandenen Strukturen zu ersetzen versuchen. (Eckert 2011: 54f)

Der finanzielle Rahmen, in dem sich Staaten bewegen können, wird in der Regel über Preispolitik in Form von Steuern oder Zöllen, aber auch durch Enteignung beziehungsweise Aneignung von Gütern, wie zum Beispiel dem Anspruch auf natürliche Ressourcen, gesteuert. (Scherrer 1994: 11f) Ulrich Schneckener sieht die Anforderungen an einen modernen Staat in drei zentrale Kernfunktionen unterteilt, die sich in folgende drei Teilbereiche gliedern: Sicherheit, Legitimität/Rechtsstaatlichkeit und Wohlfahrt. Konsolidierte Staatlichkeit ist dann gegeben, wenn alle drei Punkte erfüllt sind, der Sicherheitsfunktion kommt dabei aber eine gewichtige Rolle zu, da ohne Stabilität im Bereich Sicherheit die anderen Funktionen gehemmt werden können. (Schneckener 2007: 107)

Um die Souveränitätsansprüche auf internationaler Ebene durchzusetzen, bedarf es jedoch auch der Anerkennung durch andere Staaten, die über diplomatische Beziehungen und die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen unterhalten werden. In der OECD-Welt hat sich in der letzten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Profil von Staatlichkeit entwickelt, das neben dem Gewaltmonopol als Ausdruck staatlicher Souveränität noch eine breite Palette bürokratischer Institutionen fordert und vielseitige Maßstäbe an moderne Staatlichkeit legt, die nur schwer in andere Weltregionen übertragbar sind. (Schneckener 2007: 102f) Diese sind eng mit demokratischen, transparenten, rechtsstaatlichen und sozialen Attributen verbunden; Staaten, die diesen Ansprüchen nicht genügend nachkommen können, gelten als schwach.

Von internationalen GeberInnen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit eingeforderte Programme zur Entwicklung nachhaltigerer Strukturen, wie zum Beispiel der Anspruch nach *good governance*, die Einhaltung der Menschenrechte oder die Etablierung von wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen, belegen dies. Dieses europäisch geprägte Modell wird

also mit all seinen Institutionen in die Welt getragen und exportiert, gilt dabei als Idealzustand, der allerdings von keinem Staat erreicht wird. (Tull 2005: 29) Bliesemann de Guevara präzisiert die Probleme bei der Verkörperung dieses Ideals weiter, indem er die Unzulänglichkeiten westlicher Staaten unter anderem in der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik, Chancenungleichheit bei ökonomischem und sozialem Aufstieg, aber auch Korruption, Wirtschaftskriminalität und der fehlenden Effizienz bei deren Bekämpfung von behördlicher Seite aus thematisiert. (Bliesemann de Guevara und Kühn 2010: 184)

Ein Staat ist also ein sehr komplexes, von einer Vielzahl von Aspekten abhängiges Gebilde, das sich sowohl auf räumlicher als auch auf zeitlicher Ebene stark verändern, unterschiedliche Ausformungen im Bereich der Verwaltung und Organisation annehmen kann und darüber hinaus legitimiert sein muss. Diese Legitimation kann ein Staat entweder auf demokratische Art, etwa durch die eigene Bevölkerung, die Zivilgesellschaft oder andere Staaten, oder durch Repression, zum Beispiel mittels Betreibung einer Klientelpolitik und damit der Stärkung geduldeter Eliten, erhalten.

In den letzten zwei Jahrzehnten traten negative Entwicklungen im Kontext von Staatlichkeit und Ressourcenreichtum in das Bewusstsein der Forschung. So wurde offensichtlich, dass große Rohstoffvorkommen keinen positiven Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung von Staaten haben, sondern gegenteilige Prozesse bedingen. In diesem Zusammenhang wurden Hemmnisse oder Ursachen ausgemacht, die ressourcenreiche Länder daran hindern, wirtschaftlich zu prosperieren. Die Diskussionen, die sich dabei um die spezifischen Herausforderungen in Afrika drehen, sind fragile Staatlichkeit, die Ressourcenfluch-Debatte und das *Greed-versus-Grievance*-Konzept. Jedes dieser Beispiele sieht bestimmte Ursachen für die Problematiken als ausschlaggebend, dabei sind sie aber im Kern ähnlich und ergänzen sich, wobei sie aber auch oft für ihre undifferenzierte Wahrnehmung und Oberflächlichkeit kritisiert werden.

Diese Konzepte werden im folgenden Kapitel genauer vorgestellt, anschließend soll eines dieser drei Konzepte für die weiteren Ausführungen ausgewählt werden.

4.1. Staatszerfall

Die Diskurse um die Thematik des Staatsversagens oder der fragilen Staatlichkeit werden in der wissenschaftlichen Forschung sehr breit und fast schon inflationär gebraucht. Das Resultat ist eine Vielzahl von Begriffen und Ansätzen, die Erklärungen für diese Phänomene anbieten.

In der Literatur wurde der Begriff „fragile Staatlichkeit“ erstmals in einer Arbeit von 1992 aufgegriffen, in der die Frage formuliert wurde, welche Handlungsmöglichkeiten westlichen Demokratien zur Verfügung stehen, um „zerfallene Staaten“ oder *failed states* retten zu können. Neben dem zunächst dominanten Konzept des Staatszerfalls wurde unter anderem von Staatskollaps, dem „unterbrochenen Staat“, dem „invertierten Staat“, den *Low-Income Countries Under Stress*, dem *failing state* sowie von „fragmentierten, unkontrolliert regierten Gebieten“ gesprochen, wobei sich inzwischen der Begriff des fragilen Staates als Sammelbegriff etabliert hat. (Lembach 2012: 6) Jedenfalls beschreibt der Fragilitätsbegriff einen Zustand und keinen Prozess wie zum Beispiel der Begriff des Staatszerfalls, er ist dabei auch politisch unverfänglicher als Bezeichnungen wie „Schwäche“ oder „Kollaps“, gleichzeitig kann aus dem neutral klingenden Begriff der Fragilität weniger eine Schuldzuweisung herausgelesen werden, wer für diesen Zustand verantwortlich gemacht werden kann. Weiters wird argumentiert, dass fragile Staatlichkeit ein Kontinuum beschreibt, an dessen Ende zerfallene oder kollabierte Staaten, in denen die staatlichen Institutionen nahezu jede produktive Arbeit eingestellt haben, stehen. (ebd.: 6f)

Im Kontext von *failed states* bietet Eriksen zwei zentrale Erklärungen an. Die Erste beschreibt das Scheitern des Staates vor dem Hintergrund der Unfähigkeit, zentrale staatliche Funktionen zu erfüllen, die ihn als Staat auszeichnen. (Eriksen 2011: 230f) Rotberg sieht ergänzend dazu die Entstehung des westeuropäischen Staates als Vorbild, um Frieden und Wohlstand herzustellen, und fordert geeignete Maßnahmen, um Prozessen des Staatszerfalls entgegenzuwirken, und sieht hierfür mit der Sicherheitskomponente in einer Reihe von weiteren politischen Handlungsfeldern ein zentrales Kriterium, das es sicherzustellen gilt. (Rotberg 2003: 9)

Die zweite Herangehensweise sieht einen Staat als gescheitert, wenn er sein eigenes Territorium nicht mehr unter Kontrolle hat und sein Gewaltmonopol darüber nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Er verweist dabei auf andere Arbeiten, unter anderem von Robert Jackson und seine Theorie der „Quasi-Staaten“. Jackson versteht unter Quasi-Staaten demnach Staaten, die von negativer Souveränität gekennzeichnet sind, also zum Beispiel über keine Legitimität innerhalb der eigenen Bevölkerung verfügen, oder deren Kontrolle über ihr Territorium verloren gegangen ist. Dennoch werden sie auf internationaler Ebene als souveräne Staaten wahrgenommen und auch so behandelt. (Eriksen 2011: 232f)

4.2. Fragile Staatlichkeit

Ulrich Schneckener bietet für fragile Staatlichkeit eine Typologie an, die die Einordnung von Ländern in verschiedene Gruppen erleichtert. Diese baut auf den zuvor beschriebenen Kernfunktionen des Staates, Sicherheit, Legitimität/Rechtsstaatlichkeit und Wohlfahrt, auf, wobei sich die Zuordnung primär danach richtet, wie der betrachtete Staat in der Sicherheitsfunktion abschneidet. Der Sicherheitsbegriff ist hier sehr offen angelegt, umfasst nicht nur das Gewaltmonopol bei der Sicherung der Souveränität nach innen und außen, sondern auch ein einigermaßen sicheres Umfeld, ohne das keine oder nur eine eingeschränkte Entwicklungsperspektive besteht. Schneckener unterscheidet dabei vier verschiedene Typen, die durch destabilisierende Faktoren oder positive und negative Verstärkungen unmittelbare Rückwirkungen auf die Kernfunktionen ausüben können. (Schneckener 2007: 107f)

Erstens konsolidierte Staatlichkeit: Sie ist dann gegeben, wenn bei Ländern alle drei Funktionen im Wesentlichen intakt sind und dies über einen längeren Zeitraum. Zweitens schwache Staatlichkeit, sogenannte *weak states*, bei denen das staatliche Gewaltmonopol noch weitgehend oder nur mehr lediglich existiert, wobei allerdings Defizite bei Wohlfahrt oder Legitimität bestehen. Drittens führt Schneckener versagende oder verfallende Staatlichkeit, also *failing states* auf, bei denen das staatliche Gewaltmonopol und damit die Aufrechterhaltung der Sicherheitsfunktion stark eingeschränkt ist, während sie in einer oder in beiden anderen Bereichen handlungsfähig bleibt. So sind die Regierungen dieser Staaten nicht in der Lage, ihre Außengrenzen zu kontrollieren, und müssen sich mit einer hohen Zahl an privaten GewaltakteurInnen auseinandersetzen. (Schneckener 2007: 108)

Als vierten Typus wird die gescheiterte beziehungsweise zerfallene Staatlichkeit angeführt, diese wird auch mit *failed states* beziehungsweise *collapsed states* bezeichnet. „Bei diesem Typ ist keine der drei Funktionen mehr in nennenswerter Weise vorhanden, so dass man von einem völligen Zusammenbruch oder Kollaps von Staatlichkeit sprechen kann. [...] an die Stelle einer staatlichen tritt vielmehr eine andere, von staatlichen Akteuren etablierte Ordnung, die sich zumeist auf Gewalt und Unterdrückung gründet“ (Schneckener 2007: 108).

„Für fragile Staatlichkeit gibt es keine singuläre Erklärung. Die Erosion von Staatlichkeit wird von einer Reihe von Faktoren beeinflusst und begünstigt, deren Gewichtung von Fall zu Fall unterscheidet. [...] Um die Vielzahl von Faktoren zu ordnen, soll (1) zwischen Struktur-, Prozess- und Auslösefaktoren und (2) zwischen internationaler/regionaler, nationaler und substaatlicher Ebene unterschieden werden“ (Schneckener 2007: 110).

Für die weiteren Betrachtungen scheinen folgende Faktoren besonders relevant:

- Strukturfaktoren, auch ‚root causes‘ oder ‚background factors‘ genannt, sind jene Bedingungen, die sich aus den natürlichen Gegebenheiten eines Landes, zum Beispiel durch die Existenz von Bodenschätzen oder aber langfristig wirksamen politischen, kulturellen oder sozio-ökonomischen Strukturmerkmalen ergeben, wie etwa einer multiethnischen Bevölkerung. (vgl. ebd)
- Prozessfaktoren, auch als ‚aggravating factors‘ oder ‚accelerators‘ bezeichnet, sind Bedingungen, die innerhalb eines Zeitraums die Erosion von Staatlichkeit in Gang setzen oder vorantreiben, vornehmlich durch das Verhalten von AkteurInnen. Beispiele dafür wären Repression, Misswirtschaft und Korruption, lokale Separatismen oder die wachsende Privatisierung von Gewalt.
- Auslösefaktoren, auch ‚triggering factors‘ oder ‚triggering events‘ genannt, sind jene Ereignisse, die innerhalb weniger Tage oder Wochen einen abrupten Wandel auslösen. Darunter fallen unter anderem militärische Interventionen von außen, Ausbruch eines Bürgerkriegs oder grenzüberschreitende Flüchtlingsströme. (Schneckener 2007: 110f)
- Die nationale Ebene oder Mesoebene umfasst das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, wobei das Verhalten der Eliten eine zentrale Rolle spielt.

Neben diesen Faktoren gibt es noch eine Reihe von Stabilisatoren, die Staaten lediglich stabil halten. „Denn fragile Staaten erweisen sich oftmals trotz negativer Indikatoren als erstaunlich stabil, wenn auch auf niedrigem Niveau. [...] Nicht alles, was fragil ist oder wirkt, zerfällt auch“ (Schneckener 2007: 113). Deswegen stehen folgende Handlungsweisen AkteurInnen zur Verfügung, die auch miteinander kombiniert werden können:

- Patronage und Klientelpolitik verbunden mit einem System des Zugangs zu Ressourcen und Ämtern, das exklusiv zur Verfügung steht, um damit die Gefolgschaft zu organisieren und abzusichern.
- Die Entwicklung von informellen oder formellen Konzepten der Machtteilung, oder auch *power-sharing* genannt, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften den Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und zu politischer Teilhabe ermöglicht.
- Die Mobilisierung von traditionellen Strukturen und von informellen Formen der Selbstorganisation, um elementare Funktionen aufrechtzuerhalten. (Schneckener 2007: 113)

Weitere Elemente, die die Fragilität von Staatlichkeit beeinflussen können, sind AkteurInnen. Hier geht es vor allem um die Einordnung der Interessen – wollen sie etwas zum Positiven ändern, sind sie mit dem Status-quo zufrieden oder stören sie beabsichtigte beziehungsweise beschlossene Reformen zu ihrem eigenen Nutzen.

- StörerInnen, oder auch *spoiler*, scheinen für die weiteren Ausführungen besonders interessant zu sein, da es sich dabei um Gruppierungen handelt, die aktiv beschlossene Reformen zur Stärkung der Staatlichkeit stören oder sabotieren, um die in Gang gebrachten Prozesse zu verzögern oder abubrechen. Dies sind nicht selten militante Kräfte, die sich entweder von den Entscheidungen ausgegrenzt fühlen oder aber grundsätzlich kein Interesse am Aufbau und Erhalt staatlicher Strukturen haben. So zielen ihre Handlungen darauf ab, ihre lokale Machtposition auszubauen oder kriminelle Aktivitäten zu unterhalten. Zu den typischen StörerInnen gehören daher insbesondere nichtstaatliche Gewaltakteure und externe Akteure, die ein Interesse an der Destabilisierung des Landes haben. Dies können unter anderem Nachbarstaaten, aber auch transnationale kriminelle Netzwerke sein. (Schneckener 2007: 115)

Zusammenfassend kann postuliert werden, dass fragile Staatlichkeit von verschiedenen internen und externen Faktoren, darüber hinaus von Elementen abhängig ist, die stabilisierend und störend auf diese wirken. *Statebuilding*-Maßnahmen zielen in diesem Zusammenhang auf eine nachhaltige Stärkung staatlicher Strukturen, Institutionen und Steuerungskapazitäten ab. (vgl. Schneckener 2007: 116)

4.2.1. *Statebuilding*

Ein zentraler Lösungsansatz im Diskurs um fragile Staatlichkeit ist die Stärkung und Etablierung von geeigneten Instrumenten im Rahmen von *Statebuilding*-Maßnahmen. „An der Schnittstelle von Sicherheits- und Entwicklungspolitik ist das Konzept von *Statebuilding*, als Bearbeitungsstrategie zur Überwindung fragiler Staatlichkeit wieder entdeckt worden, das auf den Aufbau und die Stärkung staatlicher Institutionen zur Absicherung des Friedens und zur Eröffnung von Entwicklungschancen abzielt.“ (Lembach 2013: 42) Aus historischer Perspektive wurde der Begriff benutzt, um Prozesse der Staatsbildung im neuzeitlichen Europa zu beschreiben, heute hat das neue Konzept nur geringe Gemeinsamkeiten mit seinen Vorläufern. Im Gegensatz zur damaligen Betrachtungsweise, Staatsbildung sei quasi ein natürlicher Prozess, der auch nach Abzug der Kolonialmächte in Gang käme, wird heute ein

externes Eingreifen nahezu vorausgesetzt. Diese Herangehensweise bündelt in der Regel weitreichende Maßnahmen, die nach Lembach oft an einer zu ambitionierten Reformagenda scheitern. Die Stärkung staatlicher Institutionen erhält oft eine geringere Priorität als die Organisation von Wahlen, die Liberalisierung der Wirtschaft oder die Bekämpfung von Terrorismus. (Lembach 2013: 43) „Statebuilding-Maßnahmen werden oft auch sehr technokratisch angegangen, wodurch ihre in höchstem Maße politische Natur unterschätzt wird. Politische Organisationsmodelle lassen sich nicht ohne Weiteres von einem Land ins andere transplantieren“ (Lembach 2013: 44). Daniel Lembach sieht *embedded statebuilding* als ein geeigneteres Konzept, den Herausforderungen um fragile Staatlichkeit zu begegnen. So müssen staatliche Institutionen in der Gesellschaft verankert werden, Reformen müssen lokalen Interessen folgen und mit lokalen Strukturen abgestimmt sein, also sollte zusammenfassend versucht werden, endogene Prozesse der Staatsbildung zu finden und diese dann auf geeignete Weise zu unterstützen. (ebd.)

„Fragile Staatlichkeit fördert die Herausbildung von regionalen Schattenökonomien und die Vernetzung von Gewaltakteuren. Mit zunehmendem Verfall des Staates setzen Flüchtlingsströme ein; kommt es zu einem Gewaltkonflikt, bezieht dieser oft auch Regierungen und Milizen aus Nachbarländern mit ein.“ (Lembach 2013: 40) Dieses Auftreten von Gewaltkonflikten kann dabei sowohl Ursache staatlicher Fragilität als auch deren Resultat sein.

Gleichzeitig ist fragile Staatlichkeit ein ernstes Hindernis für wirtschaftliche und soziale Entwicklung, dies lässt sich im Vergleich zwischen fragilen Staaten und anderen von Armut betroffenen Ländern am Beispiel des Wirtschaftswachstums zeigen. Dementsprechend sind Ziele im Rahmen der MDGs für viele fragile Staaten de facto unerreichtbar. (Lembach 2013: 41)

4.3. Der Ressourcenfluch

Die Debatte über den sogenannten Ressourcenfluch ist in der Literatur in der Vergangenheit vielfältig geführt worden. Ähnlich wie zum Thema der fragilen Staatlichkeit gibt es auch hier verschiedene Ansätze und Theorien. Folgende, relativ allgemeine Definition bietet Palley: „Natural resource wealth creates stagnation and conflict, rather than economic growth and development“ (Palley 2003).

Der Begriff Ressourcenfluch oder „Paradox of plenty“ beschreibt somit ein empirisch feststellbares Phänomen. So wächst die Wirtschaft rohstoffreicher Länder durchschnittlich

langsamer, außerdem sind diese Staaten auch ärmer und öfter von bewaffneten Konflikten betroffen als andere. (Liebing 2009) Ursprünglich wurden Rohstoffvorkommen in einem Land als Motor für Entwicklung betrachtet und galten als ökonomische und soziale Basis für positive Veränderungen. Allerdings wurde in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher, dass Rohstoffe eben auch ein Fluch sein können. (vgl. Manning 2007: 29)

Die Ursachen und Gründe für diese Entwicklungen sind vielfältig. So konnten in verschiedenen Studien Beobachtungen gemacht werden, die bestätigten, dass Länder, die über Rohstoffvorkommen verfügen und von Rohstoffeinnahmen abhängig sind, aus entwicklungspolitischer Perspektive Probleme haben, Fortschritte zu erreichen. Eine Reihe von Indikatoren bestätigt dies: So liegen diese Länder oftmals an niedrigeren Positionen des HDIs, es gibt mehr Korruption, sie haben ein höheres Konfliktrisiko und ein größerer Anteil der Bevölkerung lebt in Armut. Auf politischer Ebene sind die Systeme autoritär und ein Großteil der staatlichen Ausgaben wird dem Militärssektor zugeführt. Dabei ist das Wirtschaftswachstum langfristig langsamer als das anderer Staaten. (vgl. Gylfason 2000: 1)

Die Gründe hierfür sind umfassend. So wird argumentiert, dass der Reichtum an natürlichen Ressourcen der Bevölkerung ein falsches Sicherheitsgefühl vermitteln kann, da für Regierungen in diesen Ländern keine Notwendigkeit, eine wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik zu fahren, besteht. (Gylfason 2000: 7) Damit einher geht fehlende wirtschaftliche Diversifikation, was in weiterer Folge zu Wirtschaftskrisen führen kann, wenn der Handel durch Preisschwankungen ungünstig wird oder gar einbricht. (vgl. Brack 2007: 6)

Ein weiteres Argument besagt, dass Ressourceneinnahmen zu einer funktionellen Störung der Demokratie führen, also durch die Existenz von Rohstoffen Regierungen resistent gegenüber politischem Druck sind. Rohstoffreiche Länder sind also nicht so stark auf Steuereinnahmen angewiesen, daher besteht auch für die BürgerInnen kein Grund, zu überprüfen, wie ihre Steuergelder reinvestiert werden. (Collier 2008: 63f) Darüber hinaus wird angeführt, dass Investitionen in das Humankapital, in den Bildungssektor oder in das Gesundheitswesen ausbleiben aufgrund der Einnahmen aus Ressourcenerträgen, da sie eben nicht aus Steuereinnahmen geschöpft werden. Als letzter Punkt sind korrupte Regierungen und Eliten zu erwähnen, diese können Ressourcen unterschlagen, die eigentlich für Wachstum oder Entwicklung genutzt werden sollten. (vgl. Palley 2003)

Die durch die Extraktion von Ressourcen entstehenden ökologischen Schäden können ebenfalls Unzufriedenheit und Instabilität erzeugen. Sie können Ungleichheiten vergrößern oder auf lokaler Ebene das Leben innerhalb der Gesellschaft nachhaltig gefährden.

Kritisiert wird der Ressourcenfluch-Diskurs vor allem deshalb, weil er unter WissenschaftlerInnen umstritten ist. Eines der Hauptargumente gegen das *paradox of plenty* führt ressourcenreiche Industrieländer wie Kanada, Norwegen oder Australien an. Sie sind ebenso Beispiele für positive Entwicklungserfolge wie nennenswerte Länder des globalen Südens wie Malaysia oder Botswana. Zudem gibt es eine große Zahl an ressourcenarmen Ländern, die unterentwickelt bleiben und an Kriegen oder fehlenden staatlichen Strukturen und Institutionen leiden.

Für die weiteren Ausführungen scheint deshalb auch der Ansatz zum Ressourcenfluch ungeeignet, da die Argumente dafür mit staatlicher Kontrolle über die Ressourcen einhergehen. Einen anderen Ansatz bietet dafür die *Greed-versus-Grievance*-Debatte, auch dort wird die Verfügbarkeit von Ressourcen problematisiert, allerdings sind die Ursachen und Motivationen, die hinter der Aneignung dieser Ressourcen stehen, andere.

4.4. Die *Greed-versus-Grievance* Debatte

Die Debatte um das Thema *Greed vs. Grievance* ist wissenschaftlich ähnlich umstritten wie jene über den Ressourcenfluch. Ausgangspunkt dieses Diskurses war die Frage nach der wirtschaftlichen Bedeutung von Bürgerkriegen und ihren Rückwirkungen auf Dauer und Konflikthintergrund. Im Rahmen einer Weltbankstudie unter der Leitung von Paul Collier wurde eine statistische Analyse aller Bürgerkriege seit 1965 durchgeführt und das Ergebnis zeigte, dass das Bürgerkriegsrisiko mit dem Grad der Abhängigkeit von Rohstoffen in der Exportbilanz steigt. Diese Rohstoffabhängigkeit, aber auch das Niveau des Bruttosozialprodukts wurden als die größten Indikatoren für Konflikte identifiziert.

Aus diesen Beobachtungen schloss Collier, dass Missstände („Grievance“) keine direkten Auswirkungen auf Konflikte haben, sondern Konflikte alleine der Gier („Greed“) nach natürlichen Ressourcen geschuldet seien. So sind Ressourcen nicht nur aus wirtschaftlicher Perspektive interessant, um Kriege zu finanzieren, vielmehr werden Kriege betrieben, um Zugang und Kontrolle über jene Ressourcen zu erhalten. (Liebing 2009: 24)

Die Resultate aus Colliers Betrachtungen wurden von vielen WissenschaftlerInnen stark kritisiert und angegriffen, mit der Folge, dass die Ergebnisse später vom Autor selbst abgeschwächt wurden. (Liebing 2009: 25) Kritisch betrachtet wurde unter anderem, dass das Verhalten der KonflikttelnehmerInnen nicht losgelöst aus dem spezifischen historischen, sozialen oder politischen Umfeld verstanden werden kann. So sind Konflikte von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, Kriege und bewaffnete Konflikte nur auf Gier zu reduzieren,

würde die Hintergründe dieser Auseinandersetzungen simplifizieren. (vgl. Böge/Spelten 2005: 63f; Brozoska/Paes 2007: 4) Ballentine und Nitzschke kritisieren die Vorstellung, dass Rebellenorganisationen nicht als rein kriminelle Organisationen ohne politische Interessen dargestellt werden, so können durch diesen Ansatz diplomatische Lösungen behindert werden. (Ballentine und Nitzschke 2005: 14) Collier sprach schließlich davon, dass die Gründe für den Ausbruch von Bürgerkriegen nicht ermittelt werden könnten, allenfalls könne eine Anfälligkeit aufgrund von natürlichen Ressourcen festgestellt werden. (vgl. Liebing 2009: 25) Einen wichtigen Beitrag für die wissenschaftliche Debatte lieferte die Arbeit Colliers allerdings vor allem in der Frage nach den Gründen und Motiven von KriegsakteurInnen. Diese sind vielseitig, einige beteiligen sich an den Konflikten, um sich zu bereichern, andere, um zu überleben oder weil sie dazu gezwungen werden. Manche AkteurInnen verfolgen vielleicht mehrere Ziele gleichzeitig, wobei sich die individuellen Motive im Laufe der Zeit ebenfalls verändern können. (Ballentine und Nitzschke 2005:14)

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die *Greed-vs.-Grievance*-Debatte in der Fachwelt kritisch betrachtet wurde und der Zusammenhang von natürlichen Ressourcen und dem damit verbundenen Ausbruch von Konflikten umstritten bleibt. Einigkeit herrscht darüber, dass die Verfügbarkeit von Rohstoffen und die Sicherung des Zugangs in einer engen Verbindung mit der zeitlichen Dauer von Bürgerkriegen steht. Zusammenfassend kann behauptet werden, dass zum einen Ressourcen zur Finanzierung von bewaffneten Konflikten herangezogen werden können, weiters wirtschaftliche Motive Anreize bieten, Konflikte zu verlängern, und zum anderen lukrative Ressourcen die Kohäsion bewaffneter Gruppen untergraben und sie so fragmentieren und es damit zu einer Aufspaltung in mehrere bewaffnete Gruppierungen kommt, was schließlich wiederum Einfluss auf die Konfliktlösung hat. (Ballentine und Nitzschke 2005: 16; Basedeu und Mehler 2003: 44)

5. Zwischenfazit

Der erste Teil dieser Arbeit sollte Theorien und Konzepte zu Konflikten und Konfliktlösungsansätze in Zusammenhang mit den Diskursen um fragile Staatlichkeit beleuchten. Dies bildet schließlich den Rahmen, um die Konfliktsituation im Osten der DR Kongo zu verstehen und eine Basis aufzubereiten, an die Zertifizierungsmaßnahmen anknüpfen können.

Es wurde deutlich, dass Prozesse wie innerstaatliche Konflikte, Fragilität von Staaten und die Debatten um die Nutzung von Ressourcen in der Sozialwissenschaft noch nicht ausdiskutiert sind und es eine ganze Reihe von Erklärungsansätzen und Herangehensweisen an diese Thematik gibt. Allerdings wurde auch verständlich gemacht, dass es sich um „neue“ Prozesse und Dynamiken handelt und die damit verbundenen Problemstellungen erst seit den 1990er Jahren augenscheinlich wurden. So können die Erfahrungen aus bereits erreichten Konfliktlösungen nicht allgemein auf andere Staaten umgelegt werden, sondern müssen an die jeweilige spezifische Situation oder Struktur des betroffenen Staates angepasst werden. Der internationalen Gemeinschaft steht eine Vielzahl von Interventionsmaßnahmen sowie finanzielle als auch personelle Ressourcen zur Verfügung, um Konflikten entgegenzutreten. Allerdings sind diese mit einem Bündel an Aufgaben verbunden, die im Kontext von fragiler Staatlichkeit nur erschwert umzusetzen sind. Diese sind eng mit den Anforderungen an einen Staat verknüpft, der aus einer „westlichen“ Perspektive konstruiert wurde.

Die Erkenntnisse, die im Rahmen des Kimberley-Prozesses gewonnen wurden, können dabei helfen, Zertifizierungssysteme für andere Ressourcen zu entwickeln, allerdings scheint es notwendig, auf die speziellen Bedingungen vor Ort einzugehen.

Kriegsökonomien bilden sich aus, wenn Staaten ihr Gewaltmonopol nicht aufrechterhalten können und lokale Machteliten dieses Vakuum durch privatisierte Gewalt füllen. Dabei wird deutlich, dass sich diese Prozesse durch fragile Staatlichkeit, aber auch leichte Aneignung von Ressourcen verstärken und somit die Dauer der Konflikte verlängern und eine Konfliktlösung hinauszögern können. Die Strukturen der globalen Weltwirtschaft und ihre Schlupflöcher bieten Möglichkeiten, Einnahmen zu lukrieren und diese für den Aufbau informeller, krimineller Netzwerke zu investieren.

Um die mit Rohstoffreichtum verbundenen komplexen Entwicklungshemmnisse zu erklären, wurden einige Konzepte und Diskussionen zu dem Thema vorgestellt. Der Diskurs um fragile Staatlichkeit wurde deswegen für die nachfolgenden Betrachtungen ausgewählt, da er den umfangreichsten Ansatz für die negativen Entwicklungen bietet. Die Debatten um den Ressourcenfluch oder *Greed vs. Grievance* können das Verständnis um die ressourcenbezogenen Problematiken erweitern, allerdings scheinen Zerfallsprozesse in Staaten der entscheidende Grund dafür zu sein, warum die Umverteilung aus den lukrierten Einnahmen auf die Bevölkerung äußerst schwerfällig bis gar nicht funktioniert.

6. Der internationale Bergbausektor

Global umfasst die Bergbauindustrie etwa 4100 große und mittlere Unternehmen und besteht größtenteils aus multinationalen Unternehmen, die eine Vielzahl von Bergbaulizenzen besitzen und Minen betreiben. Davon erwirtschaften die 150 größten Unternehmen etwa 80% der globalen Metallförderung. Darüber hinaus gibt es noch Unternehmen in staatlicher Hand, die sich auf ein oder einige wenige Metalle des jeweiligen Landes konzentrieren. Komplettiert wird die Montanindustrie durch mittelgroße Unternehmen, die meist eine oder zwei Minen betreiben können. Durch eine Reihe von Fusionen und Übernahmen hat sich der internationale Bergbausektor in den letzten Jahren verändert, heute gibt es mehr Großunternehmen, die auch einen größeren Anteil an der globalen Förderung für sich beanspruchen können. (Raecke 2010: 10)

Durch die weltweit steigende Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen, die auf das Wirtschaftswachstum in Schwellenländern wie China oder Indien zurückzuführen ist, zählen einige Unternehmen aus Schwellenländern zu den aktivsten Aufsteigern und größten Investoren. „Der industrielle Abbau dieser stark nachgefragten Rohstoffe, setzt langfristige, kapitalintensive Investitionen voraus, die ihrerseits wiederum ein kalkulierbares politisches Risiko voraussetzen“ (Marfels 2008: 286).

Der internationale Handel von Metallen funktioniert dabei auf zwei Arten: Zum einen existieren sogenannte Rohstoffbörsen und zum anderen wird der Austausch über direkte Verträge geregelt. Bei dieser intransparenten Handelspraxis geht allerdings oft die „Sichtverbindung“ zwischen KäuferInnen und VerkäuferInnen verloren, die Lieferketten sind undurchsichtig, da viele AkteurInnen daran beteiligt sind. Darüber hinaus gelten genaue Vertragsbedingungen als Geschäftsgeheimnis und werden kaum offengelegt. Die Überwachung der Lieferketten wird außerdem dadurch erschwert, dass die Orte der Förderung in der Mine, Weiterverarbeitungsbetriebe und EndproduzentInnen oft weit voneinander entfernt sind. So kann es vorkommen, dass Primärmaterial, Rohstoffe aus Recycling und andere Materialien aus unterschiedlichen Herkunftsländern untereinander vermischt werden. (Raecke 2010: 11f)

6.1. Tantal, Tantalit und Coltan

Tantal kommt vor allem in Form von Tantalit vor, darüber hinaus sind noch siebzig weitere wichtige Tantalminerale bekannt. Die verschiedenen Tantalerze werden zusammengefasst

unter dem Begriff Tantalit geführt, wovon Coltan eine dieser sieben Formen ist. Coltan beschreibt dabei ein Erzgemisch aus Columbit und Tantalit mit Niob- und Tantalanteilen.

Tantalerze finden sich hauptsächlich in Australien, Brasilien, Kanada und Zentralafrika. (Behrendt und Scharp 2007: 21) Coltan wird überwiegend im unzugänglichen Süden und Osten des Landes gefördert. „Auf dem Gebiet der Demokratischen Republik Kongo wird Coltan entweder in Flüssen und ehemaligen Flussbetten oder aber unter der Erdoberfläche gefunden. Der kongolesische Coltangürtel erstreckt sich von Bunia über Goma und Bukavu bis nach Kindu, wobei Bukavu als wichtigstes Handelszentrum für das Erz gilt.“ (Kantel et al. aus Schulz 2008:201) Über die weltweiten Reserven von Tantal ist nicht viel bekannt, doch vermutlich sind sie größer als gedacht. Neben den Haupterzeugern vermutet man noch Reserven in den zentralafrikanischen Ländern, in Äthiopien, den südafrikanischen Staaten, in Südostasien sowie in China. (Behrendt und Scharp 2007: 21)

Die Verwendung von Tantalerzen ist für die Industrie vor allem deswegen bedeutend, weil das Mineral besondere chemische Eigenschaften mit sich bringt. Es ist hitzebeständig, hat einen Schmelzpunkt von 2996°C, ist hart, aber dehn- und walzbar, widersteht bis auf Flusssäure allen Säuren und auch Alkalien, ist darüber hinaus korrosionsbeständig und verfügt über eine sehr gute elektrische und thermische Leitfähigkeit. (ebd.)

Diese Charakteristika ermöglichen zahllose Einsatzmöglichkeiten in vielen verschiedenen Bereichen. Tantal wird primär für die Herstellung von Kondensatoren, aber auch für bestimmte Stahllegierungen und Schneidewerkzeuge eingesetzt, außerdem wird das Erz noch für verschiedenste medizinische Erzeugnisse genutzt. (Behrendt und Scharp 2007: 22)

Aufgrund dieser Eigenschaften wird es beispielweise bei der Herstellung von (Mikro-)Elektronik, im Flugzeug-, Waffen- und Raketenbau verwendet. Darüber hinaus schnellte die Nachfrage nach diesem Metall Ende der 1990er Jahre schlagartig in die Höhe, weil es auch für die Produktion von Bauteilen für Handys, Notebooks und Computer, primär für kleinste Kondensatoren oder leistungsfähige Chips optimal geeignet ist.“ (vgl. Kantel et al. aus Schulz 2008: 200)

Das Recycling von Tantal erweist sich als schwierig, da die Konzentration in den einzelnen Bauteilen, sofern die Erze zurückgewonnen werden können, sehr gering ist. „Weltweit werden ca. 20% des Tantals aus Recycling gewonnen, wobei der Anteil von Altschrott sehr gering und als Rohstoffquelle noch nicht ausgeschöpft wird“ (Behrendt und Scharp 2007: 22). Die Substituierbarkeit von Tantal ist je nach Nutzung und Einsatzbereich durch andere Erze möglich, allerdings können spezifische Eigenschaften nicht vollständig erreicht werden. (Behrendt und Scharp 2007: 23)

Da durch die Förderung von Coltan erhebliche Umweltschäden zu beklagen sind, die sich vor allem durch den illegalen Abbau der Ressource feststellen lassen, wurde in den letzten Jahren seitens NGOs und anderer zivilgesellschaftlicher AkteurInnen der Ruf laut, diese Praxis einzudämmen.

So kommt es bei der Extraktion oft zu nachhaltigen Schäden an der Natur, sei es durch die Rodung von Regenwäldern oder das Eindringen von Schürfern in Nationalparks. Diese Abbaupraxis hat auch Auswirkungen auf bedrohte Tierarten wie den Graue Gorilla oder andere bedrohte Tierarten (vgl. Pro Wildlife, Berggorilla.org u.v.m.). Eine ähnliche Position, die sich aus den Fördermethoden und ihren institutionellen Rahmbedingungen ergibt, nehmen zivilgesellschaftliche Organisationen und KonsumentInnen ein. Hier steht nicht mehr der Umweltschutz zentral im Mittelpunkt, vielmehr geht es um die Verteilung der ressourcenbezogenen Einnahmen aus dem Bergbausektor oder der Instrumentalisierung von Coltan als Mittel zur Finanzierung von Konflikten in der DR Kongo.

6.2. Der internationale Markt für Tantal und Coltan um das Jahr 2000

Über die Verbreitung und den jeweiligen Anteil an den Gesamtvorkommen der Ressource Coltan gibt es in der Literatur widersprüchliche Annahmen und Angaben.

„Die Minenproduktion von Tantal ist in den Jahren kontinuierlich gestiegen. Betrug sie im Jahre 1996 noch 436 Tonnen, so lag sie im Jahr 2000 bei 1070 t und in 2004 bei 1510 t“ (Behrendt und Scharp 2007: 23). Der Tantalmarkt zeichnet sich durch seine Unübersichtlichkeit, beginnend bei der Förderung und Extraktion, über ihre ZwischenhändlerInnen bis zu den EndverarbeiterInnen, aus. Zu den größten Bergbaukonzernen in der Tantalförderung zählen die Minen von *Sons of Gwalia* aus Australien, die *Cia De Estanho Minas Brasil* und die *Paranapanema Mineração* aus Brasilien sowie *Tantalum Mining* aus Kanada. (Behrendt und Scharp 2007: 23)

„Die größten Vorkommen (bis zu 80% der weltweiten Reserven) werden jedoch in Subsaharaafrika vermutet, wobei sich wiederum 80% dieser Lagerstätten im Ostkongo befinden sollen. Neuere Untersuchungen haben ergeben, dass diese Schätzungen möglicherweise zu hoch angesetzt sind und der Kongo ‚nur‘ einen Anteil von 20 bis 25 Prozent an den weltweiten Vorkommen besitzt.“ (Kantel et al. aus Schulz 2008:201)

Die DR Kongo gilt somit als drittgrößter Produzent, allerdings mit starken jährlichen Produktionsschwankungen, darüber hinaus haben Nachbarstaaten wie Ruanda oder Mozambique in den letzten Jahren ihre Förderung massiv gesteigert. (Behrendt und Scharp 2007: 23)

Inoffiziell ist davon auszugehen, dass die afrikanische Förderung einen wesentlich höheren Anteil an der Weltproduktion von Tantal ausmacht. Tantalkonzentrate werden häufig aus betrügerischer Absicht falsch deklariert und exportiert bzw. aus den Ländern Afrikas auf den Weltmarkt geschmuggelt. Dies gilt insbesondere für Erze aus der DR Kongo. (Wagner et al. 2007: 66)

Der Preis für Tantalerze hat sich über die letzten Jahre hinweg wieder stabilisiert, allerdings konnte im Jahre 2000 eine wahre Preisexplosion auf den internationalen Märkten beobachtet werden. „Im Laufe des Jahres 2000 erlebte der globale Coltanmarkt einen plötzlichen Nachfrageschub, die gehandelte Menge stieg auf einen neuen Höchststand von 5 Millionen britischen Pfund (lb., die übliche Handelseinheit für Coltan), ein Anstieg von 38% gegenüber dem Vorjahr. Dieser gestiegenen Nachfrage standen im selben Zeitraum weltweite Förderkapazitäten von 3,5 Millionen Pfund gegenüber“ (Kantel und Paes 2008: 202). Damit ging auch ein drastischer Anstieg des Preises für Coltanerz einher, er stieg von 30–40 US-Dollar im Januar 2000 auf einen Höchstpreis von 380 US-Dollar im Dezember 2000. In diesem Zusammenhang wurde vom „Coltanboom“ gesprochen. Dieser Rausch wurde unter anderem durch die erhöhte Nachfrage in der Telekommunikations- und Elektronikindustrie ausgelöst, aber auch durch Spekulationen auf den Finanzmärkten, falsche Prognosen für den zukünftigen Verbrauch und Lieferengpässe von etablierten ProduzentInnen, die auf die neue Situation auf den Märkten nicht reagieren konnten. Ab Dezember 2000 fielen die Preise für Coltan wieder sukzessive und näherten sich dem Ausgangswert vor dem Boom auf 40 US-Dollar pro Pfund, allerdings blieben trotz Preisverfalls die Folgen in der DR Kongo bis heute spürbar. (vgl. Kantel und Paes 2008: 202f)

Abschließend bleibt zu bemerken, dass der Abbau von Tantal oder Coltan im letzten Jahrzehnt eine gesteigerte Nachfrage auf den Märkten zu befriedigen hatte und dabei zahlreiche AkteurInnen und ProduzentInnen in weiten Teilen der Welt involviert waren. Mittlerweile hat sich die Preisentwicklung wieder auf eine Höhe des Wertes vor dem Boom eingestellt.

6.3. Die Lieferkette und Wertschöpfung von Tantalernen

Ähnliche Strukturen wie in der Förderung von Tantal gibt es auch bei ZwischenhändlerInnen und auf der Verbraucherebene. Hier finden sich weniger als 15 Unternehmen, die international vor allem Tantaloxyde, Tantalmetall in Form von Legierungen, Draht, Blech oder Stäben, Tantalcarbide, Tantal-Pulver für Kondensatoren und Kaliumsalze aus Tantal herstellen. H.C Stark mit Standorten in Deutschland, den USA, Japan und Thailand gilt als größter Hersteller

von Zwischenprodukten. Die Nummer zwei ist die Cabot Cooperation mit Niederlassungen in den USA und Japan, die Marktführer komplettiert die chinesische Ningxia NFM, zusammen stellen diese drei Unternehmen 98% des Anteils am Weltmarkt. Weitere wichtige AkteurInnen sind noch HändlerInnen, die insbesondere in Phasen stark steigender Preise Tantal aufkaufen und auf einen weiteren Preisanstieg spekulieren. Auch wenn diese HändlerInnen keinen direkten Einfluss auf den Markt haben, gestalten sie die Marktübersicht schwierig. (Behrendt und Sharp 2007: 25)

„Der Tantalmarkt ist kein offener Wettbewerbsmarkt. Die wichtigsten Tantalproduzenten auf der Rohstoffseite (Bergbau) haben langfristige Verträge mit den Zwischenproduktherstellern. Lediglich Preis- und Bedarfsfluktuationen werden über den Spot-Markt, also Rohstoffbörsen ausgeglichen“ (Behrendt und Sharp 2007: 25) Damit wird deutlich, dass es enge Verbindungen zwischen Rohstoffproduzenten und Zwischenproduktherstellern gibt, die ihre Geschäfte über langfristige Verträge und keinen transparenten Markt gestalten. Tantal aus Zentralafrika wird überwiegend auf dem Spot-Markt gehandelt, dies liegt größtenteils an den unsicheren Lieferbedingungen und es ist möglich, dass es sich hierbei um illegale Produkte aus dem Osten der DR Kongo handelt. (vgl. Behrendt und Sharp 2007: 25)

Relativ schwierig einzuschätzen ist in diesem Zusammenhang die Rolle Chinas und die strategischen und ökonomischen Überlegungen um den Zugang zu Tantal aus Zentralafrika. China hat bereits Lizenzen und Strukturen aufgebaut, um in Afrika diverse Metalle und Erze zu fördern. Das Land ist auch ein wichtiger Akteur in der DR Kongo und dort im Bergbau tätig. Es ist also durchaus möglich, dass chinesische Firmen oder HändlerInnen am Markt partizipieren, vor allem vor dem Hintergrund, dass sie sich wenig um Menschenrechte und Umweltfragen scheren. (vgl. Kantel und Paes 2008: 210–212) Dieses stärkere Engagement Chinas wird vor allem an der Tendenz seit 2002 sichtbar, die zu einer förmlichen Verdopplung der chinesischen Exporte von Rohstoffen führte. Die Steigerungen entwickelten sich von 11 Millionen US-Dollar im Jahr 2002, dann 25 Millionen, 83 Millionen, 160 Millionen auf mittlerweile 335 Millionen im Jahr 2006. (vgl. Tetzlaff 2008: 268)

Erschwerend kommt hinzu, dass nach den durchlaufenen Zwischenstufen die Endverarbeitung in ähnlich intransparenten Prozessen erfolgt. Im Rahmen einer Umfrage der RIZL-Studie wurde deutlich, dass die Unternehmen nicht selbst die tantalhaltigen Komponenten einkaufen, sondern diese 3–8 Stufen unterhalb in der Lieferkette erworben werden. Außerdem sind im Bereich von Mobiltelefonen die Unternehmen und die Markennamen, unter denen die Geräte verkauft werden, nicht ident mit den ProduzentInnen. So wurden 2007 etwa 30% aller Mobiltelefone von Vertragsherstellern wie *Felxtronics*, *BenQ* oder *Foxconn* hergestellt.

(Raecke 2010: 17) „Aufgrund dessen besteht bei den Markeninhabern bislang ein erhebliches Informationsdefizit über die Umweltauswirkungen ihres Materialeinsatzes insbesondere im Zusammenhang mit der Rohstoffextraktion“ (Raecke 2010: 18).

6.4. Artisanaler Bergbau in Afrika

Der artisanale Bergbau, oder auch Kleinbergbau, gilt als informeller Bergbausektor, der bei einigen Rohstoffen 10–30% der Weltproduktion ausmacht. Er zeichnet sich dadurch aus, dass mit einfachsten Werkzeugen, in kaum mechanisierter Weise Metalle und Erze gefördert werden. Auch wenn der primäre Antrieb, sich in diesem Wirtschaftssektor zu verdingen, oftmals Armut ist, bietet er allerdings auch höhere Einnahmen als etwa die Tätigkeit in der Landwirtschaft. (vgl. Raecke 2010: 10) Weltweit wird davon ausgegangen, dass rund 15 Millionen Menschen im Kleinbergbau tätig sind. (Wagner et al. 2007: 56) Der artisanale Bergbau ist dabei fast immer mit weitreichenden Umweltbelastungen und ökonomischen Problemen verbunden. Außerdem geht dieser oft auch mit illegaler Ressourcenextraktion auf geschützten Gebieten oder lizenzierten Lagerstätten einher.

Die ökonomische Dimension im Zusammenhang von artisanaler Bergbaupraxis und staatlichen Interessen ist sehr weitläufig. Diese umfassen zum einen die fehlenden Steuereinnahmen und Kontrolle über die geschürften Ressourcen, zum anderen bilden sich informelle Handelsnetzwerke, die das Rohmaterial aufkaufen und ohne weitere Schritte in der Wertschöpfungskette weiterhandeln. Ein weiteres Problem umfasst die zukünftige industrielle Ausbeutung der Vorkommen. Auch industrielle Bergbauunternehmen interessieren sich für leicht zugängliche, nah unter der Erdoberfläche befindliche Rohstoffe. Die Aktivitäten der Kleinbergleute können zum punktuellen Abbau von reichen Vorkommen und somit zu höheren Kosten und Investitionen für zukünftige Bergbauprojekte führen. (Marfals 2008: 282f)

Auf der ökologischen Seite führt der artisanale Bergbau zu großen Schäden an der Umwelt. Es werden nicht nur ungeplante, sondern vor allem auch ungenehmigte Eingriffe in der Natur vorgenommen, KleinbergarbeiterInnen bedienen sich auch allerhand anderer Ressourcen, die zum Beispiel Wälder für sie bereithalten. So wird nicht nur Holz für Wohnbauten, Feuer oder den Transport geschlagen, auch dienen größere Wildtiere als Nahrungsmittellieferanten, sogenanntes *bush meat*. (Kantel und Paes 2008: 205)

Nach dieser Darstellung des Bergbausektors und der Praxis des Kleinbergbaus sind Probleme in Bezug auf die Transparenz in der Ressourcenförderung offenkundig geworden. Die

Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) setzt in diesem Bereich an und soll im Folgenden vorgestellt werden.

6.5. Transparenzinitiativen

Im Jahr 2002 wurden zwei bedeutende Transparenzinitiativen auf globaler Ebene ins Leben gerufen. Ziel ist es, die Geldflüsse zwischen Unternehmen und staatlichen Institutionen offenzulegen. Auch wenn beide Abkommen eine ähnliche Zielsetzung verfolgen, sind sie in ihrer Ausführung und besonders in der Verbindlichkeit unterschiedlich.

Die EITI-Initiative wurde auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 ins Leben gerufen, vor dem Hintergrund, die Nutzung natürlicher Ressourcen zu nachhaltigen Entwicklungserfolgen sicherzustellen. Der hier vorgestellte Ansatz geht stark mit dem Begriff der (*good*) *governance* einher. (EITI 2013: 6) Ziel des Abkommens ist es, die Transparenz der aus der Förderung von Ressourcen gewonnenen staatlichen Einnahmen zu erhöhen und damit der Zivilgesellschaft zu ermöglichen, den Verbleib der Gelder nachzuvollziehen. Auf diese Art und Weise soll die Kontrolle der Geldströme innerhalb der öffentlichen Haushalte sichergestellt und gewährleistet werden, dass die finanziellen Mittel unter anderem Armutsbekämpfungsprogrammen und Umverteilungsmaßnahmen zugute kommen.

Die Ziele werden anhand von 12 Prinzipien genauer dargestellt und umfassen neben den bereits erwähnten Punkten die Anerkennung der Preisvolatilität von Rohstoffen, Transparenz von allen beteiligten AkteurInnen im Bergbausektor innerhalb des Staates und der Industrie, *ownership* und *accountability*. (EITI 2013: 9)

Seit September 2008 sind die Ziele der EITI durch die Vereinten Nationen offiziell anerkannt und in der Resolution *Strengthening transparency in industries* verankert.

An dem Abkommen beteiligen sich zahlreiche AkteurInnen, unter anderem nehmen viele Privatunternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Investitionsfonds, IWF und WB daran teil und verpflichten sich zur Einhaltung der EITI-Standards. Die Regelungen sollen auf nationaler und internationaler Ebene im Rahmen von Gesetzen und Normen von den Regierungen umgesetzt und ratifiziert werden. Mittlerweile nehmen 33 Staaten an der Initiative teil und sind dabei, den Prozess umzusetzen.

Der Beitritt, um Mitglied der Initiative zu werden, umfasst vier Schritte. Zuerst muss sich die jeweilige Regierung zur Implementierung des EITI-Abkommens bekennen, dann eine Person mit der Umsetzung betrauen. Im dritten Schritt sollen die Zivilgesellschaft und Unternehmen

in die Prozesse miteinbezogen und schließlich ein Arbeitsplan entwickelt werden, der sich auf die Bedingungen des EITI-Boards stützt. Sobald diese Stufen durchlaufen sind, ist es möglich, Beitrittskandidatenstatus zu erhalten, der sich bis zur Mitgliedschaft in zwei Stadien, nämlich *candidate* und *compliant*, teilt. Danach ist die Mitgliedschaft mit einer Offenlegung der Geldtransfers, Transparenz und Miteinbeziehung von Zivilgesellschaft sowie Unternehmen und der regelmäßigen Berichterstattung gegenüber dem Board verbunden. (vgl. EITI 2013: 11) Den Prozess begleitet die Validation und Evaluierung der umgesetzten Maßnahmen, dies ermöglicht unter anderem den Vergleich, aber auch die Weitergabe von Erfahrungen an andere Mitglieder. (EITI 2013: 35)

Das PWYP ist ähnlich wie das EITI-Abkommen daran interessiert, die Geldflüsse zwischen Staat und Unternehmen im Bergbausektor der Bevölkerung offenzulegen. Es wurde durch eine Reihe an NGOs, allen voran Transparency International und Global Witness, ins Leben gerufen, mittlerweile vereint es rund 600 Mitgliedsorganisationen. So sollen im Rahmen dieser Initiative das EITI-Abkommen und seine Forderungen auf einer höheren Ebene gesetzesmäßig verankert werden. (Albrechts 2013: 151) Im Gegensatz zu EITI verlangt man allerdings von den nationalen Regierungen verpflichtende Standards und Offenheitspflichten sowie eine Internationalisierung von Transparenzklauseln. Auch sollte die Schaffung von Transparenz bei der zukünftigen Kreditvergabe berücksichtigt werden. Die Initiative soll darüber hinaus durch Sanktionsmaßnahmen gestärkt werden, da die Mitglieder davon ausgehen, dass durch die selbstaufgelegten Transparenzpflichten auch ein Wille nach deren allgemeiner Umsetzung gefördert wird. (Albrechts 2013: 153) So kann das EITI-Abkommen als Prototyp dafür gesehen werden, dass erste Schritte auf nationaler Ebene erfolgen und diese in Zukunft dann auch verbindlicher umgesetzt werden. (ebd.: 152)

6.6. Die Rolle der Zivilgesellschaft und CSR

Die im vorigen Kapitel angesprochenen Transparenzinitiativen werden auch von einer Reihe von anderen zivilgesellschaftlichen Anstrengungen in den Verbraucherländern unterstützt. So konnten Organisationen, NGOs, Think Tanks und andere AkteurInnen wie JournalistInnen oder FilmemacherInnen auf die Abbausituation in der DR Kongo hinweisen und nutzten vielfältige Mittel, um die Bevölkerung in den Konsumländern aufzuklären. In diesem Rahmen ist es leider nur möglich, einen kurzen Einblick in diesen Bereich zu gewähren.

Zum einen gab es Kampagnen wie „no blood in my cell phone“, die dezidiert die Handelsbeziehungen zwischen SchmugglerInnen und internationalen Konzernen kritisierten und zu einem Boykott des Kaufs von Mobiltelefonen mit Blutcoltan aufriefen. (vgl. WIR! War Resisters International) Dieses Ansinnen wurde durch einem Film mit dem Titel „Blood in the mobile“ des Regisseurs Frank Piasecki Poulsen unterstützt, der große internationale Aufmerksamkeit erhielt und den KonsumentInnen einen Einblick in die Abbaubedingungen in der DR Kongo verschaffte. (vgl. <http://bloodinthemobile.org/>)

Im Januar 2013 gründete sich ein niederländisches Unternehmen mit dem Ziel, ein Smartphone auf den Markt zu bringen, das ohne Komponenten aus Konfliktressourcen hergestellt wird. Weiters wird auf einen nachhaltigen Fertigungsprozess Wert gelegt, sodass keine ArbeiterInnen in der Produktion ausgebeutet werden; zusätzlich strebt das Unternehmen keine Profitmaximierung wie herkömmliche HerstellerInnen an. Dennoch soll Coltan aus der DR Kongo verarbeitet werden, um die Menschen, die von der Förderung finanziell abhängig sind, an dem Projekt teilhaben zu lassen. Allerdings mussten auch die InitiatorInnen dieses Fairphones eingestehen, dass sich die Situation in der DR Kongo rasch ändern kann und es sich schwierig gestaltet, die hohen Ansprüche tatsächlich umzusetzen. (vgl. Süddeutsche Zeitung 2013 B, fairphone.com)

Zusätzlich nutzten noch unzählige weitere NGOs die aufkommenden Debatten zu Förderungen und den damit einhergehenden kriegsbedingten Problemen, die durch den Handel von Coltan auftraten. So konnte auf internationaler Ebene Druck ausgeübt werden, Änderungen dieser Praxis herbeizuführen. Neben der Kritik an der Verwendung der Konfliktressource Coltan gibt es auch themenspezifische Schwerpunkte, wie die Versorgung der vom Krieg traumatisierten und verehrten Menschen aus der Region, die Unterstützung der BewohnerInnen von Minencamps, Kinderarbeit im Bergbau, Gewalt und Zwangsarbeit oder die durch die Förderung auftretenden Schäden an Flora und Fauna, um nur einige davon zu nennen.

Darüber hinaus gibt es noch weitere Organisationen wie zum Beispiel das *enough project* aus den Vereinigten Staaten. Dieser Think Tank, gegründet 2006, hat sich zum Ziel gemacht, für ein Ende von Völkermorden und Menschenrechtsverletzungen zu kämpfen. Auf Grundlage von umfangreichen Studien und Analysen sollen so nachhaltige Lösungsansätze für EntscheidungsträgerInnen präsentiert und damit die amerikanische Öffentlichkeit erreicht und mobilisiert werden. Sie untersuchen dabei unter anderem auch die Verwendung von Konfliktressourcen: So geben sie zum Beispiel jährlich ein Ranking heraus, in dem

Elektronikunternehmen nach ihrer Verwendung von Konfliktressourcen aufgelistet werden. (vgl. Enough Project)

Insgesamt wird deutlich, dass es bei diesen Aufrufen um die Verbesserung der Förderbedingungen vor Ort geht, um eine nachhaltigere Verteilung der Einnahmen aus dem Sektor und um transparentere Lieferketten abseits von Gewaltökonomien und ihre negativen Wirkungen auf die lokale Bevölkerung.

Diese geforderten Fortschritte für die Förderung hängen auch stark mit den Interessen jener Unternehmen zusammen, die Coltan für ihre Produkte auf internationalen Märkten nachfragen. Images und positive Zuschreibungen im Rahmen der Corporate Identity gilt es zu schützen, negative Mitteilungen oder Medienberichte sind zu vermeiden. So besteht ein gewisser Druck gegenüber AnlegerInnen, InvestorInnen, aber auch der Öffentlichkeit und damit den KundInnen. Das Konzept der „Corporate Social Responsibility“ schlägt in diese Kerbe. Ziel ist es, nachhaltiges Handeln auf allen Ebenen eines Unternehmens umzusetzen und gesellschaftliche Verantwortung über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen hinweg zu etablieren.

Hier ergeben sich für die Endverbraucher, also die KonsumentInnen der Produkte, die Konfliktressourcen wie Coltan enthalten, die besten Möglichkeiten, Einfluss auf die Praktiken der Unternehmen auszuüben. Auch wenn bislang noch keine größeren Änderungen herbeigeführt werden konnten, gibt es doch Anzeichen, die vermuten lassen, dass hier ein Wandel stattfindet. Die Entwicklung von Zertifizierungssystemen oder Gesetzgebungen wie der *Dodd Frank Act* zeigen, dass hier ein Umdenken eingesetzt hat.

7. Zur spezifischen Problemlage in der DR Kongo

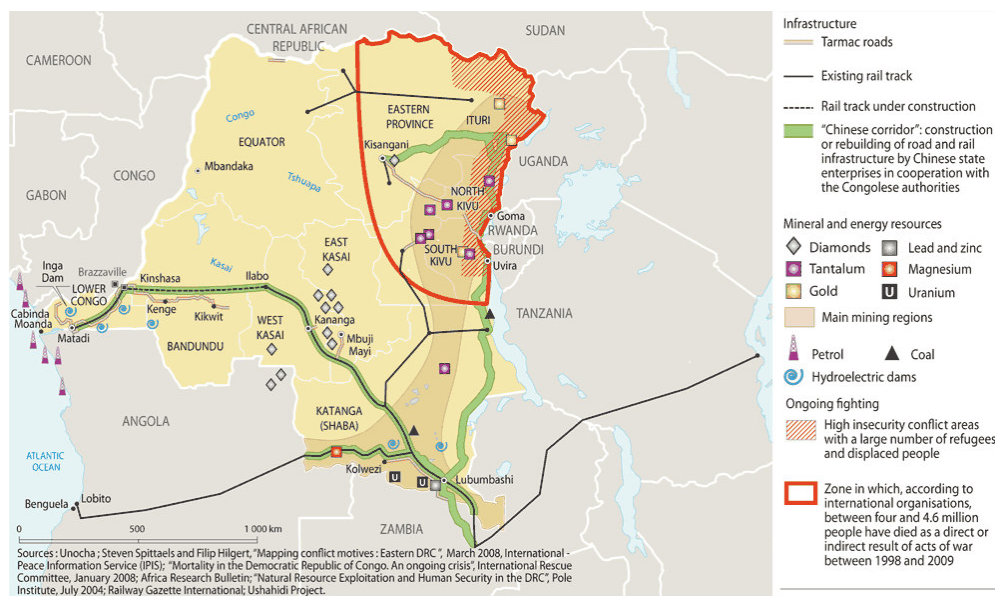
In den vergangenen zwei Dekaden standen der Bergbau und damit die Förderung von Coltan in der Literatur besonders im Fokus. Die Extraktion des Rohstoffs geschah im Spannungsfeld zwischen dem Konflikt im Osten des Landes, durch den Coltan als Konfliktressource instrumentalisiert wurde, und der Unmöglichkeit staatlicher Organisationen, Einfluss auf diese Praxis zu nehmen. Diese Handlungsunfähigkeit geht stark mit den fehlenden staatlichen Strukturen einher, dies spiegelt sich in folgendem Ungleichgewicht wieder: Das organisatorische Zentrum, Kinshasa, liegt weit im westlichen Teil des Landes, die wertvollen Ressourcen dagegen im Osten. Die unzureichende Vernetzung des gesamten Landes über die Infrastruktur oder funktionierende staatliche Einrichtungen führte zur Unterrepräsentation des Staates in der Region. (vgl. Mazalto 2009: 189)

In folgendem Kapitel wird zuerst die soziale und ökonomische Basis der DR Kongo untersucht, dann der Konflikt und die Gewaltökonomie beschrieben. Die Erkenntnisse aus diesen Darstellungen helfen schließlich dabei, die Staatszerfallsprozesse genauer zu erläutern.

7.1. Soziale und ökonomische Bedingungen in der DR Kongo und die Rolle des Bergbausektors

Mit einer Gesamtbevölkerung von knapp 75,5 Millionen Menschen und einer Fläche von rund 2,35 Millionen km² zählt die Demokratische Republik Kongo zu den größten Staaten der Welt. (CIA-Factbook 2013) Im Vergleich zu anderen Ländern zählt die DR Kongo zu den Ärmsten der Welt und rangiert nach HDI im Jahr 2012 auf Rang 186 und steht damit auf dem letzten Platz. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (KKP) ist mit knapp 300 US-Dollar pro Jahr sehr niedrig, die Lebenserwartung mit 48,5 Jahren gering. (vgl. HDI 2012) Diese negativen Kennzahlen stehen im Gegensatz zum wirtschaftlichen Potenzial, zählt die DR Kongo doch zu den ressourcenreichsten Ländern der Welt. Sie verfügt über zahlreiche Bodenschätze und damit massive Einkommensquellen, wie Gold, Kupfer, Diamanten, Erdöl und seltene Erze wie Coltan. Diese Gebiete befinden sich zu großen Teilen im Osten des Landes und damit in den Regionen, die am meisten durch den Konflikt betroffen sind.

Abbildung 1: Infrastruktur, Ressourcen und Konfliktzonen in der DR Kongo:



Quelle: Le Monde diplomatique 2009

Die einfache Bevölkerung hat praktisch keinen direkten Zugang zu den Einnahmen, die aus dem Rohstoffreichtum generiert werden, und kann sich deshalb wirtschaftlich kaum entfalten, es sei denn in der Subsistenzlandwirtschaft oder in informellen Netzwerken und Tätigkeiten wie der Praxis des Kleinbergbaus, die für sie zum Teil erhebliche Einkommensmöglichkeiten bieten oder bieten könnten.

Die ökonomische Entwicklung ist bereits seit den 1980er Jahren von Stagnation geprägt, die Ursachen und Gründe dafür sind vielseitig. Zum einen kann die Ausbeutung des Landes unter Präsident Mobutu dafür verantwortlich gemacht werden, zum anderen sind durch die Wirren des Krieges, der seit 1998 im Osten des Landes tobt und unzählige Opfer forderte, ganze Landstriche nicht mehr unter der Kontrolle der Zentralregierung, dadurch entgehen dem Staat unter anderem wertvolle Einnahmen aus der Ressourcenförderung.

In der Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts kam es vornehmlich durch die wirtschaftlichen Aufholprozesse von Schwellenländern wie Indien oder China zu einer vermehrten Nachfrage von Rohstoffen auf den internationalen Märkten. Dies wiederum führte zu einer Steigerung der Weltmarktpreise, die schließlich auch für die DR Kongo in den letzten Jahren zu einer Vergrößerung des Wirtschaftswachstums führte.

Dem Bergbausektor in der DR Kongo kommt deswegen eine besondere Tradition und Wichtigkeit zu, da er bereits zu kolonialen Zeiten einen wichtigen Wirtschaftszweig darstellte, mit dem Devisen für das Land gewonnen werden konnten.

7.1.1 Der Bergbau in der DR Kongo

Der Bergbausektor hat in der DR Kongo eine lange Tradition und zählt bereits seit der Kolonialzeit zu den wichtigsten Industriesektoren. Der damit verbundene Exportzweig erwirtschaftete einen hohen Anteil an Devisen und trug damit erheblich zum Staatshaushalt bei. Zudem ist die Tätigkeit im Bergbau geprägt von formellen und informellen Strukturen, die dazu führten, dass weite Teile der Bevölkerung ihr Auskommen im Kleinbergbau suchten.

Schon unter König Leopold II und nach der erfolgten Aneignung des Freistaates Kongo zur Kolonie Belgisch-Kongo wurden erste Versuche unternommen, die neuentdeckten Ressourcen in der kupferreichen Region Katanga auszubeuten. Allerdings spielten in dieser Phase hauptsächlich noch agrarische Güter, wie zum Beispiel Kautschuk, Palmöl oder Elfenbein, eine besondere Rolle und wurden entsprechend gefördert und exportiert. (Hauck 2008: 80–84) Die Arbeitsbedingungen in der Montanindustrie waren zu dieser Zeit gekennzeichnet von

Zwangsarbeit, katastrophalen Arbeitsbedingungen und brutalen Strafmaßnahmen, die zum Tod von unzähligen Menschen führten. (Duigan und Gann 1979: 217f)

In den darauffolgenden Jahrzehnten verbesserten sich die Arbeitsbedingungen etwas und der Bergbau, Kupfer im Besonderen, wurde auf staatlicher und privater Ebene weiter ausgebaut und damit zu einem immer wichtigeren Sektor. So wird geschätzt, dass zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit im Jahr 1960 knapp 34% der gesamten Deviseneinnahmen aus dem Kupferexport generiert wurden. Das Ergebnis aus dieser auf Rohstoffproduktion basierenden achtzigjährigen Kolonialpolitik war die Umwandlung des Staates in eine weltmarktabhängige Rohstoffökonomie. Mit der Verstaatlichung der Kupferminen durch Mobutu setzte ein Rückgang der Investitionen und der Produktion ein, die lukrierten Einnahmen versickerten in den Taschen der herrschenden Eliten, anstatt reinvestiert oder an die Bevölkerung umverteilt zu werden. (vgl. Tetzlaff 2008: 266) „So wurde in Zaire ein Herrschaftssystem zementiert, das als präsidentielle Kleptokratie des Autokraten Mobutu in die Geschichte Afrikas eingegangen [...] ist“ (Tetzlaff 2008: 266). Die jährliche Kupferproduktion erreichte bis in die 80er Jahre eine Höhe von 500.000 Tonnen, die durch die Kriegswirren im Osten des Landes und die politischen Strukturen bis ins Jahr 2005 auf nur mehr 27.000 Tonnen gesunken ist. (Tetzlaff 2008: 262). Dies hatte bedeutende Auswirkungen auf die ökonomische Situation der Bevölkerung. So ging das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zwischen 1970 und 2000 um insgesamt 25% zurück, was bedeutet, dass die Bevölkerung heute wesentlich ärmer ist als noch vor 40 Jahren. (vgl. Nest 2006: 32f)

Nach dem Einbruch der Kupferproduktion wurden andere Güter wichtiger. Neben dem bereits erwähnten Coltan nehmen Ressourcen wie Diamanten, Erdöl, Kobalt und Gold eine wichtige Rolle ein und zählen heute zu den wichtigsten Exportprodukten der DR Kongo.

Seit 2006 sind seitens Regierung, internationaler GeberInnen sowie Wirtschafts- und FinanzexpertInnen der Bretton-Woods-Institutionen die Wiederbelebung des Bergbausektors und seiner Infrastruktur zentrale Anliegen. Aus diesem Grund wurde ein Verhaltenskodex eingeführt, der InvestorInnen kommerzielle Anreize sowie Eigentumsschutz garantiert. So ist es der Regierung seit Jahren erstmals wieder gelungen, Direktinvestitionen in das Land zu holen. In der Folge steigerte sich das Wirtschaftswachstum wieder und es sind positive Tendenzen im industriellen Bergbau seitens der kongolesischen Regierung sichtbar (Tetzlaff 2008: 267f)

Der in den 1980er Jahren in die Krise geratene Bergbausektor führte auch zu massiven Veränderungen für die in ihm beschäftigte Bevölkerung. Zu nennen sind hier vor allem die sozialen Sicherungssysteme und Sozialleistungen. Diese wurden bereits in der Kolonialzeit,

aber auch zum Teil noch unter Mobutu von den großen Unternehmen des Bergbausektors bereitgestellt und beinhalteten Krankenhäuser, Gesundheitsstationen, aber auch Schulen. Nach der Auflösung der formellen Wirtschaft verschwanden auch diese Sicherungssysteme, sie sind allerdings nach wie vor in vielen Gesetzen, wie zum Beispiel dem ‚Code Forestier‘, eingeschrieben und es besteht die Erwartung, dass diese nach der Wiederbelebung der Wirtschaft wieder sichergestellt werden. (Schulz 2008: 26) Eine weitere Veränderung wird in der ökonomischen Praxis der ehemals beschäftigten BergbauarbeiterInnen, aber auch anderer AkteurInnen deutlich. „So verlegten sich hunderttausende Individuen in Ermangelung anderer Einkommensmöglichkeiten darauf, in den brachliegenden Konzessionsgebieten parastaatlicher Unternehmen in einer unregulierten Umgebung selbstständig und unter nicht selten menschenunwürdigen Bedingungen nach Rohstoffen zu schürfen“ (Marfels 2008: 281). Diese Praxis wird auch als artisanaler Bergbau oder Kleinbergbau bezeichnet und zeichnet sich durch höchst ineffiziente Methoden zur Gewinnung von Rohstoffen aus, darüber hinaus sind die SchürferInnen oft kriminellen Händlernetzwerken ausgeliefert und lösen schwere ökologische, aber auch sozioökonomische Probleme aus. (vgl. Marfels 2008 : 281f)

Welche Auswirkungen der Kleinbergbau auf staatlicher Ebene mitbringt, aber auch, welches Potenzial und welche Einkommensmöglichkeiten er für die AkteurInnen bereithält, soll im nächsten Kapitel genauer betrachtet werden.

7.1.2. Der artisanale Bergbausektor

Der artisanale Bergbau hat eine besondere Bedeutung für die Bevölkerung der DR Kongo. Für viele bietet Kleinbergbau die einzige Einkommensquelle und damit Überlebenschance in einem Land, das von schlechter Regierungsführung und einem langen Krieg gezeichnet ist.

Nach Schätzungen sind heute rund zwei Millionen Bergleute in informellen Strukturen im Kleinbergbau tätig, die meisten ArbeiterInnen leben von rund 1–5 US-Dollar pro Tag. Geht man davon aus, dass auf das Einkommen einer/s BergarbeiterIn rund fünf davon abhängige andere Personen kommen, wären somit knapp acht bis zehn Millionen Menschen, also rund ein Achtel der Gesamtbevölkerung, direkt von Tätigkeiten im Bergbau abhängig. (Raecke 2010: 11)

Begleitet wird dieser artisanale Bergbau auch von eigenen Handelsnetzwerken, die sich unter anderem über Tauschhandel finanzieren. Dort werden überlebensnotwendige Waren wie Lebensmittel gegen die Bergbauprodukte eingetauscht. Dies führt vor allem dazu, dass weder gerechte Preise bezahlt werden, noch kommt es zu Geldflüssen zwischen ProduzentInnen und

HändlerInnen; damit werden Investitions- und Sparvorhaben verhindert und die Kleinbergleute geraten in zusätzliche Abhängigkeit zu ihren Financiers. (Bleischwitz et al. 2012: 6) Darüber hinaus können noch zahlreiche andere negative Faktoren, die mit dem Kleinbergbau zusammenhängen, aufgezählt werden. Diese umfassen Kinderarbeit, Sicherheits- und Gesundheitsgefahren, Korruption, Diebstahl und Beschlagnahmung der Einnahmen durch lokale Behörden, Militär oder lokale Milizen, aber auch Prostitution und die damit verbundene Gefahr von AIDS. (vgl. Raecke 2010: 11)

Der Staat hat de facto keine Möglichkeiten, die Kleinbergbaupraxis zu besteuern oder zu verhindern, deswegen setzen lokale Behörden auf ein Lizenzierungsverfahren, bei dem Bergleute für 25 US-Dollar jährlich eine *digger card* lösen können und damit ihrem Erwerbszweig auf legaler Weise nachgehen dürfen. Allerdings können sich nur wenige diese Ausgabe leisten und betreiben den Bergbau deswegen illegal, auf der anderen Seite hat der Staatsapparat auch keine Handhabe und Ressourcen, dem ungenehmigten Abbau nachzugehen, geschweige denn ihn zu verhindern. (Bleischwitz et al. 2012: 6)

Die Kleinbergleute im Osten des Landes sind auch am meisten von den Kriegswirren der letzten eineinhalb Jahrzehnte betroffen. Ihnen werden nicht nur Zwangsabgaben abgepresst oder ihre Güter weggenommen, sondern sie werden auch von Rebellenfraktionen mit dem Leben bedroht und sind der Willkür mancher Milizen ausgeliefert. Welche Ausmaße und Auswirkungen die Kriege in der DR Kongo in den letzten Jahren angenommen haben, soll nun in den nächsten Kapiteln genauer dargestellt werden.

7.2. Der Konflikt im Osten des Landes und seine Akteure

Die Hintergründe der Kongo-Kriege können hier nur verkürzt wiedergegeben werden. Sie zeichnen sich durch zahlreiche Ursachen, die bis in die Kolonialzeit zurückreichen, aus, sind dadurch sehr komplex und die Prozesse, die dadurch in Gang gebracht wurden, sind von zahlreichen AkteurInnen, nationalen und internationalen Interessen beeinflusst.

Der Fokus liegt also im Weiteren auf den Ereignissen, die zwischen der Machtübernahme Laurent Kabilas und der heutigen Konfliktaustragung passierten. Besonders wichtig erscheinen hier die Situation in den östlichen Gebieten des Landes, die Dynamiken der nichtstaatlichen KonfliktakteurInnen und die Rolle der Vereinten Nationen. Die Prozesse, die dabei zu beobachten sind, können als Paradebeispiele für innerstaatliche Kriege und ihre Auswirkungen auf die Entstehung von Gewaltökonomien herangezogen werden. So sollen in

den nachstehenden Kapiteln die Kriegshandlungen dargestellt und in weiterer Folge die Akteurskonstellationen genauer betrachtet werden.

7.2.1. Die Kongokriege

Als einer der Auslöser der Kongokriege gilt der Genozid in Ruanda 1994 und die damit verbundene Flüchtlingswelle von etwa 1,2 Millionen Menschen, die nach Ost-Zaire flohen. Mit ihnen kamen auch TäterInnen der Gräueltaten, sogenannte *Génocidaires*, über die Grenzen und nutzten die Flüchtlingslager als Stützpunkte oder Basisstationen, um sich neu zu strukturieren und aufzustellen, was eine Destabilisierung der Region mit sich brachte. Nach Drohungen der ruandischen Regierung und der mangelhaften Bereitschaft Mobutus, gegen die *Génocidaires* in der Grenzregion vorzugehen, begannen erste Angriffe auf die Flüchtlingscamps, was zu einer erneuten Flüchtlingswelle führte. (Scherrer 2002: 150ff)

Daraufhin unterstützte die ruandische Regierung den Rebellenanführer Laurent-Désiré Kabila. Er stürzte Mobutu, besiegte dessen Truppen und nahm im Mai 1997 die Hauptstadt Kinshasa ein. Dabei konnten Kabila und seine Truppe, die *Alliance des forces démocratiques pour la libération du Congo-Zaire* (AFDL), auf die Unterstützung von Ruanda, Uganda, Burundi, Angola und Simbabwe zählen. (Kennes 2005: 148)

Entscheidende Auswirkungen auf den Kriegsverlauf hatte dabei die Verfügbarkeit von Rohstoffen. Diese wurden instrumentalisiert, um die Kosten für den Krieg zu decken. So bezahlte Kabila seine UnterstützerInnen mit Bergbaulizenzen zur Förderung mineralischer Rohstoffe. Nach dem Ende des Krieges gelang es Kabila jedoch nicht, Sicherheit und Stabilität in der Region zu etablieren, zu viele zersplitterte in- und ausländische Rebellengruppen waren dort weiterhin aktiv. Die Lizenzverträge Kabilas wurden in weiterer Folge unwirksam und zurückgezogen, um sie neu zu vergeben. (Hütz-Adams 2003: 23) Auch informelle soziale und wirtschaftliche Netzwerke, die die Lebensgrundlage für große Teile der Bevölkerung bildeten, wurden gestört. Rebellengruppen übernahmen die Kontrolle über die Rohstoffvorkommen, um sich daran zu bereichern, während die Bevölkerung weiter verarmte. Folgende Voraussetzungen führten also in weiterer Folge zu einem erneutem Aufkommen der Gewalt und damit zu einem weiteren Krieg: Insgesamt konnte Kabila weder seine Machtposition stärken noch staatliche Institutionen, Initiativen oder Gesetze schaffen, sie waren größtenteils unwirksam, ziellos und willkürlich. (Kennes 2005: 157) So kontrollierten Gruppen von Militärs und UnterstützerInnen Kabilas die regional verfügbaren Ressourcen und bildeten damit eine neue Machtelite. (Scherrer 2002: 252)

Der zweite Kongokrieg oder auch „Afrikas Erster Weltkrieg“ tobte von 1998–2003. Als Auslöser für den Krieg können zwei Gründe ausgemacht werden. Zum einen wandte sich Kabila von seinen ehemaligen Verbündeten ab, die sich in weiterer Folge von ihm verraten fühlten und seinen Sturz anstrebten. Zum anderen waren mächtige lokale kongolesische Persönlichkeiten unzufrieden mit den wirtschaftlichen und politischen Reformen. Im Juli 1998 forderte Kabila von seinen ehemaligen BündnispartnerInnen, das Land zu verlassen, und löste damit erneute Kampfhandlungen im Osten des Kongo aus. (vgl. Nest 2006: 24)

Kennzeichnend für den zweiten Kongokrieg war sein hoher Grad an Internationalisierung, aber auch die wechselseitigen Beziehungen und Allianzen unter den einzelnen staatlichen und nichtstaatlichen KrieksakteurInnen. So wandten sich Ruanda und Uganda von Kabila ab, gründeten die politische Organisation *Rassemblement Congolais pour la Démocratie* (RCD) und unterstützten daraufhin eigene Bevölkerungsgruppen und Milizen in der Region. Auf der anderen Seite unterstützten Angola, Simbabwe und andere Staaten Kabila und ermöglichten mit der Entsendung eigener Truppen das Fortbestehen seines Regimes. So waren zwischenzeitlich sieben Staaten, aber auch eine Menge an Rebellengruppen in den Konflikt involviert und damit knapp 200.000 SoldatInnen beteiligt. (Scherrer 2002: 251) Anders als beim ersten Kongokrieg beteiligten sich die Staaten diesmal direkt an den Kampfhandlungen, indem sie offen ihre SoldatInnen in die Region entsandten. Dies führte zu einem der gewalttätigsten Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg und es wird davon ausgegangen, dass seit 1996 insgesamt 5,4 Millionen Menschen zu Tode kamen. (vgl. IRC 2007: 16) Neben den staatlichen AkteurInnen waren es vor allem von Uganda und Ruanda unterstützte Rebellorganisationen, die die Kampfhandlungen auf kongolesischem Boden ausführten. Neben der bereits erwähnten RCD, die in weiterer Folge vornehmlich von Ruanda unterstützt wurde, entstand die MLC (*Mouvement de Libération du Congo*) unter der Führung von Jean-Pierre Bemba und ugandischem Einfluss. Erschwerend kam hinzu, dass sich die RCD durch die Spannungen unter den beiden Unterstützern in die RCD-Goma und RCD-ML spaltete und nicht in andere Gruppierungen eingegliedert werden konnte. Darüber hinaus gab es noch eine Reihe von Mai-Mai-Bewegungen, also lokalen Milizen, die sich gegenüber den auswärtigen Streitkräften verteidigten. So gerieten immer weitere Teile des Landes unter den Einfluss von Rebellorganisationen und ihrer UnterstützerInnen und teilten das Land somit in eine MLC/Uganda-Zone im Norden und Nordwesten, eine RCD-ML/Uganda-Zone im Nordosten und eine RCD-Goma/Ruanda Zone im Osten der DR Kongo. (Nest 2006: 26f)

Erste Friedensverhandlungen wurden bereits im Sommer 1999 geführt und ein Waffenstillstand im Rahmen des Lusaka-Abkommens vereinbart. Dieses wurde von den

meisten Parteien und größten Rebellenfraktionen unterzeichnet, allerdings ohne tatsächlich umgesetzt zu werden. Parallel dazu wurde der MONUC-Einsatz durch den UN-Sicherheitsrat über die Resolution 1279 im November 1999 legitimiert. Das erklärte Ziel dieses Einsatzes umfasste die Durchführung von *Peacekeeping*-Maßnahmen, die die Demilitarisierung von Teilen der Bevölkerung und Rebellen einschlossen und somit die Wiederherstellung der Souveränität über das kongolesische Territorium ermöglichen sollten. Dafür stand eine knapp 5500 Mann starke Truppe zur Verfügung, die allerdings für das geplante Vorhaben nicht groß genug war, um nachhaltigen Frieden zu gewährleisten. (Baregu 2006: 65f) In weiterer Folge setzten sich die bewaffneten Konflikte in weiten Teilen des Landes fort, obwohl bis zu diesem Zeitpunkt bereits die Eingliederung regionaler Milizen in die nationale Armee vonstatten ging, allerdings mit mäßigem Erfolg.

Mit der Ermordung Laurent-Désiré Kabilas in Kinshasa übernahm sein Adoptivsohn Joseph Kabila das Präsidentenamt, der dem Friedensprozess neue Impulse geben konnte. Die Umsetzung eines Friedensabkommens gelang schließlich im südafrikanischen Sun City, wo am 7. April 2003 Kabila als Übergangspräsident vereidigt wurde. Sie gipfelte im Abkommen von Pretoria, in dem der Krieg zwischen den größten Rebellenorganisationen beendet wurde, dennoch konnte das Land nicht befriedet werden und der bewaffnete Konflikt wurde im Ostkongo weiter geführt. (Baregu 2006: 68) „Bis Ende 2002 erfolgte weitgehend der Truppenabzug. Der innerkongolesische Dialog gipfelte im ‚Accord Global et Inclusif‘ sowie einer Übergangsverfassung. [...] Die Umsetzung des Accord Global sah eine Machtteilung zwischen der Regierung Kabila, den wichtigsten Rebellengruppen, der politischen Opposition und Vertretern der Zivilgesellschaft vor, die einen Präsidenten mit vier Vizepräsidenten hervorbrachte. Politisch mit allen acht beteiligten Gruppen waren auch die Übergangsinstitutionen besetzt: die beiden Häuser des Parlaments (Senat und Nationalversammlung) und die ‚fünf ‚Bürgerinstitutionen‘ zur Unterstützung des Demokratieprozesses“ (Stroux 2006: 6).

7.2.2. Das Kriegsgeschehen von 2003 bis heute

Mit den Friedensverhandlungen in Pretoria und dem Sun-City-Abkommen wurden die Kampfhandlungen zwischen den nationalen AkteurInnen beendet, der Krieg wurde allerdings auf lokaler Ebene weitergeführt. Die Armeen Ruandas und Ugandas zogen sich zwar zurück, dennoch blieben die Rebellenfraktionen und Milizen, die von diesen Ländern unterstützt wurden, zurück und setzten sich im Ostkongo fest. Die nun in der nationalen Regierung vereinten KriegsgegnerInnen führten ihre Konflikte untereinander weiter, so kam es kurz nach

dem Friedensabkommen zu einem erneuten Ausbruch von Gewalt. Dabei wurden in Ituri und Südkivu tausende ZivilistInnen ermordet, die MONUC-Truppe konnte aufgrund eines fehlenden Mandats nicht eingreifen. Erst durch die Resolution 1484 des UN-Sicherheitsrates wurde die sogenannte Operation Artemis im Rahmen des MONUC-Einsatzes genehmigt. Diesmal mit einem robusten Mandat, das die Befugnis von Waffeneinsatz zum Schutz der Bevölkerung vorsieht. Mittlerweile wurde die Schutztruppe auf 16.400 SoldatInnen aufgestockt. (Tull 2006: 91)

Eine weitere wichtige Aufgabe, die der internationalen Schutztruppe zukam, war die sichere Durchführung von Wahlen im Jahr 2006. Diese waren mit 450 Millionen US-Dollar sehr teuer und es ist fraglich, wie Wahlen in dieser Dimension ohne internationale GeldgeberInnen in Zukunft durchgeführt werden sollen. Schließlich übernahm MONUC zum einen den Transport und die Logistik, zum anderen stellten sie mit ihrem Kontingent von knapp 20.000 zivilen und militärischen Kräften das notwendige Personal, um die Wahlen transparent durchzuführen. Daniel Stroux sieht die Kosten für die Wahlen deswegen noch höher als angegeben, da einiges von den Ausgaben in den Kosten des MONUC-Einsatzes kaschiert wurde. Die Wahlen und das Geschehen darum verliefen großteils unproblematisch und friedlich, die Wahlvorgänge, Stimmabgabe und Auszählung waren transparent, es gab kaum Auseinandersetzungen oder Proteste. (Stroux 2006: 5f) Joseph Kabila gewann die Wahlen und schlug seinen größten Herausforderer Jean-Pierre Bemba, andere Kandidaten hatten zu geringen politischen Einfluss und damit keine Chancen. Die UDPS boykottierte die Wahlen, so traten hauptsächlich Kandidaten an, die einer militärischen Organisation zugewiesen werden können. (Stroux 2006: 3)

Dennoch bleibt festzuhalten, dass sich trotz demokratischer Wahlen nichts Grundlegendes an den politischen Strukturen veränderte und sich kein langfristiger Frieden einstellen konnte, obwohl nun die *Peacekeeping*-Mission und damit die Transitionsphase an ein Ende gekommen waren. Es gab Friedenstruppen und -verhandlungen, eine Übergangsregierung und demokratische Wahlen. Allerdings führte dies nicht zu einer Beendigung der Konflikte, im Gegenteil – der Osten des Landes blieb weiterhin unter der Kontrolle von Rebellenfraktionen. Die Konflikte zwischen den einzelnen Organisationen flammten nach den Wahlen erneut auf, es bildeten sich neue Gruppierungen und Allianzen. Laurent Nkunda, ehemaliges Mitglied der RCD-Goma-Bewegung, gründete während der Wahlen das CNDP, eine Partei mit militärischem Arm, die WählerInnen aus der rwandophonen Bevölkerung vertrat. Daneben gab es nach wie vor eine große Anzahl von kleineren Milizen und Mai-Mai-Verbänden, die weiterhin Konflikte in Kivu untereinander austrugen. (Reyneart 2011: 16f)

Im November 2011 wurden abermals Wahlen abgehalten, diesmal wurden sie von Unruhen und Protesten begleitet. Joseph Kabila ging zwar offiziell als Sieger hervor, allerdings wurden Vorwürfe der Wahlmanipulation laut. Die Opposition konnte sich gegen das Ergebnis nicht wehren, kritisierte den Gerichtshof als private Institution Kabilas und verzichtete auf ein Berufungsverfahren wegen Aussichtslosigkeit. (vgl. Zeit 2011)

Seit kurzem wurde mit dem *Mouvement 23* eine weitere Gruppierung ausgemacht, die den Friedensprozess gefährdet. Diese von Ruanda unterstützte Organisation konnte sich in einigen Städten festsetzen und dazu parastaatliche Strukturen aufbauen. (Johnson 2012) Im November 2012 wurde die Provinzhauptstadt von Kivu, Goma, eingenommen. Nach einer Spaltung der Organisation in zwei Lager konnte die MONUSCO in Zusammenarbeit mit der FARDC die M23 zurückdrängen und es scheint, als wäre die Gruppierung seit Oktober 2013 endgültig aus dem Gebiet vertrieben. (Süddeutsche Zeitung A 2013) So bleibt abschließend festzustellen, dass, obwohl der Krieg in der DR Kongo offiziell bereits vor über zehn Jahren für beendet erklärt wurde, es bislang weder zu einem negativen noch positiven Frieden gekommen ist. Auch wenn kurzfristige Erfolge verbucht werden konnten, befinden sich im Osten nach wie vor Gruppierungen und Akteure, die die Region destabilisieren, und es ist nicht auszuschließen, dass sich die Spirale der Gewalt in Zukunft wieder dreht.

Innerhalb dieser Darstellung wurden bereits die Hintergründe über die Kriegssituation in der DR Kongo beschrieben, im Folgenden soll der Fokus auf die KonflikttakteurInnen gelegt, aber auch die Ursachen und Gründe für die Kriege untersucht werden. Dies führt dann weiter zu den entstandenen Kriegsökonomien und der Diskussion um die Instrumentalisierung von Ressourcen zur Finanzierung dieser Konflikte.

7.2.3. KonflikttakteurInnen und ihre Gewaltökonomie

Wie bereits im vorherigen Kapitel deutlich wurde, beteiligte sich an den Konflikten in der DR Kongo eine Vielzahl von nichtstaatlichen AkteurInnen. Diese verwandelten nach 1998 das Land in ein Mosaik aus verschiedenen Zonen unter der Kontrolle unterschiedlicher Gruppierungen. (Baregu 2006: 106) Dabei tauchen ebenso vielfältige Bezeichnungen für die einzelnen AkteurInnen auf, so wird von Banden, Milizen, Rebellen oder Warlords gesprochen, diese Begriffe werden meist undifferenziert synonym gebraucht.

Denis Tull knüpft in diesem Bereich an und versucht, die unterschiedlichen AkteurInnen in Kategorien zu unterteilen. Er identifiziert vier Variablen, geografische Reichweite, Zusammensetzung, Größenordnung, Mittel und Ziele, und legt diese an drei wesentliche

bewaffnete, nichtstaatliche Akteure an, nämlich *insurgency movements*, *warlord groups* und *militia*. Innerhalb dieser Kategorisierung zählen Milizen mit 1000–3000 KämpferInnen zur kleinsten Gruppe, die sich überwiegend auf lokaler Ebene militärisch positioniert. (Tull 2005: 97) Das Erreichen der Kontrolle von lokalen Märkten und Territorien steht für diese AkteurInnen im Vordergrund, ihre Ziele sind also vorrangig durch ökonomische Interessen geprägt. (vgl. ebd. 98)

Die zweite beschriebene Gruppe, Warlords – ein Begriff der von William Reno geprägt wurde und danach in der Literatur große Popularität erlangte – umfasst AkteurInnen, die für die größte Unordnung und Gewalt sorgen. Die AnführerInnen dieser Gruppierungen verfolgen überwiegend wirtschaftliche Ziele, entstammen meist der nationalen oder regionalen Elite und verfügen über regionale und transnationale Netzwerke, auf die sie zurückgreifen können. Sie agieren überregional und verfügen über Truppenstärken von mehreren tausend KämpferInnen. Die wirtschaftliche Grundlage für den Ausbau und Unterhalt der Truppen erhalten sie über ausländische Regierungen, Plünderungen oder GeschäftspartnerInnen. Außerdem versuchen sie Märkte zu kontrollieren, im Speziellen jene mit Import- und Exportsektor in ressourcenreichen Ländern. Dieser Nexus zwischen durch Gewalt eroberten Gebieten und ökonomischer Kontrolle über diese ermöglicht Warlords schließlich ein gewisses Maß an Autonomie. Sie profitieren also direkt vom Krieg und sind deswegen auch nicht an einer Beilegung der Konflikte interessiert, was wiederum das Schließen von Friedensabkommen erheblich erschwert. (Tull 2005: 99ff)

Die dritte Gruppe ist hinsichtlich der Motive und Handlungsweise den Warlords ähnlich. Allerdings versuchen Rebellen politische Macht zu erlangen und diese dann auch auf nationaler Ebene zu nutzen. (Tull 2005: 101)

Auch wenn ökonomische Gründe nicht die Ursache für die Kriegsführung in der DR Kongo waren, führten diese zu einer Transformation der Zielsetzungen der involvierten AkteurInnen und damit auch zu einer Verlängerung des Krieges. Diese Ausdehnung des Konflikts wird besonders durch den Wandel der kongolesischen Wirtschaft deutlich. Nach dem schrittweisen Niedergang durch das Mobutu-Regime wurde diese durch den Krieg weiter beschädigt. Signifikant ist hierbei der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, für andere Sektoren der formalen Wirtschaft fällt eine Aussage schwer, da es keine stichhaltigen Daten dafür gibt. Allerdings konnte ein Anstieg im Handel und Gewerbe in den Jahren 2000 und 2001 ausgemacht werden. Diese Steigerungen sind nach Nest auf die sich etablierenden Gewaltökonomien von verschiedenen Militärs zurückzuführen. (vgl. Nest 2006: 33–35)

So wurden neben den politischen und militärischen vor allem wirtschaftliche Interessen während des Krieges immer deutlicher. Für auswärtige AkteurInnen bedeutet dies, dass erstens durch die lang andauernde Konfliktaustragung und die Unmöglichkeit, schnelle Siege einzufahren, ökonomische Ziele vorrangig wurden. Zweitens wurden die finanziellen Möglichkeiten und Profite entdeckt, die aus der Ausbeutung bestimmter Ressourcen realisiert werden konnten, und schließlich spielen auch RückkehrerInnen aus dem ersten Kongokrieg eine wichtige Rolle in der Motivation der eigenen Gefolgschaft, die sich bietenden Chancen im Osten auszunützen. Diese auf ökonomische Interessen bezogenen Handlungsmuster lassen sich auch auf individueller Seite in staatlichen Institutionen der DR Kongo entdecken. Personen in Führungspositionen nutzen ihre Machtstellung aus, indem sie neben ihrer normalen Tätigkeit auch eigene ökonomische Interessen verfolgen und sich dadurch korrumpieren lassen. (vgl. Nest 2006: 36, UN 2001: P 26)

Nest fasst zusammen: „Economic agendas therefore emerged as a function of the war; war did not occur as a result of economic interests“ (Nest 2006: 36).

Unabhängig von den eigentlichen Motiven waren bald alle kongolesischen Oppositionsbewegungen mit denselben Herausforderungen konfrontiert, und zwar den Kosten des ausufernden Krieges. Auch wenn RCD oder MLC auf die Unterstützung ihrer Verbündeten zählen konnten, oder Mai-Mai-Milizen Nahrungsmittelhilfe oder Gelder seitens der Regierung der DR Kongos erhielten, mussten sie dennoch Mittel finden, sich längerfristig zu finanzieren. Dazu boten sich Formen der Ausbeutung, Erpressung, Plünderung, Steuererhebung und die illegale Produktion und der Handel von Gütern an. (Nest 2006: 37)

Khadiagala beschreibt die gewaltsame Aneignung dieser wie folgt: „First of all, in all rebel areas the troops started the war by looting every movable asset they could lay their hands on: cash in banks, mineral stockpiles in the mining sites they occupied, rolling stock, mining equipment, and general purpose equipment such as road maintenance machinery“ (Baregu 2006: 107). Diese Plünderungen fanden auch in anderen Regionen und Wirtschaftssektoren statt, besonders traf es den Bankensektor. In von Rebellengruppierungen beherrschten Gebieten sind mittlerweile Banken nicht mehr mit dem kongolesischen Zentrum Kinshasa verbunden und in Kontakt; stattdessen findet der Handel und Austausch weitestgehend direkt mit Kampala und Kigali statt. Dies hat wiederum erheblichen Anteil an der Zerstörung des nationalen Sparpotenzials oder der ausländischen Investitionsquote. (vgl. Baregu 2006: 107) Neben diesen Plünderungen spielte besonders die ökonomische Ausbeutung von natürlichen Ressourcen wie Gold, Diamanten und Coltan eine entscheidende Rolle.

Neben der Notwendigkeit, Potenziale zur Finanzierung des Krieges auszuschöpfen, trugen noch weitere Faktoren ihren Teil zur Entstehung von Gewaltökonomien bei. Hier können Anknüpfungspunkte mit der strukturellen Schwäche der DR Kongo aufgezeigt werden.

„The DRC state’s generally weak capacity and incomplete control over its territory have attracted criminal actors and facilitated corruption among state officials. Unpaid salaries and poor government oversight also encouraged military actors, such as the FAZ and regional warlords, to develop their own commercial interest“ (Nest 2006: 42)

Das fehlende Angebot von Waren jeglicher Art zog ausländische Unternehmen an, diese kooperierten mit den militärischen AkteurInnen, die die Regionen kontrollierten. So bot die Zusammenarbeit mit diesen nicht nur einen leichteren Zugang zu den Märkten, sondern es war auch sicherer und senkte damit die Kosten für den Markteintritt. Natürlich bedeutet ein fehlendes Angebot von lebenswichtigen Gütern auch höhere Preise und damit größeren Profit, dies sind Anreize, die von einigen AkteurInnen ausgeschöpft wurden. (vgl. Nest 2006: 40–42)

Ein weiterer Faktor war die in Kapitel 2.1 erwähnte Entstehung von gewaltoffenen Räumen. Durch das unkontrollierbar gewordene Gebiet im Osten des Landes und die offenen Grenzen Richtung Ruanda konnten nun Waren und andere Güter transportiert werden und über ruandische Märkte in den Weltmarkt eingespeist werden oder von dort in die DR Kongo gelangen. Darüber hinaus konnten militärisch organisierte Gruppierungen nun Transportwege kontrollieren, eigene Steuern erheben, Schutzgelder kassieren und hatten Zugriff auf die wichtigsten lokalen Handelszentren. Außerdem konnte in diesen Räumen nun auch der Schmuggel von Waffen, Geld und Ressourcen wie Diamanten und Coltan florieren. (Nest 2006: 41)

Ein weiterer entscheidender Faktor, der die Kriegsführung in der DR Kongo begünstigte und aufrechterhielt, war die finanzielle Unterstützung Ruandas und Ugandas durch Gelder innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit. Baregu stellt fest, dass die beiden Nachbarstaaten ohne ODA nicht in der Lage gewesen wären, ihre Kooperationen und militärische Expansion in der DR Kongo aufrechtzuerhalten. Während die DR Kongo um das Jahr 2000 so gut wie keine ODA-Zahlungen seitens internationaler GeberInnen erhielt, sanken die Zuwendungen an Uganda und Ruanda nur in kleinem Maß. (Baregu 2006: 112)

Auch wenn diese Gelder nicht direkt in den Krieg flossen, ermöglichten sie ihn indirekt. „Even if no foreign aid was used for war, the fact that a very large part of the normal recurrent budget was financed through foreign aid had the effect of releasing resources for financing the conflict“ (Baregu 2006: 112).

Die Verbindungen zwischen den einzelnen AkteurInnen und ihren ökonomischen Interessen wurden zwischen April 2001 und Oktober 2002 von den Vereinten Nationen im *Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Ressources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo* untersucht und die erhobenen Daten und Fakten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Im Fokus stehen hier zwei Zugänge, die eine Analyse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Kongokriege zulässt. Erstens wurde die Größenordnung der Handelsaktivitäten und damit die Einnahmen und Profite der beteiligten KriegsteilnehmerInnen analysiert. Zweitens wurden im Rahmen dieses Reports detailliert die Netzwerke und die Zusammenarbeit von militärischen, politischen und ökonomischen Eliten aufgezeigt, die während des Krieges auftraten. (Nest 2006: 44)

Die Erkenntnisse aus diesem Report sollen nun im nächsten Kapitel in Verbindung mit dem Rohstoff Coltan näher beleuchtet werden, mit dem Ziel, die besondere Rolle als Konfliktressource darzustellen.

7.3. Konfliktressource Coltan

Das Panel identifizierte eine Vielzahl von privaten und staatlichen AkteurInnen, ihre Verbindungen mit Unternehmen und Joint Ventures sowie deren Handelsaktivitäten untereinander. Dabei konnten sowohl die Regierung der DR Kongo als auch ihre Kriegsgegner eigene Netzwerke über ihre Truppen und ihnen zuzurechnenden Rebellenbewegungen aufbauen. Die Rebellenbewegungen arbeiteten mit ZwischenhändlerInnen auf lokaler Ebene im Osten des Landes zusammen oder raubten die benötigten Rohstoffe und schafften sie dann in ihre Heimat.

Tabelle 1 zeigt die wirtschaftlichen Interessen der größten und wichtigsten AkteurInnen, die sich an dem Konflikt beteiligten.

Tabelle 1: Militärische AkteurInnen und ökonomische Interessen in DRC zwischen 1998–2004

	Coffee	Gold	Coltan	Timber	Diamonds	Copper	Cobalt	Oil	Trade	The State
<u>Progovernment Forces</u>										
DRC government				*	*	*	*	*	*	*
Zimbabwean governm.				*	*					*
Angola government					*					*
Mai Mai		*	*		*				*	
<u>Antigovernment Forces</u>										
Rwandan government	*	*	*	*					*	
Ugandan government	*	*	*	*	*				*	
RCD-Goma	*	*	*	*					*	
RCD-ML	*	*	*	*	*				*	
MLC	*	*	*		*				*	

Quelle: nach Nest 2006: 45

Besonders sticht dabei heraus, dass alle beteiligten AkteurInnen, die gegen die Regierung der DR Kongo auftraten, sich auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen konzentrierten und handelten. Für die Rebellengruppen der RCD-Goma und RCD-ML erwies sich dabei die illegale Förderung von Coltan als ergiebigste und profitabelste Geldquelle. Adolphe Onusumba, Anführer der RCD-Goma, stellte fest: „We raise more or less \$ 200.000 per month from diamonds ... Coltan gives us more: a million dollars a month“ (Nest 2006: 47). Die Gewinne aus diesen Handelsaktivitäten wurden dann für die weitere Kriegsfinanzierung verwendet oder landeten in den Taschen weniger Führungspersonlichkeiten.

Neben den Rebellengruppierungen spielten auch kongolesische UnternehmerInnen eine entscheidende Rolle für das Florieren der Gewaltökonomien und waren essenziell für ihr Funktionieren. Diese, ausgestattet mit ausländischen Pässen, übernahmen Vermittlerrollen im Handel, aber auch auf ausländischen Finanz- und Schwarzmärkten, um die illegal ausgebeuteten Güter umzusetzen. (vgl. Nest 2006: 49)

Die staatlichen KriegsakteurInnen, die sich nach dem ersten Kongokrieg zurückzogen und von da an über ihre Rebellengruppierungen agierten, organisierten ihre Netzwerke direkt aus der Heimat.

Ruandas Organisation war dem *Department of External Relations* innerhalb des ruandischen Verteidigungsministeriums unterstellt und trug den Namen „Congo Desk“. Diese bildete das

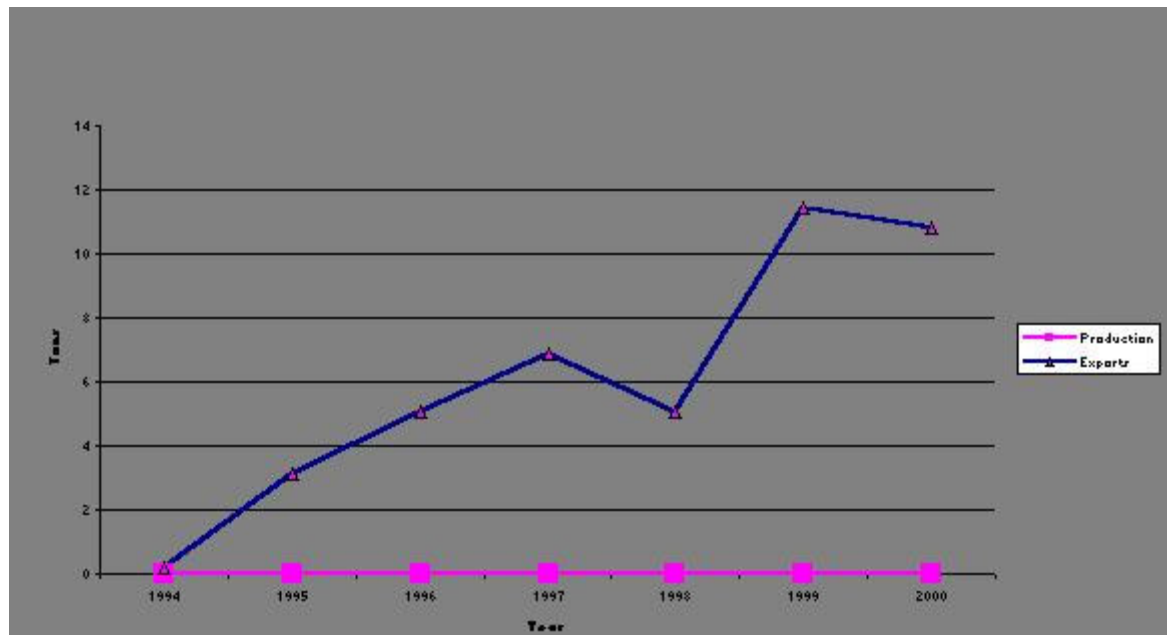
Verbindungsglied zwischen wirtschaftlichen Unternehmungen und militärischen Aktivitäten und wurde durch das UN-Panel als „commercial wing“ der RPA bezeichnet. Die RPA organisierte dabei nicht nur den Zwischenhandel von Coltan, sondern auch die Ausbeutung der Lagerstätten und die Ausfuhr über Luftfahrt. Neben der Verfrachtung von Coltan und anderen Rohstoffen wurden über diese Wege auch militärisches Personal, Waffen und andere Rüstungsgegenstände in die und aus den von RCD-Goma und RPA kontrollierten Zonen geflogen. Dabei versuchte die RPA, auch direkten Zugriff auf Lagerstätten zu bekommen, stationierte in wichtigen Minen Schutztruppen und umging so die Stufe des Zwischenhandels, eine Praxis, die die Profite noch einmal wachsen ließ. (Nest 2006: 51) Michael Nest fasst zusammen: „The Rwandan-based network was all-encompassing, involving international, regional and local actors. It controlled production, transport, and wholesale sales of minerals extracted from eastern DRC“ (Nest 2006: 51).

Ruandas Aktivitäten waren durch dieses Netzwerk äußerst profitabel, durch den Export von Coltan konnten so in etwa 40 Millionen US-Dollar in 18 Monaten zwischen Mitte 1999 bis zum Ende 2000 eingenommen werden. Darüber hinaus schätzt das UN-Panel, dass die Aktivitäten des *Congo Desk* im Jahre 1999 inklusive aller Steuern, Verkaufsprofite und anderer Aktivitäten um die 320 Millionen US-Dollar betrugen. (Nest 2006: 52)

Für Diamanten konnte das UN-Panel den Behörden Ruandas nachweisen, dass diese trotz ihrer Beteuerung, über keine einheimische Produktion von Diamanten, Cobalt und anderen Ressourcen zu verfügen, dafür verantwortlich waren, dass diese Güter auf den internationalen Märkten landeten. Auch der sprunghafte Anstieg der Coltanexporte, beginnend ab 1997, ist ein aussagekräftiges Indiz für die wirtschaftlichen Aktivitäten Ruandas im Osten der DR Kongo. (vgl. UN 2001: P. 104)

Ähnliche Praktiken konnten auch der Regierung Ugandas nachgewiesen werden. Zur Sicherung ihrer Profite baute sie ein ähnliches System wie ihr Nachbarland Ruanda auf, mit dem Unterschied, dass dieses sich hauptsächlich unter der privaten Kontrolle hochrangiger Militärs befand. Auch Uganda konnte hohe Einkommen im Nordosten erwirtschaften. So stiegen in den Nachkriegsjahren ihre Diamanten- und Goldexporte dramatisch an. (Nest 2006: 52) Abbildung 2 stellt die Diskrepanz zwischen der ugandischen Goldproduktion und ihren Exporten sehr deutlich dar. Dies wurde schließlich als Beweis für die illegale Ausbeutung des Ostens der DR Kongo angeführt und zeigt deutlich die Größenordnung und damit den Wert der geschmuggelten Ressourcen.

Abbildung 2: Ugandas Goldproduktion und -exporte 1994–2000



Quelle: UN 2001: Paragraph 99

Noch einmal höher wiegt hier die Steigerung der Coltanexporte, wie sie Tabelle 2 zeigt. So schnellten die Exporte im Jahr 2000 um das 27fache im Vergleich zum Jahr 1997 in die Höhe. Ähnliches, wenn auch nicht in dieser Größenordnung, gilt für andere Ressourcen wie Cobalt oder Zinn. (Nest 2006: 53)

Tabelle 2: Ugandas Mineralienexporte und -produktion

Jahr	Gold	Zinn	Coltan
A. Mineral exports (tons)			
1994	0.22	-	-
1995	3.09	-	-
1996	5.07	3.55	-
1997	6.82	4.43	2.57
1998	5.03	-	18.57

1999	11.45	-	69.50
2000	10.83	-	-

B. Mineral production (tons)

1994	0.0016	3.704	0.435
1995	0.0015	4.289	1.824
1996	0.003	0.38	-
1997	0.0064	1.81	-
1998	0.0082	1.102	-
1999	0.0047	-	-
2000	0.0044	-	-

Quelle: nach UN 2001: Paragraph 99

Neben den bereits beschriebenen AkteurInnen spielten auch eine Reihe von ausländischen Unternehmen und Individuen eine entscheidende Rolle für die Entstehung beziehungsweise Entwicklung der Kriegsökonomien. Das UN-Panel hat hier Handelnde aus 27 Ländern Afrikas, Asiens, Europas und aus Nordamerika identifiziert, die sich an der Ausbeutung natürlicher Ressourcen beteiligten. Das Spektrum der AkteurInnen umfasst dabei westliche multinationale Konzerne, spezialisierte, coltanverarbeitende Klein- und Mittelunternehmen ebenso wie ausländische Banken und internationale Fluglinien, die den Transport der Ressourcen übernahmen. (vgl. Nest 2006: 53)

Ihren Höhepunkt fand die Ausbeutung von Coltan in der bereits erwähnten Boomphase im Jahre 2000, danach ging der Coltanpreis wieder schrittweise zurück und pendelte sich mittlerweile auf dem ehemaligen Niveau ein.

Nach dem TOCTA-Report der UNODC von 2010 hat mittlerweile unter anderem Gold Coltan als Konfliktressource abgelöst. „While coltan used to be the biggest source of income for armed groups in the eastern DRC, gold and cassiterite [tin ore] have now replaced it. Gold prices have increased steadily over the last decade and demand has been stable just below 4000 tons a year“ (TOCTA 2010: 262).

7.4. Die DR Kongo als *failed state*?

„Der Kongo gilt wie eine Reihe anderer afrikanischer Staaten als schwacher, gescheiterter (failing state) oder gar als zerfallener Staat.“ (Hauck 2004: 411). Da allerdings der Zusammenbruch eines Staates als Prozess begriffen werden kann, der nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt stattfindet, gestaltet es sich als schwierig, einen konkreten Beginn des Zerfalls zu datieren. Erste Anzeichen für Fragilität wurden bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1960 deutlich. Schon damals führten Rebellionen und Sezessionen zu einer ersten Schwächung, unter Mobutu wurden die Zerfallsprozesse mittels räuberischer Praktiken weiter fortgesetzt. Ende der 1980er Jahre konnte der zairische Staat seine Staatsfunktionen nur mehr in Ansätzen erfüllen, de facto war der Staat damals praktisch schon verschwunden. (Reyntiens 2007: 281f)

Manfred Schulz stellt hingegen die Frage, welche Art von Staat hier zu zerfallen droht, da Korruption, Tribalismus und *bad governance* in nahezu allen afrikanischen Staaten anzutreffen sind und dies deshalb nicht zwangsläufig zum Zerfall des Staates führen muss. Er geht davon aus, dass der Kongo noch nicht zerfallen ist und voraussichtlich auch nicht zerfallen wird, und sieht dafür ein Faktorenbündel verantwortlich. Als Beispiel für einen zerfallenen Staat bezeichnet er Somalia, da dieses Land über keine Staatsregierung verfügt und Anarchie herrscht. (Schulz 2008: 24)

Ob nun die DR Kongo als zerfallener Staat zu bezeichnen ist, soll im Folgenden an der Typologie Schneckeners, die in Kapitel 4.2 dargestellt wurde, aufgegriffen und beschrieben werden.

Als Strukturfaktoren wurden die besonderen nationalen Gegebenheiten benannt. Für die DR Kongo ist hier wohl der Reichtum an Bodenschätzen anzuführen, aber auch die Segregation von multiethnischen Bevölkerungsgruppen, die bereits zu Zeiten Mobutus einsetzte. Sie bilden damit Faktoren, die den Staatszerfall begünstigten.

Prozessfaktoren, also die Erosion von Staatlichkeit, ist ebenfalls auf die Entwicklungen unter Mobutu zurückzuführen. Damals wie heute wurden die Ressourcen des Landes schonungslos ausgebeutet und die Einnahmen daraus standen nur einer kleinen, elitären Gruppe zur Verfügung. Der wirtschaftliche Niedergang wurde bereits dargestellt, Misswirtschaft und Korruption erleichterten die Zerfallsprozesse.

Als Auslösefaktoren können natürlich die Flüchtlingsbewegungen und kriegesischen Auseinandersetzungen ausgemacht werden. Mit der Festsetzung von verschiedenen militärischen AkteurInnen und ihren Gewaltökonomien im Osten des Landes haben diese Gruppierungen Staatszerfallsprozesse begünstigt. (vgl. Schulz 2008: 28) „Die Virtuosität der

Gewaltunternehmer und ihre Unterstützer durch verschiedene Quellen verhindert bislang die Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols“ (Schulz 2008: 28).

Auf der Meso-Ebene ist das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft weiterhin gespannt. Es gibt so gut wie keine staatlichen Leistungen, die Bevölkerung wurde in den letzten Jahrzehnten sich selbst überlassen.

Neben diesen Faktoren, die den Staatszerfall begünstigten, gibt es noch eine Reihe von Stabilisatoren.

Es gibt nach wie vor eine führende Staatsbürokratie, die, auch wenn sie so gut wie kein Leistungshandeln zeigt und durch Korruption Misswirtschaft vorantreibt, dennoch ein gewisses Prestige umgibt. Deswegen bilden die StaatsdienerInnen ein real existierendes Gerüst, auf das sich bei einem Neuanfang staatlichen Leistungshandelns zurückgreifen lässt. So bleibt zumindest eine Grundstruktur staatlicher Einrichtungen erhalten. (Schulz 2008: 24f)

Darüber hinaus besteht ein hoher Grad an Selbstorganisation, der sich stabilisierend auf die Situation auswirkt. Es bestehen traditionelle Sozialstrukturen und gemeinschaftliche Organisationen in der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Außerdem existieren Spar- und Kreditvereinigungen, aber auch eine funktionierende Rechtsprechung in traditionellem Rahmen. Hier können also Funktionsbereiche für die Bevölkerung erbracht werden, ohne dass der Staat für die Gesellschaft tätig werden muss. (vgl. Schulz 2008: 25)

Powersharing, ebenfalls ein Stabilisator, wird von einer Reihe von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen betrieben. So übernehmen vor allem christliche Kirchen wichtige Beiträge in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Neben religiösen Gemeinschaften sind es vor allem lokale, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, die Ersatzfunktionen für den Staat übernehmen. Diese realisieren unter anderem Projekte im Straßenbau, in der Hungerbekämpfung, Landwirtschaftsförderung, Konfliktbearbeitung und -mediation und viele mehr. (vgl. Schulz 2008: 26)

Weitere nennenswerte Stabilisatoren sind der Stolz auf die Nationalkultur. So will die Mehrzahl der KongolesInnen einen unitarischen Staat. Außerdem ist das Vertrauen in die internationale Gebergemeinschaft wieder gewachsen, so ist die Entwicklungshilfe wieder gestiegen und die positive Durchführung der Wahlen ein weiterer Grund für Zuversicht. (vgl. Schulz 2008: 27f)

Die DR Kongo kann also als Beispiel für staatliche Zerfallsprozesse herangezogen werden, auch wenn neben der fehlenden Funktion des Staates zahlreiche andere AkteurInnen Ersatzfunktionen für die Regierung übernehmen. Seit der Einsetzung und Wahl Joseph

Kabilas konnten positive Fortschritte auf wirtschaftlicher Ebene verzeichnet werden, allerdings herrschen immer noch Klientelismus und Korruption vor. (Tetzlaff 2008: 267)

Die Staatsschulden sind seit dem offiziellen Kriegsende weiter angestiegen, die Haushaltsdisziplin ist mangelhaft und internationale Gelder, die zum Beispiel für den Unterhalt der Armeeingehörigen bereitgestellt wurden, werden veruntreut. So konnte im Jahr 2005 bewiesen werden, dass 41% der öffentlichen Aufwendungen in außerbudgetäre Kanäle flossen. Außerdem konzentrieren sich die getätigten Investitionen hauptsächlich auf die Hauptstadt Kinshasa, nur knapp 2% wurden für die restlichen Regionen aufgewendet. Dies ist ebenfalls ein Indiz für die unproduktive Konsumation öffentlicher Mittel durch die Eliten in der Hauptstadt. (Tull 2007: 114)

Denis Tull hat drei zentrale Annahmen herausgearbeitet, die die Probleme seitens der internationalen Gemeinschaft mit dem Staatsaufbau in der DR Kongo aufzeigen und diesen verhindern.

So kritisiert er erstens den geforderten Institutionentransfer, da davon ausgegangen wird, dass staatliche Institutionen einfach in andere Länder übertragen werden können. (Tull 2007: 112)

Die zweite Annahme umfasst den Irrglauben eines gemeinsamen Verständnisses von staatlichem Scheitern und Staatsaufbau. Von Seiten externer AkteurInnen wird das Ziel verfolgt, staatliche Eliten dazu zu befähigen, staatliche Ordnung wiederherzustellen. Allerdings neigen diese dazu, die aus dem Zusammenbruch und für den Staatsaufbau bereitgestellten Ressourcen für eigene politische und ökonomische Ziele einzusetzen und zu maximieren, anstatt sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. (Tull 2007: 113f)

Die dritte Annahme betrifft die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, genügend Kapital für den erneuten Aufbau staatlicher Strukturen zur Verfügung zu stellen. So bedarf es drei unterschiedlicher Arten von Kapital, nämlich monetäres, organisatorisches und soziales oder moralisches Kapital. Erst die Bereitstellung dieser drei Kapitalformen ermöglicht es, den Staatsaufbau durch die Bevölkerung zu legitimieren und zu unterstützen. (vgl. Tull 2007: 115)

8. Umgesetzte Konfliktlösungsstrategien

Um der Situation in der DR Kongo entgegenzuwirken, wurden seitens der internationalen Gemeinschaft zahlreiche Versuche unternommen, innerhalb des Staates auf militärischer, politischer und wirtschaftlicher Ebene zu intervenieren. Dabei kam ein Bündel von Maßnahmen zum Einsatz, das bis zum heutigen Tag den Krieg nicht beenden konnte.

Auf ökonomischer und politischer Ebene sprachen internationale Organisationen, wie die Weltbank oder der IWF, Präsident Joseph Kabila positive Entwicklungen zu. Diese sind vor allem an den Bemühungen festzumachen, die üblichen Forderungen der *Good-Governance*-Kriterien zu beachten und Programme zur Armutsbekämpfung als politisches Ziel zu unterstützen. (vgl. Tetzlaff 2008: 269) „Ansätze in dieser Richtung können der Regierung nicht abgesprochen werden, wohl aber ernsthafte und konsequente Reformbemühungen sowie dringend benötigte Erfolge von Strukturreformen. Das liegt nicht allein am Willen der Ministerien [...] sondern auch an der zur zweiten Natur gewordenen Praxis [...] ‚alte schlechte Gewohnheiten‘ bestehen fort und halten den Fortschritt auf“ (Tetzlaff 2008: 269).

Als eine der offenkundigsten Maßnahmen sind in dieser Arbeit die militärische Intervention im Rahmen der *Peacekeeping*- und *-building*-Missionen seitens der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit Truppen einiger EU-Mitgliedstaaten genannt worden, in denen versucht wurde, die Region im Osten des Landes wieder unter Kontrolle zu bekommen und damit die territoriale Souveränität wiederherzustellen. Darüber hinaus wurde der Versuch unternommen, Druck mittels Streichung der Entwicklungshilfegelder auf die DR Kongo auszuüben, um so den *Bad-governance*-Strukturen und dem damit verbundenen Staatszerfall entgegenzuwirken und somit den Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen zu forcieren. Zudem kam es zu einer Beteiligung an Transparenzinitiativen und es wurden Gesetze erlassen, um die Instrumentalisierung der Konfliktressource Coltan zu stoppen.

Die Umsetzung beziehungsweise Auswirkungen dieser Initiativen werden in den folgenden Kapiteln genauer untersucht.

8.1. Militärischer Einsatz zur Stabilisierung der Region

Der MONUC-Einsatz der Vereinten Nationen wurde bereits in den Kapiteln 7.2.1 und 7.2.2 angeschnitten und ihr Beitrag im Rahmen der *Peacekeeping*-Aufgaben beschrieben. Dabei wurde vor allem die Beteiligung der internationalen Gemeinschaft an den Wahlen 2006 thematisiert.

In diesem Kapitel soll nun eine Bewertung der gesamten Mission vorgenommen und ihr Beitrag zur Stabilisierung der Region diskutiert werden.

Die Entwicklung des Mandates der MONUC gestaltete sich seit ihrem Bestehen ab dem 30. November 1999 als langwieriger Prozess, der im Laufe der Zeit sowohl personell als auch in seiner strategischen Zielsetzung immer weiter ausgebaut wurde. Zu Beginn standen noch traditionelle *Peacekeeping*-Aufgaben im Vordergrund, die nach der Resolution 1565 im Jahr

2004 zu einem multidimensionalen und robusten *Peacekeeping*-Mandat erweitert wurden. Über die Resolution 1856 im Jahr 2008 wurde der Erweiterungsprozess der Mission schließlich ab dem 1. Juli 2010 vorerst abgeschlossen. Seitdem wird der Einsatz unter dem Namen MONUSCO geleitet und als Stabilisierungsmission weitergeführt. (Möller 2013: 48)

Die Umstrukturierung und Erweiterung der *Peacekeeping*-Mission im Jahr 2004 durch ein robustes Mandat ermöglichte schließlich den Einsatz von militärischen Mitteln und Gewalt und damit die Möglichkeit, direkt in die Konflikte im Osten des Landes einzuschreiten. Allerdings geriet die MONUC zu Beginn bereits stark in die Kritik, da sie sich nicht ausreichend für den Schutz der Zivilbevölkerung einsetzte. Erst in Zusammenarbeit mit der europäischen Militärmission Artemis ab dem Jahr 2003 konnten die Kämpfe eingedämmt und damit die Lage in Teilen des Ostens des Landes beruhigt werden. (Badoreck und Müller 2008: 547f)

Zu den wichtigsten Aufgaben der MONUC zählte die militärische Präsenz, aufgeteilt in eine westliche und östliche Brigade, sowie eine internationale Polizeieinheit, die, die nationale kongolesische Polizei unterstützen und durch Schulungen in vielfältigen Bereichen trainieren sollte. Außerdem wurden rechtsstaatliche Einrichtungen betreut, da in der DR Kongo kein unabhängiges Rechtssystem existierte, das neutral und unparteiisch Urteil sprechen konnte. Weiters wurde die MONUC mit der Begleitung des Wahlprozesses beauftragt. Ein weiterer Aufgabenbereich und im Regelfall Herzstück einer Friedensmission war die politische Abteilung (*Political Affairs Division*) und die damit verbundene Unterstützung wichtiger EntscheidungsträgerInnen. Die Entwaffnung und Wiedereingliederung von BürgerkriegskämpferInnen im Rahmen von DDR- und DDRRR (*Disarmament, Demobilization, Repatriation, Reintegration and Resettlement*)-Maßnahmen in ein normales Leben bildete einen weiteren Arbeitsbereich der MONUC-Mission. Darüber hinaus gab es noch weitere Ziele wie die Förderung und den Schutz der Menschenrechte, humanitäre Hilfe, eine Gender-Abteilung und ein Lagezentrum für die Koordination der Zusammenarbeit der beteiligten AkteurInnen. (Badoreck und Müller 2008: 249–555)

Am Ende der MONUC-Mission und nach der Umbenennung in MONUSCO zählte der internationale Einsatz 17.625 SoldatInnen, 716 MilitärbeobachterInnen sowie 1.203 PolizistInnen, außerdem 1.571 internationale und 2.783 lokale zivile Personalangehörige, also knapp 21.000 Personen. (Schmidl 2011: 87)

Nach dem Verständnis der Vereinten Nationen und den verschiedenen Generationen, in denen Friedensmissionen durchgeführt werden, bildete die Durchführung der Wahlen im Jahr 2006 den Abschluss einer traditionellen *Peacekeeping*-Mission. Für die DR Kongo bedeuteten die

Wahlen allerdings nicht das Ende der Konflikte, dennoch gilt die Durchführung als Aushängeschild für den Erfolg der MONUC-Mission. Danach stand für die UN die Aufgabe der Stabilisierung des Friedens im Rahmen von *Peacebuilding*-Maßnahmen im Vordergrund.

Als Zwischenfazit zum bisherigen Einsatz der UN-Mission bleiben zu viele negative Ergebnisse, um eine positive Bilanz ziehen zu können. Zwar hatte die MONUC/MONUSCO einen erheblichen Anteil an der Friedenskonsolidierung in der Region und konnte durch politischen Druck und Vermittlung nach dem Kriegsende 2002 vorerst politische Stabilität schaffen; auch hätten die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung möglicherweise schlimmer ausfallen können. (Möller 2013: 81f)

Allerdings können auch eine Vielzahl von Schwachstellen ausgemacht werden, die die Mission beeinträchtigten. Hier ist zum einen die Weigerung zu nennen, mehr finanzielle und damit auch personelle Mittel bereitzustellen, wodurch die internationale Schutztruppe ihre Aufgaben nur zum Teil erfüllen konnte. Dies wird auch durch das geringe Interesse der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates deutlich, den Konflikt beizulegen. Zum anderen fehlte der Mission ein realistisches Mandat; so sollte sie mit einer nicht kooperationswilligen Regierung zusammenarbeiten, die auch selbst als Problemfaktor angesehen werden kann. Dazu können neben der Größe des Landes und der im Verhältnis relativ geringen personellen Ausstattung der Truppe die umfangreichen DDR-Maßnahmen, die es durchzuführen galt, genannt werden. So konnten Rebellen und Milizen nicht ausreichend entwaffnet und demobilisiert werden. (vgl. Möller 2013: 82) Auch die geringe Durchdringung des Landes durch die kaum vorhandene Infrastruktur, das unkontrollierbare Terrain im Osten und die offenen Grenzen minderten den Erfolg stark. Zusätzlich kann noch die Qualität der Truppe sowie die Ausrüstung kritisiert werden. Dazu wurden die meisten SoldatInnen, die sich an dem Einsatz beteiligten, von Staaten wie Pakistan, Nepal oder Bangladesch gestellt, deren Interessen an der Mission in einigen Fällen gegen die Prinzipien der Vereinten Nationen verstießen. (Möller 2013: 83) Weiters gab es neben den Koordinationsproblemen zwischen den GeberInnen im Bereich der indizierten *Statebuilding*-Maßnahmen auch fehlende Einigkeit innerhalb der MONUC/MONUSCO bei der Durchführung und strategischen Umsetzung des Mandats. Auch innerhalb der EU können Kontradiktionen im Bereich der Finanzierung, Rivalitäten untereinander, der umgesetzten Sicherheitsreform und in der fehlenden personellen Ausstattung ausgemacht werden.

Durch all diese Ungereimtheiten litt schließlich auch das Vertrauen der Zivilbevölkerung in die Mission der MONUC/MONUSCO. Auch von Seiten der kongolesischen Regierung

zeichnete sich mit dem Fortlaufen der verschiedenen Operationen Unwillen gegenüber den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft ab. Zwar kooperierte man auf staatlicher Ebene, speziell in der militärischen Zusammenarbeit, allerdings wurden auch Reformen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich blockiert. (vgl. Möller 2013: 84–89)

Nach dieser großteils negativen Einschätzung der Friedensmission in der DR Kongo, in der dargestellt werden konnte, dass weder die Befriedung der Region oder die Zerstörung der Kriegsökonomien erreicht wurde noch der fragilen Staatlichkeit entgegengewirkt werden konnte, sollen nun in den nächsten Kapiteln Alternativen vorgestellt werden, die über das Potenzial verfügen, einen Beitrag zur Lösung der Konflikte auf ökonomischer Ebene herbeizuführen. In diesem Fall könnten Transparenzinitiativen, Einfuhrbeschränkungen oder Zertifizierungsmaßnahmen Handlungsoptionen bereitstellen, die sich den identifizierten Problemstellungen entgegenstellen.

8.2. Transparenz im Rohstoffhandel in der DR Kongo

Das EITI-Abkommen bietet für Länder, in denen die Initiativen umgesetzt werden, die Möglichkeit, unter den Interessen der verschiedenen StakeholderInnen zu vermitteln und aktiv gegen Korruption und Intransparenz innerhalb der staatlichen Geldflüsse zu bekämpfen.

„Transparenzinitiativen und Zertifizierungssysteme sind dominante Ansätze, um mit dem Problem konfliktverschärfenden Ressourcenabbaus umzugehen. [...] Des Weiteren zeigt sich, dass neben den (physischen) Charakteristika des Ressourcenvorkommens die Regierungsführung (governance) des Landes, in dem die Ressourcen vorkommen, wie auch Branchencharakteristika und Unternehmenscharakteristika eine wichtige Rolle spielen, wenn es um die Eskalation oder Deeskalation von Konflikten geht.“ (Behrendt und Sharp 2007: 5f)

Hier kann also die EITI-Initiative anknüpfen und einen Beitrag für nachhaltige Strukturen leisten, zumindest bietet sie einen Rahmen für einen Dialog zwischen den einzelnen StakeholderInnen.

Die Umsetzung des EITI-Abkommens in der DR Kongo gestaltete sich von Beginn an schwierig und es dauerte sehr lange, bis das Land den Kandidatenstatus erhielt und in weiterer Folge erste Berichte an das internationale Board schicken konnte.

Die DR Kongo ist offiziell seit dem Jahr 2005 an der Umsetzung der EITI-Initiative beteiligt. Zunächst konnten erste Erfolge verzeichnet werden und die geforderte Struktur und der Aufbau einer nationalen Kommission wurden umgesetzt, die Benennung involvierter

AkteurInnen aus Zivilgesellschaft, Regierung und Industrie erfolgte und der rechtliche Rahmen konnte abgesteckt werden. Bevor allerdings erste Berichte veröffentlicht wurden, stockte die Verwirklichung des Abkommens. Dies ist vor allem auf die Umstrukturierung der Regierung und die damit verbundene Umstrukturierung des nationalen EITI-Komitees zurückzuführen. Der Prozess wurde unter anderem durch einen Alleingang der Regierung behindert, die im Versuch, an die vorherigen Erfolge anzuknüpfen, den Dialog im Besonderen mit den VertreterInnen der Zivilgesellschaft unterbrach und damit die bis dahin vorhandene positive Gesprächsbasis zwischen den StakeholderInnen unterbrach. (vgl. Lempa 2008: 226)

Dieses Fehlverhalten in Kombination mit der Umbesetzung zentraler Positionen im EITI-Gremium untergrub die rechtlichen und praktischen Grundlagen, auf denen das EITI-Abkommen mit seinem Multi-Stakeholder-Ansatz basiert. Das Ergebnis war eine Blockade des Prozesses. (Lempa 2008: 227)

„Um als *candidate* zu gelten, muss eine Regierung: sich erstens zur Implementierung der EITI verpflichten, zweitens sich zur Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor verpflichten, drittens eine Person zur Leitung der Implementierung ernennen und viertens einen Arbeitsplan erstellen, der mit den Stakeholdern vereinbart wurde“ (Lempa 2008: 227).

Also konnten durch die Blockade zwei zentrale Punkte des Abkommens nicht erfüllt werden und der Status, als *candidate* zu gelten, rückte in weite Ferne. Da auch die Regierung weiterhin den Dialog mit der Zivilgesellschaft verhinderte, konnten in weiterer Folge keine Fortschritte gemacht werden. (Lempa 2008: 227)

Erst durch die Zusammenarbeit und Koordination der zerstrittenen StakeholderInnen durch die deutsche GTZ konnten alle Parteien wieder zurück an den Verhandlungstisch gebracht werden. Für die Umsetzung des EITI-Abkommens ist die Besetzung des nationalen Komitees ein entscheidender Faktor. Auch hier konnte durch den erneuten Dialog sichergestellt werden, dass Zivilgesellschaft, Industrie und Regierung ihre VertreterInnen selber bestimmen konnten und dies war ein Indiz, dass die Umsetzung der Initiative auch im Interesse der Regierung geschah. Im Jahr 2008 erhielt die DR Kongo schließlich den angestrebten Kandidatenstatus, jedoch dürfe dieser kein Selbstzweck sein. Die Hauptaufgabenbereiche der nationalen Kommission waren unter anderem die Bewertung und Begutachtung der Konzessionsverträge zwischen staatlicher Montanindustrie und privaten InvestorInnen, die nach dem Sturz Mobutus und während der Zeit unter L. D. Kabila geschlossen wurden. (Lempa 2008: 228f)

Seit Beginn des Jahres 2009 wurde der Rechtsrahmen des nationalen EITI-Prozesses weiter bestätigt und entspricht nun dem Regelwerk und den Kriterien des internationalen EITI-Boards. So wurde sowohl der Verpflichtung nachgekommen, Transparenz bei Abgaben und

Steuerleistungen wie auch einen verbesserten Datenaustausch zwischen den einzelnen Stakeholdern zu ermöglichen. (vgl. GIZ 2010: 2) Auch positiv zu vermerken ist, dass bereits der erste EITI-Report im Jahr 2010 eingelangt ist. (RAPPORT ITIE-RDC 2010).

Allerdings sind auch negative Entwicklungen im Rahmen der Durchführung des EITI-Abkommens zu nennen. So kann die Vielzahl der Probleme des Landes nicht durch EITI gelöst werden, auch die Freiwilligkeit führt zu Problemen, da dadurch entsprechende Sanktionsmöglichkeiten fehlen. Zusätzlich spielen die Schwäche staatlicher Strukturen und fehlende institutionelle sowie personelle Kapazitäten eine entscheidende Rolle, die dem Anspruch nach mehr Transparenz entgegenstehen. (vgl. Liebing 2009: 126f)

Langfristig muss der Anspruch der Regierung und des nationalen EITI-Komitees sein, dass alle Einnahmen und Ausgaben, aus der ressourcenextrahierenden Industrie der DR Kongo konfliktfrei erworben werden. Ziel müsse sein, den Export von konfliktfreien Mineralien aus den Gebieten der Großen Seen zu erreichen, dies könnte auch durch Zertifizierungssysteme gewährleistet werden. Daneben muss der Korruptionsbekämpfung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Geschichte zeigt hier die lange Tradition korrupter Führungspersönlichkeiten, die von internationalen AkteurInnen ausgenutzt und gefördert wurden. (vgl. Lowinger und Dalichau 2012: 15)

Im krassen Gegensatz zur EITI fordern die Vertreter der PWYP-Initiative daher die Umsetzung von verpflichtenden Maßnahmen. In der DR Kongo wurde im Februar 2006 eine PWYP-Koalition gebildet, allerdings erfährt diese bislang keine Unterstützung der nationalen Regierung und der Unternehmen. So sind besonders AktivistInnen der PWYP-Initiative, die sich über fehlende Korruptionsbekämpfung, Intransparenz oder Menschenrechtsverletzungen im Bergbausektor beklagen, Gewalt und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Außerdem fordern sie, die finanzielle Unterstützung an die DR Kongo von Seiten der internationalen Gemeinschaft an Bedingungen zu knüpfen, die die Einhaltung von Good-Governance-Strukturen im Rohstoffsektor ermöglichen. Sie verlangen also von den GeberInnen, ihre Einflussmöglichkeiten stärker zu nutzen als zuvor, außerdem streichen die zivilgesellschaftlichen AkteurInnen ihre eigene Bedeutung für die Überwachungsfunktion im schwachen Staat der DR Kongo heraus. (Liebing 2009: 127f)

Abschließend bleibt die Einschätzung, dass sich die DR Kongo wahrscheinlich deswegen verstärkt dem EITI-Abkommen zugewendet hat, weil es auf Freiwilligkeit beruht und damit Bereitschaft zu mehr Transparenz und Antikorruptionsbekämpfung auf internationaler Ebene suggeriert. PWYP könnte mehr Beiträge für die Erreichung der Transparenzziele leisten, der

Umgang mit den AktivistInnen aber lässt vermuten, dass es bei der Umsetzung solcher Abkommen wohl eher um das Zeigen eines „Goodwills“ geht als darum, tatsächliche Änderungen in der politischen Praxis herbeizuführen. Auch die mangelnde finanzielle und personelle Ausstattung sowie die bis dato kaum ersichtlichen Fortschritte untermauern dieses Argument.

8.2.1. *Dodd Frank Act*

Im Jahr 2010 wurde durch die Vereinigten Staaten ein Bundesgesetz unter dem Namen *Dodd Frank Act* erlassen. Es wurde einerseits beschlossen, um den Finanzmarkt nach der Finanzkrise neu zu regeln, andererseits, um den Verbraucherschutz zu stärken. Der Abschnitt 1502 beschäftigt sich explizit mit Konfliktmineralien, demnach müssen Unternehmen nachweisen und sicherstellen, dass sie für ihre Produkte keine Rohstoffe verwenden, die zur Konfliktfinanzierung herangezogen werden. Dies umfasst natürlich auch die Mineralien, die in der DR Kongo gefördert werden. (vgl. Graser 2013: 101) „Konkret verlangt der Abschnitt 1502, dass alle Unternehmen, die an amerikanischen Börsen notiert sind, darüber Auskunft geben müssen, ob Konfliktmineralien zu Herstellung eines Produktes verwendet wurden“ (Graser 2013: 101). Dafür besteht eine jährliche Offenlegungspflicht, ob diese Rohstoffe aus der DR Kongo oder einem Nachbarland stammen. Wenn dies der Fall ist, besteht eine Nachweispflicht, welche Maßnahmen getroffen wurden, um die Herkunft der Mineralien in ihren Produkten nachzuweisen. Für diese Prüfung gibt die OECD einen Leitfaden vor, der eine genaue Ermittlung vorschreibt, unter welchen Umständen Mineralien aus den Krisengebieten gefördert, transportiert, gehandelt, verarbeitet, eingeschmolzen, geläutert und legiert wurden. Aus diesem Grund müssen Unternehmen ihre gesamte Lieferkette untersuchen und Transparenz auf allen Ebenen schaffen. Darüber hinaus müssen diese Maßnahmen von einer unabhängigen Institution geprüft werden. Sollte diese Transparenz durch ein Fehlverhalten innerhalb der Lieferkette nicht mehr gewährleistet sein, empfiehlt der OECD-Leitfaden einen sofortigen Abbruch der Geschäftsbeziehungen. Fehlverhalten sind hier nicht nur direkt auf die Rohstoffe bezogen, sie umfassen sowohl Bereiche wie Folter, Zwangsarbeit und Kinderarbeit als auch Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit und weiters bewaffnete, staatliche oder nichtstaatliche Gruppen, die Minen oder Transportwege kontrollieren, Zölle verlangen oder ZwischenhändlerInnen illegal besteuern (vgl. Graser 2013: 102f) „In den Jahren seit seinem Inkrafttreten hat der Dodd Frank Act dazu geführt, dass viele Unternehmen auf Rohstoffe aus der Krisenregion verzichten, weil sie bürokratische Komplikationen vermeiden wollen [...] Indirekt hat diese Entwicklung zu einem De-facto-

Embargo von Rohstoffen aus dem Kongo und den angrenzenden Staaten geführt“ (Graser 2013: 103).

Obwohl mit diesem Bundesgesetz Konfliktressourcen nicht mehr in die US-amerikanischen Märkte wandern, bleibt ein Problem weiter bestehen. „Auch wenn Unternehmen nun nachweisen können, dass ihre Produkte frei von Konfliktmineralien sind, ist damit für die Stabilität in der Krisenregion noch nichts gewonnen. Conflict-free bedeutet eigentlich nichts weniger als Congo-free“ (Graser 2013: 103). Das US-Bundesgesetz bedeutet also nichts anderes als einen Boykott von Mineralien aus dem Kongo, der in erster Linie die Situation der Menschen in den betroffenen Regionen trifft. Deshalb trägt diese Maßnahme nicht zur Befriedung oder Stabilisierung der Region bei, stattdessen wächst die Gefahr, dass sich die Menschen, die direkt von der Extraktion der Rohstoffe abhängig sind, als SöldnerInnen verdingen, weil der Boykott für Konfliktmineralien die Arbeitsplätze im Osten des Landes und der benachbarten Staaten zerstört. (vgl. Graser 2013: 103f) Das Freiburger Öko-Institut hat in diesem Zusammenhang eine Studie veröffentlicht und weist darauf hin, dass diese Praxis zu überdenken ist. So wird aufgrund der komplexen Situation offensichtlich, dass es verschiedene politische Ansätze und Politikfelder braucht, um eine Stabilisierung der Region zu erreichen. In Bezug auf Konfliktmineralien müssen die Strategien in eine breitere Politik für die DR Kongo eingefasst werden (vgl. Manhart und Schleicher 2013: 50) Die Nachweispflicht über die Herkunft der Mineralien gilt zwar als wirksames Mittel, allerdings werden die fatalen Nebenwirkungen übersehen.

8.3. Einfuhrbeschränkungen

Einfuhrbeschränkungen oder Embargos sind ein Instrument der internationalen Gemeinschaft, um Druck gegenüber Ländern auszuüben. Seit dem Bekanntwerden des missbräuchlichen Einsatzes von Coltan zur Konfliktfinanzierung in der DR Kongo durch unterschiedliche AkteurInnen wurden seitens der Vereinten Nationen unterschiedliche Positionen und Handlungsoptionen diskutiert. Im Jahr 2001 plädierten Experten des Sicherheitsrates für ein Embargo gegen Coltan und andere Rohstoffe aus der DR Kongo. Dieses sollte von Sanktionen gegen Personen und Unternehmen, die sich an der Ausbeutung der Ressourcen beteiligten, begleitet werden. Ein Embargo konnte aber nie durchgesetzt werden, deshalb konzentrierte man sich ab diesem Zeitpunkt auf die Regulierung des Rohstoffabbaus. (vgl. Behrendt und Scharp 2007: 33f)

Dies ist wohl vor allem dem Umstand geschuldet, dass ein Embargo nicht die richtigen AdressatInnen getroffen hätte, da ja die missbräuchliche Nutzung der Ressourcen nicht primär durch die DR Kongo geschah, sondern durch die von den Nachbarländern im Osten unterstützten Rebellenfraktionen in der Großen-Seen-Region.

Über die Resolution 1493 im Jahre 2003 wurde ein Waffenembargo durch die Vereinten Nationen erlassen, das zuerst für die Provinzen Süd- und Nord-Kivu und Ituri galt und schließlich im Jahr 2005 durch die Resolution 1596 auf das gesamte Land ausgeweitet wurde. Seitens der MONUC/MONUSCO wurde dieses Waffenembargo zusammen mit dem illegalen Export natürlicher Ressourcen aus den Konfliktregionen kontrolliert. Dazu wurden an Flughäfen und Grenzposten stichprobenartige Kontrollen durchgeführt. (vgl. Möller 2013: 59) Wie bereits dargestellt wurde, konnte MONUC ihren Aufgaben nur bedingt nachkommen, auch blühte der Schmuggel weiter. Große Erfolge, den illegalen Coltanhandel zu stoppen, konnten somit nicht erbracht werden.

Bislang wurde also nur über den *Dodd Frank Act* ein Embargo gegen die Konfliktressource Coltan festgelegt. Die negativen Begleiterscheinungen zeigen weiters, dass es sich bei Einfuhrbeschränkungen wohl nicht um ein probates Mittel handelt, das dazu beiträgt, das Problem in den Griff zu bekommen.

8.4. Geplante Zertifizierungsmaßnahmen

Für die Zertifizierung beziehungsweise Standardisierung von mineralischen Rohstoffen gibt es eine ganze Reihe an Initiativen, die ethnische, soziale oder umweltrelevante Standards festlegen wollen. Fest steht, dass die Idee hinter Zertifizierungssystemen mit anderen Initiativen verbunden werden sollte, um so einen möglichst ganzheitlichen Ansatz zu gewährleisten, alle StakeholderInnen zu erreichen und damit einen nachhaltigen Prozess zu starten. Diese sollen hier knapp umrissen werden, im Vordergrund stehen natürlich die Maßnahmen, die sich primär um Coltan oder die ProduzentInnen, im Speziellen den artisanalen Bergbau, konzentrieren.

Zur Etablierung von Rohstoff- und Warenzertifizierungen nach deren Herkunft wurde von der Weltbank die Einführung eines umfangreichen Kontrollsystems empfohlen. Ein solches umfasst zumindest fünf Elemente: (Wagner et al. 2007: 17)

Erstens werden allgemeine Definitionen und Berichtspflichten eingefordert. Da der Handel von Rohstoffen grenzüberschreitend abgewickelt wird, sollten die Anforderungen und Ziele solcher Zertifizierungsmaßnahmen unter allen involvierten Parteien und die damit

verbundenen Pflichten ausreichend diskutiert werden, um die Legitimität der Kontrollmaßnahmen zu fördern. Zweitens sollten durch den Austausch von Informationen zwischen den StakeholderInnen und dem damit aufkommenden Koordinierungsbedarf Abkommen zwischen den nationalen und internationalen Institutionen geschlossen werden, um so eine bessere Funktion der Maßnahme zu gewährleisten. Drittens: Das Kernstück eines Zertifizierungssystems bilden Vereinbarungen für eine Produktzertifizierung und deren Überwachungskette, die eine glaubwürdige Prüfung und Unterscheidung der zertifizierten Waren auf den Märkten ermöglicht. Der vierte Punkt umfasst die Durchsetzung und Einhaltung des Zertifizierungsrahmens. So müssen diese durch wirkungsvolle Strukturen und Prozesse begleitet werden, um in Zweifelsfällen zu schlichten oder zum Ausschluss von „Trittbrettfahrern“ zu führen. Abschließend wird fünftens sogenanntes *capacity building* angeführt, durch das staatliche Behörden durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen unterstützt werden sollen, um so die nachhaltige Förderung, Verarbeitung und Nutzung von Rohstoffen zu gewährleisten. (Wagner et al. 2007: 17–18) Angepasst an die Bedürfnisse bestimmter Rohstoffe sollte das Kontrollsystem und das damit verbundene Zertifizierungsinstrument weiters durch folgende Themenbereiche ergänzt werden: Diese umfassen die genauen Kenntnisse der Rohstoffproduktion und ihrer Handelskette, die Dynamiken des Angebots und der Nachfrage, politische und institutionelle Kontexte sowie die Harmonisierung bestehender Regelwerke. Außerdem wird ein partizipativer Ansatz eingefordert, um bei der Durchführung von Pilotprojekten sowohl die Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung zu gewinnen, aber auch negative Effekte auf diese auszuschließen. (Wagner et al. 2007: 18f)

Schlussendlich hat sich für die erfolgreiche Umsetzung von Zertifizierungsmaßnahmen gezeigt, dass das etablierte System Glaubwürdigkeit sicherstellen muss. Dies ist am ehesten durch unabhängige Dritte möglich. Neben der bereits erwähnten gesellschaftlichen Akzeptanz müssen auch die beteiligten WirtschaftsakteurInnen miteinbezogen und ein langfristiger ökonomischer Nutzen geboten werden, um eine nachhaltige Etablierung und finanzielle Sicherung des Systems zu gewähren. (Wagner et al. 2007: 23)

8.4.1. *Chemical Fingerprint* als Herkunftsnachweis zertifizierter Handelsketten

Eine Möglichkeit, Coltan und dessen Handelskette zu zertifizieren, könnte mit Hilfe des sogenannten *Chemical Fingerprints* umgesetzt werden. Im Rahmen einer Studie und eines

Pilotprojekts prüft die BGR im Auftrag des BMZ seit 2007, inwiefern durch Laborverfahren die Coltan-Signatur als Herkunftsnachweis verwendet werden kann. „Hierzu werden (1) in einer ersten Übersicht Referenzproben bekannter Lokalitäten mit verschiedenen Verfahren analysiert, und (2) in Pilotstudien werden ausgewählte Abbaugebiete in Afrika detailliert untersucht und mit einer Herkunftssignatur belegt. In diesem Projekt wird die gesamte, in Coltankonzentraten gespeicherte mineralogische und chemische Information genutzt, um Erzprovinzen und Lagerstätten besonders im zentral- und ostafrikanischen Raum diskriminieren zu können“ (Wagner et al. 2007: 89).

Bei diesem Ansatz handelt es sich also um ein neuartiges Instrument in der Rohstoffpolitik mit dem Ziel, die Handelsketten auf der Ebene der Ressourcengewinnung zu zertifizieren. Die Absicht dahinter ist zum einen, die Versorgungssicherheit für die rohstoffverarbeitende Industrie zu gewährleisten und zum anderen die Verminderung der Armut zu fördern, aber auch die Nutzung der Ressourcen zur Konfliktfinanzierung zu verhindern. Hier wird also das Bergbauprodukt zertifiziert und soll damit die Konfliktfreiheit der Ressource garantieren. (vgl. Wagner et al 2007: 7)

Die an diesem Projekt beteiligten ForscherInnen bedienen sich also der unterschiedlichen Zusammensetzung des Columbit-Tantalit-Erzes, die je nach Abbauort variiert und dadurch unterscheidbar wird. So kann die Herkunft genau nachgewiesen werden, es ist sogar technisch möglich, lokale Lagerstätten, die unweit voneinander gelegen sind, auf diese Art zu bestimmen. Diese Vergleichsmöglichkeit wird durch die Feststellung des Mineralbildungsalters ergänzt und bietet so ein weiteres Unterscheidungsmerkmal (vgl. Wagner et al. 2007: 89) So konnte das Forscherteam unter anderem feststellen, dass das Coltan aus den Regionen im Norden der DR Kongo aus zwei Milliarden altem Granit gewonnen wird, während in Mosambik das Muttergestein mit 500 Millionen Jahren wesentlich jünger ist, oder Coltan, das in Madagaskar gefördert wird, einen hohen Anteil an Uran und Thorium besitzt und somit sogar stark strahlend ist. (vgl. Reichert 2011)

Damit ist die Herkunft der Erze nachweisbar und Coltan, das durch diese Methode zertifiziert wurde, bietet den KonsumentInnen aus der Industrie relative Sicherheit, dass die bezogenen Rohstoffe konfliktfrei sind. Allerdings ist die Methode sehr kostenintensiv und aufwendig. Dies ist auch ein wesentlicher Kritikpunkt. So dauert die Bestimmung der Herkunft derzeit zwei bis drei Tage, eine Dauer, die für industrielle AbnehmerInnen ungeeignet scheint.

Außerdem ist eine weitere Automatisierung ausgeschlossen, da das Verfahren auf Einzelschritten aufbaut und damit von den jeweiligen Prüfungsergebnissen abhängt.

Für die KleinbergarbeiterInnen bedeutet der Herkunftsnachweis ebenfalls negative Effekte. So kann durch dieses System die Unterscheidung zwischen legalem und illegalem Abbau erbracht werden. (vgl. Hannen 2008) Von dieser Praxis abhängige Personen könnten so aus dem Wirtschaftssektor vertrieben werden, mit zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die politische Situation in den betroffenen Gebieten im Osten des Landes. Die Vergangenheit hat hier bereits gezeigt, dass ökonomische Marginalisierung den Zulauf zu militärischen Organisationen erhöht und damit die Gewaltspirale erneut in die Höhe schrauben könnte.

Ein weiterer Kritikpunkt am Verfahren ist, dass der Herkunftsnachweis nicht mehr erbracht werden kann, sobald das Coltan verarbeitet, also geschmolzen oder mit anderen Metallen in einer Legierung verunreinigt wurde. Das würde damit auch die grundlegenden Ziele der Initiative untergraben, vor allem, wenn diese Ressourcen über illegale Wege in Regionen exportiert werden, die internationale Regelwerke nicht einhalten. Um diesem Problem entgegenzutreten, wurde auch ein Conflict-free-Smelter-Programm eingeführt, das Schmelzbetriebe ebenfalls zertifiziert, die ausschließlich Erze verarbeiten, die bereits zertifiziert worden sind. (vgl. Widmann 2013) Damit wird die Initiative zwar ergänzt, allerdings wird damit die Handelskette um ein weiteres Instrument erweitert und somit teurer; auch bleibt durch die Einbeziehung vieler verschiedener zertifizierter AkteurInnen die Frage offen, inwieweit dadurch Missbrauch verhindert und Transparenz sichergestellt werden kann.

9. Internationale Handelsbeziehungen

Seit dem Ende der Kongokriege setzten sich die Konflikte, die durch Coltan und andere Ressourcen finanziert wurden, aus der Region der Großen Seen fort. Nach der Einführung des *Dodd Frank Act* und dem damit verbundenen Exporthindernis für Konfliktressourcen mussten ProduzentInnen sowohl aus den USA wie aus anderen Ländern, die Konsumgüter dorthin ausführen wollen, ihre Produktion an die neue Gesetzgebung anpassen. Dies führte zwar zu einem Rückgang der Nachfrage nach Coltan aus Zentralafrika auf diesen Märkten, dennoch setzt sich der illegale Handel fort. Obwohl mittlerweile einige Unternehmen auf die Forderungen der Zivilgesellschaft und das negative Image, das die Verwendung solcher Ressourcen mit sich bringt, reagiert haben, zeigen diverse Daten, dass dem damit verbundenen Problem noch nicht ausreichend Rechnung getragen wurde.

So gibt es zwar auf den internationalen Rohstoffmärkten eine Reihe von „sauberen“ Coltanproduzenten, allerdings geriet der größte Hersteller, *Sons of Gwalia*, heute *Talison* aus

Australien, unter anderem nach der Finanzkrise 2008 ebenfalls in Bedrängnis und fördert heute wesentlich weniger als noch in den letzten Jahren, was aber auch auf ungleiche Marktbedingungen zurückzuführen ist. Diese Lücke füllten hauptsächlich ProduzentInnen aus Zentralafrika, allen voran Mosambik mit 110 Tonnen und Ruanda mit 100 Tonnen im Jahr 2011. (Bleischwitz et al. 2012: 3) Das Problem wird außerdem dadurch verstärkt, dass die weltweite Nachfrage für Tantal in den letzten 10–15 Jahren kontinuierlich weiter gestiegen ist. Das Wachstum in der Telekommunikationsbranche in Afrika und Asien, aber auch in allen anderen Weltregionen wird die damit verbundenen Missstände weiter verstärken, schließlich gibt es genügend Märkte, in denen keine strengen Gesetze oder Regelungen wie jene in den Industriestaaten des globalen Nordens gelten. (Bleischwitz et al. 2012: 5)

In diesem Kapitel soll nun der Rolle der Nachbarländer, allen voran Ruanda, aber auch China, das als weltweit führender Konsumgüterproduzent einen unstillbaren Hunger nach günstigen Ressourcen hat, in den vergangenen Jahren nachgegangen werden. Es soll gezeigt werden, dass trotz der neuen Regelungen und Gesetze die Probleme noch nicht in den Griff bekommen wurden.

9.1. Die Rolle des Nachbarstaats Ruanda

Wie bereits erwähnt konnten zentralafrikanische Staaten in den letzten Jahren ihren Anteil an der weltweiten Gesamtproduktion an Tantal massiv steigern. Durch die UN-Organisation *Comtrade* konnten in der Vergangenheit zahlreiche Daten gesammelt und ausgewertet werden die durch nationale Agenturen, Unternehmen und PartnerInnen an diese geschickt wurden. Dabei muss aber auch betont werden, dass es neben den Zahlen der UN noch andere Erhebungen, zum Beispiel durch Global Witness, gab, die zum Teil sehr unterschiedliche Aussagen machen. Dennoch wird deutlich, dass die Staaten, die an das Gebiet der großen Seen angrenzen, seit 2006 ihre Produktion und damit den Export um einen signifikanten Betrag erhöhen konnten. (Bleischwitz et al. 2012: 9) Neben der Steigerung der Ausfuhren der DR Kongo ist besonders das Wachstum in Ruanda augenfällig und kann zum einen auf die geografische Lage und zum anderen auf nationale Besonderheiten in der Gesetzgebung zurückgeführt werden. So gelangt ruandisches Tantal steuerfrei aus Ruanda auf die internationalen Märkte, im Gegensatz zu den Exporten der DR Kongo, die sehr wohl Steuern auf die Güter erhebt. Dies bedeutet, dass der Warenaustausch über Ruanda weitaus profitabler ist, und fördert somit den illegalen Handel. Nach ruandischem Gesetz können importierte Mineralien als *Made in Rwanda* deklariert werden, solange sie weiteren Verarbeitungsprozessen unterzogen werden und dadurch ihren Wert um 30% steigern. Dies

führte schließlich dazu, dass Ruanda mittlerweile einen Anteil von 75% am Gesamtexport, nicht aber der Produktion, von Tantal innehat. (Bleischwitz et al. 2012: 11f)

Besonders deutlich kann dies an folgenden Zahlen gemacht werden: Offizielle Stellen Ruandas gaben im Jahre 2009, bei einem Import von 131 Tonnen Tantal und Niobium aus der DR Kongo mit dem Wert von 1,1 Million US-Dollar einen Gesamtexport von knapp 949 Tonnen Tantal und einen Wert von 18 Millionen US-Dollar an. Noch extremer sind die angegebenen Zahlen der Handelspartner Ruandas. Dort wird eine Zahl von 3195 Tonnen und ein Gesamtvolumen von 41 Millionen Dollar angeführt. Hier kann es nach Bleischwitz zwar zu fehlerhaften Angaben und Doppelzählungen gekommen sein, dennoch zeigen die Zahlen beeindruckend, welche Dimension dieser Zweig mittlerweile angenommen hat. (Bleischwitz et al. 2012: 12)

Seit dem Rückgang der Nachfrage nördlicher Industrienationen haben asiatische Staaten, allen voran die Volksrepublik China, diese Lücke gefüllt und zählen heute zu den wichtigsten Handelspartnern afrikanischer Staaten dieser Region. Welche Rolle nun genau China spielt und welche Strategien beziehungsweise Strukturen das Land in Zentralafrika aufgebaut hat, ist Thema des nächsten Kapitels.

9.2. China als Magnet für die Allokation von Ressourcen

China gilt nicht nur in der DR Kongo als wichtigster Käufer von tantalhaltigen Erzen, vielmehr erwarb es in den letzten Jahren immer höhere Anteile daran aus zentralafrikanischen Ländern. So stieg der Export seit 2000, damals 435 Tonnen mit einem Gegenwert von 11,3 Millionen Dollar auf mittlerweile 3154 Tonnen im Jahr 2009 und damit knapp 73% der Gesamtproduktion aus dieser Region. (Bleischwitz et al. 2012: 13)

Verglichen mit anderen Tantalimporteuren bezahlen die ChinesInnen auch signifikant geringere Preise als ihre asiatischen Konkurrenten, wie zum Beispiel Hongkong oder Singapur (\$11,33 zu \$24,26). Ressourcen, die aus Ruanda importiert werden, kosten noch weniger: So wurde im Jahr 2009 die Zahl von \$8 pro Kilogramm angegeben. Dieses Preisdumping ermöglichte es schließlich, dass im Vergleich zu australischem Tantal der Preis um 2 bis 2,7 Mal niedriger ist und damit einen enormen ökonomischen Vorteil einbringt. Dies wird außerdem durch die Praxis unterstützt, dass vor Ort, also im zentralafrikanischen Raum, Tantal von chinesischen ZwischenhändlerInnen aufgekauft und danach zu Substraten oder Pulver weiterverarbeitet wird. Diese KleinunternehmerInnen können so Informationspflichten, die für den Nachweis der Herkunft von besonderer Wichtigkeit wären, vernachlässigen und fördern somit den Export von undeklarierbarem, illegal produziertem

Coltan auf den Weltmarkt. (Bleischwitz et al. 2012: 14) Hier können auch Verbindungen zu der chinesischen Ningxia-Gruppe gezogen werden, die für einige der größten internationalen Telekommunikationsfirmen produziert. Sie ist in der Lage, Coltan aus der Region mit anderen legal geförderten Mineralien, auch aus der schwer nachzuvollziehenden heimischen Produktion, zu vermischen oder die Herkunft illegaler Erze zu verfälschen. Dies ist ein entscheidender Faktor, der in der Lage ist, die guten Ansätze der verschiedenen Initiativen zu untergraben. (Bleischwitz et al. 2012: 15)

10. Fazit und Schlussdiskussion

Wie können Zertifizierungsmaßnahmen für die Ressource Coltan im Spannungsfeld fragiler Staatlichkeit und Intransparenz in den Lieferketten aussehen und welchen Beitrag zur Konfliktlösung können sie leisten? Dieser Frage sollte im Rahmen dieser Diplomarbeit primär nachgegangen werden. Dafür wurde im ersten Teil versucht, die zentralen Begriffe und Besonderheiten, die diesen Themenkomplex umgeben, darzustellen. Besonders deutlich konnte herausgearbeitet werden, dass es sich bei den Phänomenen der neuen Kriege, ihrer Gewaltökonomien sowie Staatsversagen um aktuelle Problemstellungen handelt, die erst seit zwanzig Jahren offensichtlich wurden und es bislang der internationalen Staatengemeinschaft nicht gelungen ist, adäquate Instrumente und Mittel zu entwickeln, um auf die damit einhergehenden, umfassenden Aufgaben zu reagieren. Dies wurde vor allem an den Forderungen, gewisse Staatsfunktionen von Ländern des globalen Südens bereitzustellen, deutlich, aber auch daran, welche Methoden und Umsetzungsstrategien zur Konfliktlösung eingesetzt wurden. So konnten zwar gewisse Erfolge im *Peacekeeping* und *Peacebuilding* aufgezeigt werden, allerdings wiegen die Mängel und Schwächen an den Missionen schwer. Dies lässt den Schluss zu, dass entweder die falschen AkteurInnen zur Konfliktlösung adressiert wurden oder auch durch die finanziellen und personellen Ressourcen, die bereitgestellt wurden, zu gering ausgefallen sind. Ob dies nun mit einem mangelnden Interesse oder einem gewissen Unverständnis der Komplexität des Konflikts erklärbar wird, kann nur spekuliert werden.

Darüber hinaus gibt es auf internationaler Ebene einige Initiativen zum Thema Transparenz und es konnte dargestellt werden, welche Schwierigkeiten mit der Schaffung von Transparenz einhergehen. Zum einen hat sich gezeigt, dass besonders der internationale Markt für Tantal, aber auch die staatlichen Strukturen, sowohl in den Erzeuger- als auch in den Nachfrageländern, problematisch sind, zum anderen scheinen Transparenzinitiativen, wie zum

Beispiel das EITI-Abkommen, im Rahmen ihrer Umsetzung als ungeeignetes Instrument, um besonders Staaten, die von fragilen Strukturen betroffen sind, zu stärken.

Im zweiten Teil wurde die spezifische Problemlage in der DR Kongo dargestellt und gezeigt, welche Ursachen den Krieg und die damit verbundenen Konflikte auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene seit dem Jahr 1996 fortgesetzt haben. Auf dieser Basis wurden die Zusammenhänge zwischen nationalen Interessen (etwa Ruandas) und ihrer regionalen Umsetzung deutlich und die Strategien verschiedener StakeholderInnen beschrieben. Welche Dimension mittlerweile der Abbau und Handel von Coltan eingenommen hat, bietet weitere Aufschlüsse, um die Schwierigkeiten aufzuzeigen, Transparenz in der Tantal-Wertschöpfungskette zu erreichen. Auch die Wichtigkeit des Kleinbergbaus für die lokale Bevölkerung wurde dargestellt und gezeigt, dass Initiativen wie der *Dodd Frank Act*, aber auch Herkunftsnachweise wie der *Chemical Fingerprint* gegen die Interessen dieser Gruppen zuwiderhandeln und ihnen überlebensnotwendige Einkommensmöglichkeiten rauben. Die Verflechtungen und der Handel von Coltan auf internationaler Ebene bieten schließlich eine mögliche Einschätzung, welchen Beitrag Zertifizierungssysteme leisten können.

Zu Beginn dieser Diplomarbeit wurden sechs zentrale Hypothesen aufgestellt, deren Beantwortung nun möglich scheint. Dies soll das Fazit abschließen und damit eine letztendliche Beantwortung der Forschungsfrage und schließlich einen Ausblick für weitere Arbeiten zu diesem Thema ermöglichen.

Die erste These besagte, dass Einfuhrbeschränkungen oder Zertifizierungsmaßnahmen gegen Coltan aus der DR Kongo keine nachhaltige Konfliktlösung ermöglichen.

Diese Hypothese hat sich als wahr erwiesen, schließlich konnte trotz verschiedener militärischer Maßnahmen und vor allem durch wirtschaftliche Initiativen bislang vor allem der Osten des Landes nicht befriedet oder unter Kontrolle gebracht werden. So geht die Instrumentalisierung von Coltan als Konfliktressource weiter, Rebbellengruppen und Nachbarstaaten nehmen nach wie vor Einfluss auf die Gebiete und nutzen die Einnahmen aus dem Verkauf, um sich in der Region weiterhin festzusetzen. Auch entstehen immer noch neue Gruppierungen und militärische Organisationen, wie zum Beispiel die Bewegung M23, die zeigen, dass nach der Zerstörung etablierter Netzwerke das Vakuum durch neue AkteurInnen schnell gefüllt wird.

Zweitens wurde angenommen, dass die Zertifizierung von Coltan neben den Kleinbergleuten auch die Abbauregionen, die nicht direkt von Konflikten betroffen sind, in ihrer wirtschaftlichen Entfaltung hindert.

Hier können die Erfahrungen aus dem *Dodd Frank Act* herangezogen werden, schließlich führte die Umsetzung dieses Bundesgesetzes zu einer undifferenzierten Marginalisierung des kongolesischen Tantals. Es wurde keine Unterscheidung unter den Abbauregionen vorgenommen und Coltan aus der ganzen DR Kongo als schändlich gebrandmarkt. Legal abgebaute Tantalerze finden so keinen Weg mehr in die Abnahmeländer des globalen Nordens, wodurch die Minenbesitzer und artisanalen Bergleuten ihre ökonomische Grundlage verlieren, was wiederum zu einer Verstärkung der Armut und damit Destabilisierung der Gebiete führen kann.

Drittens wurde festgestellt, dass einseitig durchgeführte Zertifizierungen, die nicht in Zusammenarbeit mit allen potenziellen Coltan-NachfragerInnen umgesetzt werden, als Lösungsansätze für den Konflikt ungeeignet sind.

Hier hat besonders die Darstellung der ökonomischen Interessen der VR China gezeigt, wie solche Maßnahmen unterwandert werden können. Auch wenn der US-amerikanische und europäische Markt große Abnehmer für coltanhaltige Produkte sind, gibt es daneben noch weitere Absatzmärkte, in denen die Herkunft der Erze nicht genau genommen wird und es keine Maßnahmen gibt, die den Zugang auf die Märkte einschränken. So gelangt primär „gutes“ Coltan auf die Märkte der Industriestaaten, der Rest wird dennoch aufgekauft und gehandelt und landet schließlich in anderen Ökonomien.

Als vierter Punkt wurde angenommen, dass Minen in Konfliktzonen nicht ständig kontrolliert werden können und so eine langfristige Zuordnung des geförderten Materials als Konfliktressource nicht möglich ist.

Diese These wird besonders durch die Erfahrungen aus der Konfliktdynamik bestätigt. ForscherInnen können zwar Mineralien gewissen Lagerstätten zuordnen, doch scheint es schwer, dauerhafte und gezielte Kontrollen zum Besitzstatus, den Arbeitsbedingungen in den Minen oder der Verwendung der daraus gewonnenen Einnahmen sicherzustellen. Darüber hinaus haben sich Rebellengruppen in der Vergangenheit als sehr anpassungsfähig herausgestellt, um mit neuen Situationen umzugehen.

Die fünfte Hypothese besagte, dass eine Stärkung der staatlichen Kontrolle und Strukturen im Osten des Landes nachhaltigere Entwicklungsmöglichkeiten mit sich brächten und somit die Wertschöpfung aus diesen Ressourcen der kongolesischen Bevölkerung eher zugute kommen würde.

Diese These hat sich weder bestätigt noch als unzutreffend erwiesen. Es liegt der Schluss nahe, dass das Regime, das sich zurzeit an der Macht befindet, kein echtes Interesse daran hat, der Bevölkerung einen Teil der Einnahmen zukommen zu lassen. Kleptokratische Strukturen und das Verhalten staatlicher Bürokratien haben gezeigt, dass die Verschwendung oder nichtnachhaltige Nutzung aus den lukrierten Einnahmen eher für eigene Interessen verwendet wird, als die marginalisierte Bevölkerung daran teilhaben zu lassen oder ökonomisch zu stärken. Auch werden Investitionen in staatliche Organisationen oder in die Infrastruktur nach wie vor von internationalen GeberInnen oder starken WirtschaftspartnerInnen übernommen. Zudem beziehen noch andere AkteurInnen und hier vor allem Nachbarstaaten wichtige Ressourcen und sind damit ebenfalls abhängig von diesen Einnahmen. Werden diese nun von diesen Einnahmen abgeschnitten, könnte dies wiederum in diesen Ländern negative Effekte bewirken. Die Komplexität der wirtschaftlichen Situation und die Abhängigkeit von Ressourcen, die in der Großen-Seen-Region deutlich wurde, haben ebenfalls anschaulich gezeigt, dass es zur Konfliktlösung eine stärkere Zusammenarbeit braucht und eine Vielzahl von Interessen miteinander zusammenhängen.

Als sechste These wurde angenommen, dass bereits umgesetzte Programme eine gerechtere Verteilung aus den potenziellen Einnahmen aus dem Bergbausektor ermöglichen sollten, es aber internationaler Hilfe bedürfe, um diese auch adäquat umzusetzen.

Auch hier konnten durch die Erfahrungen aus der Umsetzung der Transparenzinitiative EITI einige Rückschlüsse gezogen werden, die die Schwierigkeit der Zivilgesellschaft zeigen, Ideen und Handlungsanleitungen aus dem PWYP-Ansatz auf staatlicher Ebene zu forcieren und diese auf staatlicher Ebene einzubringen. Der einjährige Ausschluss aus der Initiative, aber auch die Repression gegenüber AktivistInnen lässt den Schluss zu, dass es sich bei der Offenlegung von staatlichen Einnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung vorerst nur um Lippenbekenntnisse handelt und die nichtvorhandene Möglichkeit, Fehlverhalten zu sanktionieren, besonders in einem Staat mit schlechter Regierungsführung und fragilen Strukturen den eigentlichen Ansprüchen entgegenwirkt.

10.1. Schlussfolgerungen und Ausblick

Der Entwicklung von Zertifizierungsmaßnahmen wie dem chemischen Fingerabdruck für Coltan und dem damit verbundenen Herkunftsnachweis, der sauberes Coltan auf die internationalen Märkte bringen und damit der Instrumentalisierung der Erze als Konfliktressource entgegenzutreten soll, wurde in dieser Arbeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Hier hat sich gezeigt, dass es sich zwar um einen guten Ansatz handelt, er aber

nicht dazu geeignet ist, das eigentliche Problem, nämlich die Nutzung der Einnahmen aus illegal abgebauten und gehandelten Mineralien zur Konfliktfinanzierung, zu verhindern. Der Export setzt sich fort, ist in den letzten Jahren sogar weiter angewachsen und bietet für einige Länder aus der Region einen wichtigen Einkommenszweig.

Zwar kann durch diese Initiative wohl legales Coltan aus der DR Kongo in den europäischen und amerikanischen Markt exportiert werden, so es auch eine Nachfrage nach dem mit einem Negativimage belasteten Material gibt, allerdings scheint die Kontrolle und die Einbeziehung von Minen und der dort arbeitenden Bevölkerung nicht sichergestellt zu sein. Auch sind die Laboranalysen zu zeit- und kostenintensiv, schließen Kleinbergleute aus dem Prozess aus und mindern damit auch die Interessen der Industrie nach günstigen und schnell verfügbaren Rohstoffen.

Deshalb braucht es ein gemeinsames Interesse aller an der Verarbeitung und am Konsum dieser Erze beteiligten AkteurInnen, um eine Zertifizierung und vor allem eine nachhaltige Nutzung der vorhandenen Rohstoffe sicherzustellen. Auch wird es nicht reichen, sich nur Coltan zuzuwenden, schließlich bietet die Große-Seen-Region eine Vielzahl von anderen natürlichen Ressourcen, die für die Zwecke der militärischen Organisationen eingesetzt werden können.

Die weiteren Entwicklungen in der DR Kongo sind wohl davon abhängig, wie in weiterer Folge die Rohstoffe in der Region ausgebeutet werden und ob ein internationaler Konsens geschlossen werden kann, der tatsächliche Änderungen sowohl in der Regierungsführung als auch in der Nutzung der Ressourcen erreichen kann. In diesem Bereich kommen den Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft ebenso Verantwortung zu wie der nationalen Regierung und den Interessen der Nachbarstaaten, den Verlockungen schnellen Geldes und dem gesicherten Zugang zu strategisch wichtigen Ressourcen zu widerstehen und eine Politik zu beschließen, die sich vor allem am Wohl der leidgeprüften kongolesischen Bevölkerung orientiert. Erst wenn eine umfangreiche Betrachtung der Konflikte, der Zerfallsprozesse im Staat und der ökonomischen Verbindungen zu privaten Unternehmen und staatlichen AkteurInnen gelingt, können die KongolesInnen vom Rohstoffreichtum ihres Landes profitieren und an den damit verbundenen Einnahmen partizipieren. Dies wird auch nötig sein, um die gesamte Region zu stabilisieren und einen erneuten Ausbruch von gewalttätigen, flächendeckenden Auseinandersetzungen zu verhindern.

11. Literatur und Quellen

- ALBRECHTS, Nicole (2013): Die Effektivität verschiedener Initiativen und Konzepte zur Korruptionsbekämpfung in Staaten mit Erdölvorkommen. Ein Vergleich von Kamerun, Nigeria, Kasachstan und Ecuador. Demokratie und Entwicklung Bd. 68. LIT Verlag: Berlin
- AMNESTY INTERNATIONAL / GLOBAL WITNESS (2007): Conflict Diamonds. UK jewellery retailers still not doing enough: London
- ANSORG, Nadine (2013): Kriege ohne Grenzen. Ursachen regionaler Konfliktsysteme in Sub-Sahara Afrika, Springer VS: Berlin
- BADORECK, Ingo / MÜLLER, Karin (2008): Die UN-Friedensmission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC). In: Manfred Schulz (Hg.): Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur, Spektrum, LIT Verlag: Berlin S. 547–557
- BALLENTINE, Karen / NITZSCHKE, Heiko (2005): The Political Economy of Civil War and Conflict Transformation, in: Transforming war Economies. Dilemmas and Strategies. Berghof Handbook Dialogue Series No. 3: Berlin S 11–33
- BAREGU, Mwesiga (2006): Congo in the Great Lakes Conflict, in: KHADIAGALA, Gilbert M. (Hg): Security Dynamics in Africa's Great Lakes Region. Lynne Rienner: London
- BASEDAU, Matthias/ MEHLER, Andrea 2003: Strategische Ressourcen in Subsahara-Afrika. Konfliktpotenziale oder Friedensgrundlagen?, in: Internationale Politik, 3/2003, S. 39–46.
- BEHRENDT, Siegfried / SHARP, Michael (2007): Seltene Metalle. Maßnahmen und Konzepte zur Lösung des Problems konfliktverschärfender Rohstoffe am Beispiel Coltan. Umweltbundesamt. Dessau. verfügbar unter:
<http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3182.pdf>
[letzter Zugriff 12.02.2014]

- BENZ, Arthur (2001): Grundlagen der politologischen Analyse; 1. Auflage, Oldenburg Wissenschaftsverlag GMBH: Wien, München
- BLEISCHWITZ, Reimund / DITTRICH, Monika, / PIERDICCA, Chiara (2012): Coltan from Central Africa, International Trade and Implications for Any Certification. Department of European Economic Studies. verfügbar unter: <http://www.iadb.org/intal/intalcdi/PE/2012/09909.pdf> [letzter Zugriff: 20.02.2014]
- BLIESEMANN DE GUEVARA, Berit / KÜHN, Florian P. (2010): Illusion Statebuilding. Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt. Köber-Stiftung: Hamburg
- BÖGE, Volker / SPELTEN, Angelika (2005): The Challenge of War Economies: The Role of the International Community and Civil Society Organisations, in: Transforming War Economies. Dilemmas and Strategies. Berghof Handbook Dialogue Series No. 3:. Berlin 63–68
- BÖGE, Volker (2004): INEF Report. Neue Kriege und traditionelle Konfliktbearbeitung, Heft 74, Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen: Duisburg
- BONACKER, Thorsten / IMBUSCH, Peter (2005): Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden. In: Peter Imbusch und Ralf Zoll (Hg.): Friedens und Konfliktforschung. Eine Einführung VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 69–144
- BRACK, Duncan (2007): Introduction: Trade, Aid and Security: An Agenda for Peace and Development. In: BROWN, Oli (Hg.) u.a.: Trade, Aid and Security. An Agenda für Peace and Development. Earthscan: London
- BRZOSKA, Michael / PAES, Wolf-Christian (2007): Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegebeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara. Deutsche Stiftung Friedensforschung (Hg.). Forschung DSF No 7: Osnabrück
- CHOJNACKI, Sven (2003): Demokratien und Krieg. Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System 1946 – 2001, Discussion Paper No. P 03-304 Wissenschaftszentrum Berlin (WZB): Berlin

- CHOJNACKI, Sven (2004): Neue Kriege oder substaatliche Kriege? – Gewaltakteure und Gewaltmärkte: Wandel der Kriegsformen. In: Der Bürger im Staat, 54 Jahrgang Heft 4 – Die neuen Kriege, Landeszentrale für politische Bildung: Baden Württemberg
- COLLIER, Paul (2007): Civil War, War Economies and International Cooperation, in: Lalive d'Épinay, Danielle/Schnabel, Albrecht (Hg.): Transforming War Economies. Swisspeace Working Paper: Bern S 7–11
- COLLIER, Paul (2000): Doing Well out of War: An Economic Perspektive, in Berdal, Mats/Malone, David M. (Hg.): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil wars. International Development Research Centre: Ottawa u.a., S 91–111
- DUIGAN, Peter / GANN, L.H. (1979): The Rulers of Belgian Africa, 1884 – 1914. Princeton University Press: New Jersey
- ECKERT, Andreas (2011): Nation, Staat und Ethnizität in Afrika im 20. Jahrhundert. In: Sonderegger, Arno u.a. (Hg.) Afrika im 20. Jahrhundert: Geschichte und Gesellschaft. Promedia Verlag: Wien. S. 40–59
- EHRKE, Michael (2002): Zur politischen Ökonomie post-nationalstaatlicher Konflikte. In: Internationale Politik und Gesellschaft 3/2002 S. 135-163
- EITI (2013): The EITI Standard. EITI, Oslo. verfügbar unter: http://eiti.org/files/English_EITI%20STANDARD_11July_0.pdf [letzter Zugriff 15.01.2014]
- ELWERT, Georg (1997): Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. In: Soziologie der Gewalt, Trotz von Trotha (Hg.), Westdeutscher Verlag: Opladen
- ERIKSEN, Stein S. (2011): „State failure“ in theory and practice: the idea of the state and the contradictions of state formation. In: Review of International Studies, Nr. 37. S. 229–247
- GALTUNG, Johan (2007): Introduction: Peace by Peaceful Conflict Transformation – the TRANSCEND Approach. In: Charles Webel und Johan Galtung (Hg.). Handbook of Peace and Conflict Studies. Routledge: New York. S. 14–34

- GIZ (2013): Der Umsetzung der EITI in der Demokratischen Republik Kongo. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (Hg.). Bonn und Eschborn. verfügbar unter:
https://login.mailingwork.de/public/a_1593_d1CWj/file/data/4384_giz_de_2013_04_aus_den_laendern_EITI_kongo.pdf [letzter Zugriff 13.02.2014]
- GTZ (2010): Nachhaltige Nutzung der mineralischen Rohstoffe und Stärkung der guten Regierungsführung. Demokratische Republik Kongo. Fact Sheet. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Hg.) Eschborn. verfügbar unter:
<http://www2.gtz.de/dokumente/bib-2010/gtz2010-0684de-rohstoffnutzung-kongo.pdf> [letzter Zugriff 13.02.2014]
- GYLAFSON, Thorvaldur (2000): Natural Resources, Education and Economic Development. International Macroeconomics, Discussion Paper No. 2594. Centre for Economic Policy Research. London
- HANNEN, Petra (2008): Geochemischer Fingerabdruck gegen illegalen Erzabbau. vom 20.6.2008 In: <http://www.ingenieur.de/Themen/Rohstoffe/Geochemischer-Fingerabdruck-illegalen-Erzabbau> [letzter Zugriff 14.2.2014]
- HAUCK, Gerhard (2008): Peripheriestaat Kongo – koloniale und vorkoloniale Wurzeln. In: Manfred Schulz (Hg.): Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur, Spektrum, LIT Verlag: Berlin S. 69–90
- HINSCH, Wilfried / JANSSEN Dieter (2006): Menschenrechte militärisch schützen. Ein Plädoyer für humanitäre Interventionen. Verlag C.H.Beck: München
- HÜTZ-ADAMS, Friedel (2003): Kongo: Handys, Gold und Diamanten: Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung. Reihe: Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen: Siegburg
- ICCIS (2009) The Responsibility to Protect. International Commission on Intervention and State Sovereignty. International Development Research Centre: Ottawa. verfügbar unter: <http://responsibilitytoprotect.org/ICISS%20Report.pdf> (letzter Zugriff 13.01.2014)

- IRC (2007): Mortality in the Democratic Republic of Congo. An ongoing crisis.
Verfügbar unter:
http://www.rescue.org/sites/default/files/migrated/resources/2007/2006-7_congomortalitysurvey.pdf (letzter Zugriff 20.02.2014)
- ISENSEE, Josef (1995): Staat. In: Staatslexikon, Band 5, Görres-Gesellschaft (Hg.) Herder: Basel, Freiburg, Berlin 134-157
- JELLINEK, Georg (1990): Allgemeine Staatslehre. Verlag von o. Häring: Berlin
- KALDOR, Mary (2000): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main
- KANTEL, Verena / PAES Wolf-Christian (2008): Coltan – Der Fluch des ‚schwarzen Goldes‘. In: Manfred Schulz (Hg.): Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur, Spektrum, LIT Verlag: Berlin S. 200–213
- KENNES, Erik (2005): The Democratic Republic of the Congo: Structures of Greed, Network of Need, in: ARNSON Cynthia J./ ZARTMAN, I. William (Hg.): Rethinking the Economics of War. The Intersection of Need, Greed, and Greed.: Washington D.C./Baltimore S. 140–177
- KELLER, Ulrich (2008): UN Basisinformationen 39. UN Friedensmissionen. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. Berlin. verfügbar unter:
http://www.dgvn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/Basis_Informationen/Basisinfo39_Friedensmissionen.pdf [letzter Zugriff am 02.02.2014]
- KHADIAGALA, Gilbert M. (2006): Toward Peace, Security, and Governance in the Great Lake Region, in: KHADIAGALA, Gilbert M. (Hg.): Security Dynamics in Africa's Great Lakes Region Lynne Rienner: London
- KLINGBIEL, Stephan / ROEHDER, Katja (2004): Entwicklungspolitisch-militärische Schnittstellen. Neue Herausforderungen in Krisen und Post-Konflikt-Situationen. Berichte und Gutachten 3/2004, GDI: Bonn

- LEMBACH, Daniel (2013): Fragile Staatlichkeit: Begriffe, Theorien und politische Diskurse. In: Meyer, Günter; Muno, Wolfgang; Brand, Alexander (eds.): Staatlichkeit in der Dritten Welt – fragile und gescheiterte Staaten als Entwicklungsproblem. (Veröffentlichungen des Interdisziplinären Arbeitskreises Dritte Welt 22) Johannes-Gutenberg-Universität: Mainz 31–58.
- LEMBACH, Daniel / BETHKE Felix (2012): Ursachen von Staatskollaps und fragiler Staatlichkeit. Eine Übersicht über den Forschungsstand. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden: Universität Duisburg – Essen (INEF-Report 106/1012)
- LEMPA, Kristian (2008): Die Nutzung natürlicher Rohstoffe für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der DR Kongo. In: Manfred Schulz (Hg.): Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur, Spektrum, LIT Verlag: Berlin S. 225–240
- LIEBING, Maja (2009): Nachhaltige Nutzung mineralischer Rohstoffe am Beispiel der DR Kongo. Untersuchung der Wirksamkeit und Übertragbarkeit politischer Maßnahmen. Arbeitspapier Nr. 5 Institut für Politikwissenschaft. Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung. Universität Hamburg: Hamburg
- LOWINGER, Timo / DALICHAU, Oliver (2012): Nach den Wahlen: Zäsur in der DR Kongo? Friedrich Ebert Stiftung (Hg.) Veranstaltungsbericht. verfügbar unter: http://www.fes.de/afrika/content/downloads/Veranst_bericht_Zaesur_DRC.pdf [letzter Zugriff 10.02.2014]
- MANHART, Andreas / SCHLEICHER, Tobias (2013): Conflict minerals – An evaluation of the Dodd-Frank Act and other resource-related measures. Öko-Institut e.V.: Freiburg
- MANNING, Richard (2007): Entwicklungszusammenarbeit: Bericht 2007. OECD
- MARFELS, Roman Nico (2008): Die Rolle industrieller Unternehmen und des handwerklichen Bergbaus bei der Gewinnung mineralischer Rohstoffe in der DR Kongo. In: Manfred Schulz (Hg.): Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur, Spektrum, LIT Verlag: Berlin S. 276–289

- MAZALTO, Marie (2009): Governance, Human Rights and Mining in the Democratic Republic of the Congo. In: Bonnie Campbell (Hg.): Mining in Africa. Regulation and Development. Pluto Press: London, New York
- MILDNER, Stormy-Annika / RICHTER Solveig/ LAUSTER Gitta (2011): Einleitung: Konkurrenz + Knappheit = Konflikt? In: Stormy-Annika Mildner (Hg): Konfliktrisiko Rohstoffe? Herausforderungen und Chancen im Umgang mit knappen Ressourcen. SWP-Studie: Berlin
- MILDNER, Stormy-Annika (2010): Konkurrenz um knappe Ressourcen. Projektpapier SWP: Berlin
- MÖLLER, Miriam (2013): Statebuilding im Kontext fragiler Staatlichkeit und bewaffneter Konflikte. Eine Analyse am Fallbeispiel der DR Kongo. Lehrstuhl Internationale Politik Universität zu Köln: Köln. verfügbar unter: http://jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/aipa/AIPA_2013_1_finaleDEF.pdf [letzter Zugriff am 10.02.2014]
- MÜNKLER, Herfried (2002): Die neuen Kriege, Reinbeck: Hamburg
- NEST, Michael (2006): The Political Economy of the Congo War. In: Michael Nest (Hg.), Francois Grignon, Emizet F. Kisangani: The Democratic Republic of Congo. Economic Dimension of War and Peace. Lynne Rienner Boulder: London
- NOUR, Salua (2008): Quo vadis, Kongo? In: Manfred Schulz (Hg.): Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur, Spektrum, LIT Verlag: Berlin S. 39–60
- OUDRAAT, Chantal de Jong (2001): UN Sanction Regimes and Violent Conflict. In: Crocket, Chester A./Hampson, Fen Osler/Aall, Pamela (Hg.) Turbulent Peace. The Challenges of Managing International Conflict: Washington, D.C. S. 323–351
- PALLEY, Thomas I (2003): Lifting the Natural Resource Curse. In Foreign Service Journal. verfügbar unter: <http://www.globalpolicy.org/component/content/article/198/40112.html> [letzter Zugriff 20.02.2014]

- RAECKE, Florian (2010): Ressourcenschutzbezogene Informations- und Zertifizierungspflichten in Lieferketten (RIZL) im IKT-Sektor. Paper zu Arbeitspaket 3 des Projekts „Materialeffizienz und Ressourcenschonung“ (MaRess). FU Berlin. verfügbar unter: http://ressourcen.wupperinst.org/downloads/MaRess_AP3_3.pdf [letzter Zugriff 20.2.2014]
- RAPPORT ITIE-RDC 2010 (2012): verfügbar unter: http://eiti.org/files/Gabon/RAPPORT%20ITIE%202010%20%2024_01_013%20INTE%20RNET.pdf [letzter Zugriff 10.02.2014]
- REYNAERT, Julie (2011): MONUC/MONUSCO and Civilian Protection in the Kivus. Interns & Volunteers Series: IPIS
- REYNTJENS, Filip (2007): Staatlichkeit in der Region der Großen Seen Afrikas. In: WIESS, Stefanie und SCHMIERER, Joscha (Hg.): Prekäre Staatlichkeit und internationale Ordnung. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden
- ROPERS, Norbert (2002): Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen. GTZ: Eschborn. verfügbar unter: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/02-5163.pdf> [letzter Zugriff 23.12.2013]
- ROTBERG, Robert (2003): Failed States, Collapsed States, Weak States: Causes and Indicators. In: Rotberg, Robert (Hg.): State Failure and State Weakness in a time of Terror. Brookings Institutions Press: Washington D.C S. 1–24
- SCHALLER, Christian / SCHNECKENER, Ulrich (2009): Das Peacebuilding-System der Vereinten Nationen. Neue Mechanismen – neue Möglichkeiten? SWP-Studie. Berlin. verfügbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2009_S06_slr_skr_ks.pdf [letzter Zugriff 20.01.2014]
- SCHERRER, Christian P. (1994): INEF Report: Ethno-Nationalismus als globales Phänomen – Zur Krise der Staaten in der Dritten Welt und der früheren UdSSR; Heft 6/1994: Duisburg
- SCHERRER, Christian P. (2002): Genocide and Crisis in Central Africa. Conflict Roots, Mass Violence and Regional War. Praeger: London

- SCHMIDL, Erwin E. (2011): Polizeiaufgaben im Rahmen internationaler Friedenseinsätze. In: BMI, Sicherheitsakademie (Hg.): Auslandseinsätze der Polizei. Eine Studie des Bundesministeriums für Inneres. LIT Verlag: Wien, Berlin S. 13–134
- SCHNECKENER, Ulrich (2007): Fragile Staatlichkeit und State-building. Begriffe, Konzepte und Analyserahmen, in: Beisheim, Marianne/Schuppert, Gunnar Folke (Hg.): Staatszerfall und Governance, Nomos: Baden-Baden 2007, 98–120.
- SCHLICHTE, Klaus (2002): Gewinner und Verlierer. Zu den Folgen von Bürgerkriegsökonomien. In: Zur Ökonomie der neuen Kriege. Ungeheuer ist nur das Normale, medico Report 24, Mabuse Verlag: Frankfurt am Main
- SCHULZ, Manfred (2008): Einleitung: Der Kongo als sozialwissenschaftliche Herausforderung. In: Manfred Schulz (Hg.): Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur, Spektrum, LIT Verlag: Berlin S. 19–35
- SCHWANK, Nicolas (2008): Entstehungs- und Eskalationsfaktoren politischer Konflikte. Eine Untersuchung des globalen Konfliktpanoramas 1945-2005, Dissertation, Heidelberg http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/12808/1/Schwank_UB_Version.pdf [letzter Zugriff 03.01.2013]
- SMILLIE, Ian (2005): What Lessons from the Kimberley Process Certification Scheme? In: Ballentine, Karen/Nitzschke Heiko (Hg.): Profiting from Peace. Managing the Ressource Deimensions of Civil War. The International Peace Academy, Inc.: Boulder London S. 47–67.
- STREIFFELER, Friedhelm (2008): Wie sichert man bei extremer Armut die Existenz? In: Manfred Schulz (Hg.): Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur, Spektrum, LIT Verlag: Berlin S. 168–176
- STRITZEK, Helmut: Eine ‚Nichtordnung‘ und ihre Wirkungen. Die Demokratische Republik Kongo seit der Ermordung von Laurent Kabila am 16. Januar 2001 bis zum Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes am 1. Juli 2006. In: Manfred Schulz (Hg.): Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur, Spektrum, LIT Verlag: Berlin S. 243–261

- STROUX, Daniel (2006): Wahlen im Kongo: Das Ende einer langen Transition? In: GIGA-Fokus, Nr. 9. verfügbar unter: http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_afrika_0609.pdf .(letzter Zugriff 09.01.2014)
- TÄNZLER, Dennis / WESTERKAMP Meike (2010): Rohstoffkonflikte nachhaltig vermeiden: Konfliktrisiken bei Zugang und Nutzung von Rohstoffen [Teilbericht 1] Forschungsprojekt FKZ 370819 102, adelphi: Berlin
http://www.adelphi.de/files/uploads/andere/pdf/application/pdf/rohkon_bericht_1_konfliktrisiken.pdf (letzter Zugriff 04.01.2013)
- TETZLAFF, Rainer (2008): Die Wirtschaftspolitik in der Demokratischen Republik (DR) Kongo unter Joseph Kabila. In: Manfred Schulz (Hg.): Entwicklungsträger in der DR Kongo. Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur, Spektrum, LIT Verlag: Berlin S. 262-275
- TETZLAFF, Rainer (1997): Staat und Gesellschaft in Afrika: ein prekäres Verhältnis im Wandel. In: SCHULZ, Manfred (Hg.): Entwicklung: die Perspektive der Entwicklungssoziologie. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden. S. 127–152
- TOCTA - REPORT (2010): The Globalization of Crime. A Transnational Organized Crime Assessment. United Nations Office Drugs and Crime: Wien
- TULL, Denis (2007): Staatsaufbau in der DR Kongo: Über Anspruch, Realität und falsche Annahmen. In: S+F Sicherheit und Frieden. Security and Peace. Nr. 3 Nomos S. 112–116
- TULL, Denis (2006): Herkulesaufgabe Kongo. Die MONUC zeigt Grenzen komplexer Friedenssicherung auf. In: Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen. Nr. 3- S 90–97
- TULL, Denis (2005): The Reconfiguration of Political Order in Africa: A Case Study of North Kivu (DR Congo). Hamburg African Studies, Nr. 13. Institut für Afrika Kunde: Hamburg
- UN CHARTA (1945): verfügbar unter:
http://www.un.org/depts/german/un_charta/charta.pdf (letzter Zugriff 05.02.2014)

- United Nations (2001): Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Ressources and Other Forms of Wealth oft he Democratic Republic of the Congo. verfügbar unter: http://www.un.org/News/dh/latest/drcongo.htm#_msocom_1 [letzter Zugriff: 10.02.2014]
- WULF, Christoph (2003): Frieden. Grundwissen. In: Die Künstlergilde e.V. (Hg.): Zeichen für Frieden: München S. 81–113
- WERRON, Tobias (2010): Direkte Konflikte, indirekte Konkurrenzen. Unterscheidungen und Vergleich zweier Formen des Kampfes, Zeitschrift für Soziologie, Jg. 39, Heft 4, August 302-318
- WAGNER, Markus (u.a.) (2007): Zertifizierte Handelsketten im Bereich mineralischer Rohstoffe. Projektstudie. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe: Hannover. verfügbar unter: http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/Studie_Zertifizierte_Handelsketten.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [letzter Zugriff 20.02.2014]
- WEBER, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss d. Verstehenden Soziologie / Max Weber. Besorgt von Johannes Winckelmann. - 5., rev. Auflage,. Studienausgabe. Mohr: Tübingen
- ZÜRCHER, Christoph (2004): Einbettung – Entbettung: Empirische institutionenzentrierte Konfliktanalyse. In: Julia Eckert (Hg.): Anthropologie der Konflikte: Georg Elwerts konflikttheoretische These in der Diskussion: Bielefeld 102–121

11.1. Zeitungsartikel

- GRASER, Franz (2013): Konfliktmineralien im Kongo: Eine Lösung wird Gesucht. Eine wichtige Quelle für Gold, Wolfram, Tantal und Zinn ist die vom Bürgerkrieg gezeichnete Demokratische Republik Kongo. Der Krieg wird zum Teil aus Einkünften aus den Minen bezahlt. In: Elektronikpraxis Nr. 18. (vom 23.09.2013)
- JOHNSON, Dominic (2012): M23 gründet eine Art Regierung. vom 18.08.2012. verfügbar in: <http://blogs.taz.de/kongo-echo/2012/08/18/m23-grundet-eine-art-regierung/> [letzter Zugriff 02.01.2014]
- REICHERT, Cornelia (2011): Ein Siegel gegen Ausbeutung: In Kongo finanzieren Rebellen ihren Krieg auch mit dem Schmuggel des Hightech Rohstoffs Coltan. Ein geochemischer Fingerabdruck soll illegale Ware zukünftig entlarven. Vom 3.4.2011 In: <http://www.nzz.ch/nachrichten/hintergrund/wissenschaft/ein-siegel-gegen-die-ausbeutung-1.10115956> [letzter Zugriff 12.2.2014]
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG A(2013): M23-Rebellen legen Waffen nieder. Vom 5.11.2013 <http://www.sueddeutsche.de/politik/demokratische-republik-kongo-m-rebellen-legen-waffen-nieder-1.1810610> [letzter Zugriff 02.01.2014]
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG B(2013): Wie gerechte Smartphones produziert werden sollen. Vom 27.2.2013 <http://www.sueddeutsche.de/digital/fairphone-statt-iphone-wie-gerechte-smartphones-produziert-werden-sollen-1.1610920> [letzter Zugriff 22.01.2014]
- WIDMANN, Phillip (2013): Der Preis des Fortschritts. vom 4.3.2013. verfügbar unter: http://www.studentenfutter.uni-tuebingen.de/2012_2013/?p=922 [letzter Zugriff 12.2.2014]
- Zeit (2011): Im Kongo wächst die Angst vor Gewalt. vom 10.12.2011. verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-12/kongo-wahl-kabila-2> [letzter Zugriff 16.02.2014]

11.2. Internetquellen

- Berggorilla.com: <http://www.berggorilla.de/fileadmin/gorilla-journal/gorilla-journal-22-deutsch.pdf>
- Blood in the mobile: <http://bloodinthemobile.org/>
- Bpb: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/>
- Enough Project: <http://www.enoughproject.org/about>
- Prowildlife: <https://www.prowildlife.de/PM22/12/09>
- WIR| war resisters international: <http://www.wri-irg.org/de/node/12352>

11.3 Abbildungen

- Le Monde Diplomatique (2009): <http://www.monde-diplomatique.de/karten/view.php?id=546>
- NEST, Michael (2006): The Political Economy of the Congo War. In: Michael Nest (Hg.), Francois Grignon, Emizet F. Kisangani: The Democratic Republic of Congo. Economic Dimension of War and Peace. Lynne Rienner. Boulder, London

12. Anhang

12.1 Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit diskutiert die Auswirkungen von Zertifizierungsmaßnahmen, wie den Chemical Fingerprint, oder Einfuhrbeschränkungen nach dem Vorbild des Dodd Frank Act in den USA für die Konfliktressource Coltan in der DR Kongo. Diese Initiativen sollen einen entscheidenden Beitrag zur Konfliktlösung in der Großen-Seen-Region leisten, allerdings müssen sich diese Ansätze auch im Spannungsfeld zwischen fragiler Staatlichkeit und fortwährender Gewalt behaupten. Daneben gibt es noch andere Programme wie EITI oder PWYP, die erfolgversprechende Prinzipien verfolgen, deren Umsetzung aber besonders in der DR Kongo mit ihren schwach ausgeprägten, staatlichen Strukturen im geforderten Rahmen vorerst unmöglich erscheint.

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil behandelt zentrale Begriffe und Definitionen zu den Themengebieten, Konflikte, neue Kriege und ihre Gewaltökonomien, Interventionen und Friedenssicherung sowie Theorien zu fragiler Staatlichkeit und anderen ressourcenbezogenen Entwicklungshemmnissen, wie dem Ressourcenfluch oder der Debatte um *Greed versus Grievance*. So konnte herausgearbeitet werden, dass sich die internationale Gemeinschaft neuen Herausforderungen und Problemen bei der Konfliktlösung stellen muss, diese aber erst seit Beginn der 1990er Jahre offenkundig wurden und damit neue Methoden zur Etablierung eines positiven Friedens entwickelt werden mussten. Als erfolgreicher Ansatz und Positivbeispiel kann hierfür das KPCS für Konfliktdiamanten herangezogen werden.

Im zweiten Teil der Arbeit wurde zuerst der globale Bergbausektor und der undurchsichtige, internationale Handel von Tantalzerzen beschrieben und anschließend auf die spezifische Problemsituation in der DR Kongo hingewiesen. Nach einer Darstellung der Konflikte und Interventionen wurden die Gewaltökonomien im Osten des Landes und ihre Verbindungen zu den Nachbarstaaten dargestellt und dann der Konfliktlösung in der Großen-Seen-Region besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Nachdem die kriegerische Intervention nicht die geforderten Ergebnisse einbrachte, wurden neue Methoden entwickelt, umgesetzt und befinden sich mittlerweile in Pilotprojekten.

Die Arbeit hat zu den Ergebnissen geführt, dass die globalen Verflechtungen vieler verschiedener staatlicher und privater AkteurInne Zertifizierungsmaßnahmen für Coltan bislang unterwandern und es wohl auch kein Interesse gibt, diese Praxis aufzugeben. Für die

industriellen AbnehmerInnen ist neben dem Negativimage von kongolesischem Tantal auch der zu erbringende Herkunftsnachweis zu kosten- und zeitintensiv. Es gibt zudem Hinweise dafür, dass artisanale Bergleute durch diese Methoden aus der Montanindustrie verdrängt werden können und damit die Armut in der Region weiter verschärfen.

12.2. Abstract

This thesis discusses the effects of certification schemes, like the Chemical Fingerprint or sanctions like the Dodd Frank Act, focussing on the conflict resource Coltan in the DR Congo. These initiatives aim to take a vital part in the conflict resolution in the Great Lakes Region, however, they have to assert themselves in an area of fragile state structures and continuous conflict. There are also a number of other programs such as EITI or PWYP with promising principles, but its implementation, particularly in the DRC with its weak state structures, has been very difficult until now.

This thesis is structured into two parts. The first part deals with main concepts and definitions of conflicts, new wars, war economies, interventions and peacekeeping, as well as theories of fragile statehood and other resource-related obstacles as the paradox of plenty or the debates on greed versus grievance. It has been shown, that the international community has faced new challenges and problems in conflict resolution since the early 1990s and thus new methods had to be developed to establish peace. The KPCS, which regulates conflict diamonds could be a successful approach and positive example for new initiatives.

The second part of this thesis deals with the global mining sector and the intransparent, international trade of tantalum ores. Furthermore the thesis focuses on the specific problems situated in the DRC, with its conflicts and interventions in the East, its war economies and connections to neighbouring countries. After the military intervention had not brought the requested results, new methods have been developed, implemented and are now tested in pilot projects.

One conclusion of this thesis is that the global interdependence of different public and private actors infiltrates certification measures for Coltan und that there is probably no interest to abandon this practice. In addition to the negative image of Congolese tantalum, the determination of the origin can be too cost-intensive and time-consuming for industrial purchasers. There is also evidence that artisanal miners can be displaced from the mining industry by this methods, thus increasing poverty in the region.

12.3 Lebenslauf

Name: Christian Gorka

Geburtsort: Wien

Staatsbürgerschaft: Österreich

Universität

WS 2003 – WS 2013/14	Studium Internationale Entwicklung
WS 2002 – WS 2003 (abgebrochen)	Studium Betriebswirtschaftslehre (WU)
SS 2009 – WS 2010 (abgebrochen)	Studium UBRM (BoKu)

Schule

2001	Reifeprüfung am Realgymnasium, Wien XVIII
1997 – 2001	Oberstufe, Realgymnasium, Wien XVIII
1994 – 1997	Unterstufe, Realgymnasium, Wien XVIII
1993 – 1994	Unterstufe, Bundesrealgymnasium, Wien XIX
1989 – 1993	Volksschule, Wien XIX

Sprachkenntnisse

Muttersprache	Deutsch
1. Fremdsprache	Englisch (fließend in Schrift und Sprache)